

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgelohnte Annon-
 zenliste oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Nebenpräsidenten.

Am Beginn der Reichstags-Sitzung, am Donnerstag, die bereits um 10 Uhr vormittags begann, hat der „starke Mann“ des Zollwuchers wieder einmal parlamentarische Tumulte veranstaltet, die selbst die früheren Szenen an wilder Erregung überboten.

Wer ein Interesse an der ruhigen, sachgemäßen Verhandlung des Reichstages hat, der muß die Schuldfrage prüfen. Man erkennt in diesen Tagen, wie in bewegten Zeiten Geschichtsfälschungen entstehen. Kein Tribünenbesucher, auch kein Journalist, der eine normale Auffassungsgabe besitzt, kann über den tatsächlichen Hergang der letzten vulkanischen Erregungsausbrüche, die sich bis zu dem Ausbruch des Abg. Singer steigerten, den mindesten Zweifel hegen. Die Entwicklung war durchaus klar und übersichtlich. Dennoch wird dann den bedauerndsten Lesern das tollste Zeug vorgelegt, nur um die Mehrheit des Zollwuchers von ihren brutalen Rechtsbrüchen und unglaublichen Dummheiten zu entlasten.

So stellt zum Beispiel die fromme katholische „Germania“ den Hergang der Scene wie folgt dar:

„Den Stein des Anstoßes sollte ein Antrag des Abg. Köpcke-Deffau bilden, der, obwohl nach der Annahme des Antrages Dr. Spahn über sämtliche Zurückverweisungsanträge zur Tagesordnung überzugehen, das Referat über die Positionen 176—189 erledigt war, noch nachträglich die Position „Bier“ herausgriff und diese an die Kommission zurückverweisen wollte! Mit Recht erklärte Graf Stolberg diesen Antrag für unzulässig. Abg. Dr. Spahn beantragte über diesen Antrag Uebergang zur Tagesordnung und erhielt auch alsbald das Wort für seinen Antrag.“

Man beachte schon diesen Unfug. Graf Stolberg erklärt „mit Recht“ den Antrag für „unzulässig“, das heißt für nicht verhandelbar, aber die „Germania“ findet es dann ebenso „recht“, daß Spahn über den unzulässigen Antrag reden darf; der „Germania“ muß man's glauben, weil's blödsinnig ist.

Die „Germania“ fährt dann fort:

„Dann brach der Sturm los. Die Linke schrie im Takt: „Zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsordnung!“ Der Herr nimmt von Minute zu Minute zu, immer drohender überhöhen die Hauptfehler der wilden Reden, in dem sich weder der Redner, Abg. Dr. Spahn, noch der Präsident verständlich machen konnten! Man sah wohl beide die Lippen bewegen, aber es war eine absolute Unmöglichkeit, auch nur ein Wort von ihnen in dem unbeschreiblichen Lärmwaben zu verstehen. Nichts anderes als die wilden Rufe: „Zur Geschäftsordnung!“ schallten aus dem Gebrüll der Linken heraus; einzelne der rabiaten Schreier suchten mit den Händen in der Luft und sprangen hin und her, wie eine erlöste Rote heulender Detonations im höchsten Delirium der Verzückung. Allen voran der Oberbayerische Singer! Trotz des Verbots rann er wie wild auf die Treppe und schrie beständig auf den Präsidenten ein: „Zur Geschäftsordnung!“ Auf der Rechten hörte man jetzt Rufe, wie „Aus! Herunter von der Treppe!“ Graf Stolberg forderte Singer zweimal auf, die Treppe zu verlassen, er bleibe unbehört und brüllte weiter: „Zur Geschäftsordnung!“ Abg. Dr. Spahn, der sich, wie neulich Dr. Wachen, durch den Tumult nicht verwirren ließ, sprach ruhig weiter und verließ nach etwa fünf Minuten die Tribüne, von lauten Bravo's rechts und in der Mitte begrüßt. Aber der Lärm geht weiter. „Hinter von der Treppe!“ schallt es auf der Rechten und im Centrum, „Zur Geschäftsordnung!“ schreit die Linke. ...

Alles ist hier durcheinander geschwemmt, Vorher und Nachher vertauscht, Ursache und Wirkung bödsartig verwechselt — ein wahres Protokoll für eine Hegenverbrennung.

Dann schreibt das Blatt weiter von den Vorgängen in der Unterbrechungspause:

„Graf Stolberg geht auf Singer zu, man sieht beide zusammen sprechen, aber nur wenige Momente währt die Unterredung; man sieht an einer bezeichnenden Handbewegung, daß er es aufgiebt, diesen Leuten Raifon beizubringen!

Als dann die Sitzung wieder eröffnet wird, sßt Abg. Singer mit größter Gemütsruhe auf seinem Platze. Die Socialdemokraten haben, wie es scheint, sich denn doch inzwischen über ihr eignes Benehmen geklärt. Sie suchen — Abg. Bebel that dies mit bemerkenswerter Mäßigkeit — die ganze Sache auf ein Mißverständnis zu schieben, das durch den Wechsel im Präsidium herbeigeführt worden sei.“

Alles gelogen. Nicht Bebel, der einfach das Recht Singers erklärte, sondern Graf Stolberg hat sich mit einem „Mißverständnis“ entschuldigt. So schamig sind die Quellen gleich bei ihrem Ursprung, wo jeder Augen- und Ohrenzeuge die Wahrheit kontrollieren kann, wie muß da erst die kerisale Geschichtsschreibung verunreinigt sein!

Eine parlamentarische Korrespondenz, die mehrere reaktionäre Plätter aufnehmen, entwirft folgendes Bild:

„Von der Erregung, die sich bei dem heutigen Verhalten des Abgeordneten Singer gegenüber dem ersten Vicepräsidenten Grafen Stolberg der Mitglieder des Reichstages bemächtigte, läßt sich nur ein der Wirklichkeit sich näherndes Bild an der Hand des Sitzungsberichtes gewinnen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ... die Mäße fortwährend aus Dampfen, ja Hunderten von Stimmen erklangen. Dabei war die Menge nur in geringer Bewegung, man war aufgesprungen, man gestikulerte auch, aber alles hing doch gespannt an den Vorgängen in der linken Mitte, wo die Socialdemokraten der Treppe zudrängten, auf der, gleich vor Erregung, Singer stand, zuerst immerfort hinaufredend zum Präsidenten, später ihn höhlich musternd, indem er langsam ein, zwei Stufen hinabschritt, als befände er sich, ob es nicht besser sei, auf den Platz zurückzutreten. Als aber seine Bemühungen wieder und wieder lärmend andrängten, sagte er Posto und blieb trotzig stehen. — Raum war die Ausfällung angeordnet und die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt, so verließ Graf Stolberg seinen Platz, hörte aber Singer, als dieser auf ihn trat, ruhig an, entgegen ihm auch aber Hindeutung auf ein Blatt

einige Worte, brach aber, als auch noch der Abg. Stadthagen hinzutrat und sich an dem Gespräch beteiligen wollte, die Unterredung mit einer deutlichen Gebärde, daß er nichts weiter zu sagen habe, ab. — Die Abgeordneten strömten zum Teil in die Sandelhalle. Gruppen blieben im Saale in lebhaftem Gespräch über die Vorfälle. Die Socialdemokraten verschwanden nach oben zu einer Fraktionsitzung. Von den eigentlichen Führern wurde keiner sichtbar; es dürfte zutreffen, was man sich erzählte, daß sie über „die Garantie der Präsidialgewalt“ umherhandelt; ein längst geplanter, aber immer noch zurückgestellter Antrag soll endlich Gestalt gewinnen und ans Licht kommen. — Der Jora und die Aufregung über das Geschehene war überall zu bemerken; mehrfach hörte man die Bemerkung, das Ganze sei nur inszeniert, um für die heutigen 27 socialdemokratischen Versammlungsmaterial-Heizmaterial — zu schaffen.“

Diese Stimmungsbäder sind von der Ehrlichkeit und — Intelligenz der Mehrheit stark angegriffen. Sonst würde sie den Sachwaltern der Mehrheit nicht die trotz alledem unerreichte Gelei zutrauen, daß sie nur deshalb die Linke provoziert haben, um ihr ein willkommenes Agitationsmaterial zu liefern.

Wir haben diese Proben benutzt täuschender Berichterstattung mitgeteilt, um einmal zu zeigen, wie Vorgänge von geschichtlicher Bedeutung sofort verwirrt und entstellt werden.

Und doch ist in diesem Fall Schuld, Ursache und Hergang völlig klar. Um es kurz zu sagen: Der leidenschaftliche Zwischenfall wurde in diesem Fall wie fast immer dadurch verursacht, daß wir zwar einen Präsidenten des Hauses, dem die Linke bei aller Nachgiebigkeit gegen das rechtswidrige Verfahren der Mehrheit Achtung und Vertrauen entgegenbringt, aber nur Vicepräsidenten der Mehrheit haben. Anseherdem geht auf dem Präsidium, wenn Graf Vallerstrom abwesend ist, v. Frege's verwirrender Geist um, der immer Graf Stolberg, aber nicht selten auch Häfing heißt. Auch die Vicepräsidenten sind starke Männer nach ströcher's Herzen.

Um das Anseher zu vollenden, tritt noch ein drittes Element hinzu, und das ist ein leidenschaftlicher Nebenpräsident, der immer als Mentor der starken Vicemänner in Thätigkeit tritt, wenn das Haus aus Graf Vallerstrom's besonnenen Gerechtigkeit und schlagfertige Gewandtheit verzichten muß. Es ist dies der Bureaudirektor Knack, der auch bei dem Fall Singer den Grafen Stolberg instruiert hat. Diese Nebenregierung des Reichstages ist der Uebel schlingel. Wenn die beiden Vicepräsidenten ohne die Erläuterungen des Herrn Geheimrats die Geschäfte des Hauses zu leiten nicht im Stande sind, dann sind sie eben ihrem schwierigen Amte nicht gewachsen und müssen gehen.

Wie sind nun die dramatisch gespannten, leidenschaftlichen Szenen zu erklären und wie war ihr Verlauf? Unser bereits in einem Extrablatt verbreiteter Parlamentsbericht stellt den Hergang mit unendlicher Genauigkeit dar, so daß nur wenige erläuternde Bemerkungen hinzugefügt zu werden brauchen.

Zwei grobe Geschäftswidrigkeiten des Vicepräsidenten Grafen Stolberg bildeten die unmittelbare Veranlassung. Einmal brachte dieser starke Mann es fertig, in demselben Atemzug einen Antrag des zollfeindlichen Köpcke-Deffau für unzulässig erklären und dem Freund Spahn das Wort zur Begründung seines Antrags auf Uebergang zur Tagesordnung über denselben unzulässigen Antrag zu erteilen. Dieser tolle Mißgriff veranlaßte namentlich die Herren von der freisinnigen Vereinigung, das Wort zur Geschäftsordnung zu verlangen, um den vicepräsidialen Kuddelmuddel aufzuklären. Zu gleicher Zeit verlangte Singer aus einem andren Grunde das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Vallerstrom hatte nämlich unfrem Genossen, bevor er die Geschäfte an den Grafen Stolberg übergab, versprochen, das Wort nach der Abstimmung über den Zollantrag zu erteilen; einen entsprechenden schriftlichen Vermerk hatte er hinterlassen. Trotzdem gab der Vicepräsident Singer nicht das Wort und unser Parteigenosse ging nun auf die Tribüne, um dem Grafen Stolberg den Sachverhalt aufzuklären. Bis dahin waren die Geschäftsordnungs-Rufe der Linken zwar lebhaft aber nicht sonderlich stark. Nun aber fing die Mehrheit, Centrum und Konservative, gegen den auf der Tribüne mit dem Vicepräsidenten unterhandelnden Genossen Singer gewandt, ein geradezu unfähiges Chorgeschrei an: „Hinter von der Tribüne, hinter von der Tribüne. Man hörte auch Rufe: „Hinter mit dem Juden!“

Naturngemäß wurden nun auch die Geschäftsordnungsrufe der Linken heftiger. Es ward ein Ringen zwischen zwei Chören, die sich gegenseitig überschrien. Singer begab sich dann, als er sah, daß Graf Stolberg gegen jedes Verständnis Obstruktion trieb, die Stufen herunter, blieb aber auf der Mitte der linken Treppe stehen, weil es ihm widerspreche, dem Gebrüll der Rechten und des Centrum's Folge zu leisten. Wäre Graf Stolberg seinem Amt gewachsen gewesen, und wäre er weniger ein Mann nach ströcher's Herzen, so hätte er der Mehrheit erklären müssen, daß es nicht ihr Recht sei, sondern allein das Recht des Präsidenten, dem Genossen Singer seinen Standort zu verbieten. Anstatt so zu handeln, machte sich aber Graf Stolberg zum Vollstrecker des Mehrheitgebrülls und schrie nun selbst, wenn nicht dem Wort, so dem Ton nach: „Hinter von der Tribüne!“ Singer konnte in dem Vicepräsidenten nur noch einen Chorführer der Mehrheit sehen und blieb aufrecht stehen, dem Geschrei und den drei Ordnungsrufen ruhig trogend. So verhängte Graf Stolberg schließlich unter dem Jubelgeschrei der Mehrheit auf den Rat des Bureaudirektors Knack den Ausschluß Singers. In diesem, die Empfindungen aller gewaltig padenden Augenblick sprachen auf der Zuschauertribüne zwei hochfeudale Agrarier, im Innersten beglückt, das erschellende Wort: „Endlich. Nun fort mit der Geschäftsordnung und dann — los!“ Das ist die heißeste Sehnsucht derer um und mit ströcher!

Da Singer durchaus im Recht war und die Geschäftsordnung die Ausweisung eines Abgeordneten verwehrt, blieb der Führer der Socialdemokratie im Saale.

Nach der halbständigen Beruhigungspause erklärte Bebel den Thatsachstand, und Graf Stolberg berief sich entschuldigend auf jenes berühmte „Mißverständnis“, das die starken Männer seit jeher bei ihren Aktionen zur Hand haben.

Das ist die historische Wahrheit. Die Scene war nichts wie eine weitere Wirkung der Regierungsunfähigkeit der verführten Zollwucher-Mehrheit.

Will man, daß solche Wirren nicht wiederkehren, so lehre die Mehrheit zum Recht und zur Vernunft zurück, sie suche sich fähigere Vicepräsidenten und — vor allem — gestatte keinem Nebenpräsidenten Einfluß auf die Geschäftsführung!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember.

Die Diktatur des Präsidenten

ist von den Mehrheitsparteien geplant. Eine Korrespondenz meldet über dies neueste Stück vom starken Mann, der auf die Volkvertretung dresse ist:

„In den Kreisen der Mehrheitsparteien wird, verstärkt durch die Widersehlichkeit des Abg. Singer gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung, ernstlich die nochmalige Aenderung der Geschäftsordnung in Erwägung gezogen. Der in Vorbereitung befindliche Antrag erstreckt sich sicherem Vernehmen nach auf die Erteilung des Wortes und die Dauer der Reden. Dieser Antrag ist bereits formuliert worden und soll am bevorstehenden Dienstag dem Plenum vorgelegt werden. Es handelt sich um Erweiterung der Machtbefugnisse des Präsidenten in Bezug auf die Behandlung von Geschäftsordnungs-Debatten. Man will dem Präsidium freiere Bewegung gewähren bei der Erteilung des Wortes und für die Beschränkung der Redezeit. Der Antrag hat zahlreiche Unterschriften aus den Reihen der Mehrheitsparteien erhalten.“

Der ungläubigen Dummheit der Mehrheit wäre es schon zuzutrauen, daß sie sich, in richtiger Einschätzung ihrer intellektuellen Fähigkeiten, an den bisherigen Vergewaltigungen der Geschäftsordnung nicht genügen ließen und dazu übergingen, die Geschäftsordnung selbst derart abzuändern, daß der Präsident der Mehrheit jeden Hausrechtsschied erweisen könnte. Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß sich selbst unter solch entwürdigenden Umständen noch Individuen finden würden, um der Mehrheit die gewünschten Schuttpolizeidienste zu leisten, vielleicht die Herren Boffermann, Wachen und Arendt. Aber was wäre denn damit erreicht, als daß der Reichstag erst recht zu einer ganz gemeinen Schacherbude degradiert wäre? Wenn die Mehrheit Lust hat, sich derart der Verachtung des Volkes preiszugeben, so haben wir keinen Anlaß, ihr das Spiel zu verderben. Wenn sie glaubt, daß durch eine Quillotimierung des Parlamentarismus der politische Fortschritt gehemmt werden könnte, so ist das unsere Meinung niemals gewesen. —

Zollkriegs-Resolution.

Nachdem die Zollwucher-Parteien die Regierung bewegen haben, den Zolltarif mit Kommissionserhöhungen anzunehmen, die noch kurz vorher die Regierungsvertreter unter den heiligsten Beteuerungen als unannehmbar und absolut ungeeignet für jegliche Handelsvertrags-Verhandlungen bezeichnet hatten, rücken jetzt die Konservativen im Verein mit den geistesverwandten Rationalliberalen mit einem neuen Pressionsmittel heraus. Sie haben dem Reichstag eine Resolution zu dem Entwurf eines Zolltarif-Gesetzes eingereicht, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag wolle beschließen: die folgende Resolution als dritte zum Zolltarif-Gesetz anzunehmen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, vor Erneuerung der bestehenden Tarifverträge das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Meißbegünstigungs-Verhältnis zu allen denjenigen Ländern zu lösen, von welchen nicht in Bezug auf die Zollgesetzgebung und auf die zollmäßige Behandlung deutscher Waren die volle Reziprozität gewährt wird.“

Unterschriften ist die Resolution von den Abgeordneten Frhr. Hehl zu Herrnsheim, Graf v. Kanitz und v. Kardorff als Antragsteller. Außerdem haben 64 Mitglieder der konservativen Fraktion, der Deutschen Reichspartei, der nationalliberalen Partei und der Deutsch-socialen Reformpartei sowie einige Wilde unterzeichnet. Das Centrum hat sich zurückgehalten.

Der Zweck der Resolution ist klar. Sie richtet sich gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und läßt auf die bescheidene Aufforderung an die Regierung hinaus, gefälligst baldigst zu Gunsten der Agrarier und einiger Großindustrieller einen Zollkrieg mit der Union zu provozieren. Denn es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß, wenn der Meißbegünstigungsvertrag mit den Vereinigten Staaten aufgehoben und deren Erzeugnissen gegenüber der Zolltarif nach Kardorff'schem Antrag zur Anwendung gebracht wird, die amerikanische Regierung sofort mit Zollzuschlägen auf die aus Deutschland in die Union eingeführten Industriewaren antworten wird, die deren Wettbewerb auf dem amerikanischen Markt ausschließt. Und in einem solchen Zollkampf liegen die weitaus größeren Sieges-Chancen auf amerikanischer Seite, da die Vereinigten Staaten die bisher aus Deutschland bezogenen Industriewaren jederseitig auch von England, Frankreich und Belgien erhalten, während Deutschland auf den Bezug einer Reihe der wichtigsten Produkte, die es bisher von drüben erhielt, z. B. Baumwolle, Kupfer, Petroleum, nicht zu verzichten vermag. —

Bauernfänger.

Während die Reichstagsmehrheit ihr bisheriges Verstand und Gewissen an die Durchsetzung des Antrags Kardorff verzettelt und sich von Herrn Hertel den schamlossten Rat gefallen lassen muß, etwas mehr „Nähe und Umsicht“ zu bewahren, sind Landbändler und Bauernbändler draußen im Lande eifrig an der Arbeit, um die Mehrheit in den Augen der Bevölkerung zu einer halb traurigen, halb komischen Figur zu machen. Wohl sind die Allerhöchstzöllner im stillen vergnügt, wenn ihnen die Höchstzöllner die Beute nach Hause bringen. Deswegen verzichten sie nicht darauf, die Bauern gegen das „kernlose Vackobst“ scharf zu machen.

Schon beginnt der überagratische Tanz! Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte meint, der Antrag Kardorff sei „ein Verrat an der bisher immer betrogenen Landwirtschaft“ und erklärt mehr pathetisch als aufrichtig:

Nach ist die Annahme des Antrages von Kardorff freilich nicht gesichert, und als Freund des Vaterlandes und der nationalen Arbeit muß man unbedingt wünschen, daß das ungleimäßig beladene Zollschiff noch in letzter Stunde angeht, des Hafens Schiffbruch erlitt.

In Northeim und Eisleben lobt Diederich Hahn gegen das Resultat der Verständigung. Im „Sächsischen Tag“ erklärt er:

Es ist gar keine Frage, daß die Verständigungsaktion schließlich den Erfolg haben wird, daß sie einen tiefen Keil zwischen Landwirtschaft und Industrie treibt und daß sie in Zukunft die Zustimmung der Landwirtschaft zur Fortsetzung der Handelsvertrags-Politik geradezu zur Unmöglichkeit macht.

Nun ist aber so viel vollkommen klar: Wird der Zolltarif in der unbilligen Fassung, die ihm die Kommission gegeben hat, durch den Staatsreich der Rechte zum Gesetz proklamiert, dann muß die Regierung um jeden Preis Handelsverträge abschließen. Wird ihr dieser Ausweg im nächsten Reichstag verweigert, so steht sie vor der tollsten handelspolitischen Konfusion, die jemals erlebt worden ist.

Auch die Bauernbändler schlagen sich in Bayern mit dem Centrum herum, dem sie seinen vollständigen Umfall vormerken. Gegen diesen Vortour wehrt sich in der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ der Centrumsabgeordnete Moriz. Trotzdem ist das Blatt boshaft genug, die seltsame Rechtschreibung dieses Volksvertreters genau wiederzugeben. Sein Brief lautet:

Verlin NW 7 den 29. Nov. 1902. Reichstag.

Verheißene Redaktion!

In Nr. 273 Ihres geschätzten Blattes steht, in der Reichstags-Sitzung v. vor. Mittwoch ist das gesamte Centrum unter der Führung Spahn zur Regierung umgefallen indem es dieser Regierung die Kündigung der Handelsverträge anheim gestellt hat. Ob es ungeschicklich ist unterhalte ich nicht aber ich muß meinerseits konstatieren daß ich es der Regierung nicht anheim gestellt, mich auch nicht habe führen lassen, sondern für den Kommissionsbeschluss gestimmt habe wie es aus dem Stenograph. Bericht zu ersehen ist. Ich bitte deshalb bei weiteren Berichten nicht immer gleich Alles zu verallgemeinern wenn es nicht so ist. Moriz, M. d. N.

NB. Noch möchte ich anfragen wenn es möglich sein sollte, dieses Gesetz zu Ende zu bringen, wofür heute noch nicht die Wahrscheinlichkeit besteht und ich dann doch noch dafür stimme was ich heute noch nicht weiß, so habe ich Gründe die ich mit meinem Gewissen verantworten kann weil schon der Grund wenn die Juden Sozi sich solche Nähe geben wie sie es tun das Gesetz zu hinterlassen so muß man doch zur ganz entgegengekehrten Ansicht kommen. Soeben wurde wieder eine künstliche Beschäftigungslosigkeit des Hauses herbeigeführt, wozu auch die Kollegen vom Bauernbund und ihre nähere Freunde beigetragen haben indem heute auch nicht ein Einziger Mann zur Stelle war. Moriz.

Nicht immer dürfte der Streit zwischen dem Centrum und den Zolltarifhütern so heiter bleiben. Denn schon erklärt die „Neue Bayerische Landeszeitung“, daß unsere Bauern auf das ganze Zolltarifgepöppel so wenig mehr wie auf die schönen Verprechungen des Centrums geben werden.

Ist erst das Korn in der Scheune, so wird der Döffe geprügel.

Deutsches Reich.

Die Staatsrechtler mahnen Kaffe. Die „Kölnische Volkszeitung“ beginnt schon die künftigen Finanzen abzuzählen, die sie aus dem Zollraube zu ergattern hofft. Sie stellt folgende Bilanz auf:

1. Die Landwirtschaft erhält einen durch gesetzliche Festlegung gewährleisteten Mindestzoll für ihre wichtigsten Produkte in Höhe von:	
Malt 2.— pro D.-Ctr. Weizen = 57 Proz. des bish. Zolles,	
1.50 „ „ Roggen = 43 „ „ „ „	
2.30 „ „ Hafer = 78 „ „ „ „	
2.— „ „ Gerste = 100 „ „ „ „	

2. Im allgemeinen Zolltarif sind die übrigen wichtigeren Produkte der Landwirtschaft, insbesondere auch die der Viehzucht, ganz allgemein wesentlich erhöht, insbesondere der Zoll für:

pro 100 Kilo Lebendgewicht mithin erhöht um	
Lächer von 4.— M. auf 18 M. 350 Proz.	
Milch von 2.25 M. auf 18 M. 700 Proz.	
Schweine von 6.— M. auf 18 M. 200 Proz.	

Auch wenn solche durch Handelsverträge um 25 Proz. oder selbst um 50 Proz. reduziert werden sollten, bliebe noch eine Erhöhung gegen die jetzigen Vertragsätze um 240, 500, 125 Proz. bezw. um 125, 300 und 50 Proz.

3. Für Gerbrinden und Quebrachholz, von denen erstere bisher 0.50 M. pro 100 Kilogramm zahlten, letzteres zollfrei einging, wird künftig ein Zoll von 1.50 M. pro 100 Kilogramm Gerbrinden und 7 M. pro 100 Kilogramm Quebrachholz erhoben, zum Schutze des deutschen Schälwandes.

4. Der Hopfenzoll ist von 20 auf 70 M. pro 100 Kilogramm erhöht.

5. Für Gemüse und sonstige gärtnerische Erzeugnisse, welche seither zollfrei eingingen, ist ein angemessener Schutzoll erreicht.

6. Die zollfreien Transitzölle werden auf das wirkliche Bedürfnis beschränkt und für das auf denselben befindliche Getreide, sofern es in den deutschen Verkehr übergeht, nicht allein der Zoll, sondern auch die Zinsen des Zolls während der Einlagerungszeit erhoben.

7. Der Zoll für Getreide und sonstige wichtigeren landwirtschaftliche Produkte wird künftig nicht mehr auf sechs Monate zollfrei gestundet wie seither, sondern muß bei der Einfuhr bar bezahlt werden.

Sie findet zwar nicht, daß das sehr viel sei, meint aber, es sei sehr fraglich, ob die künftige Zusammensetzung des Reichstages jemals wieder eine den landwirtschaftlichen Interessen so günstige sein werde, als die jetzige und ob nicht bei Ablehnung des Tarifes die Möglichkeit, bessere Zollsätze für die Landwirtschaft zu erreichen, dauernd verloren gehe.

Damit erneuern die Zollräuber das Bekenntnis ihrer Schuld. Sie wissen, daß sie gegen den Willen der Volksmehrheit handeln und schlagen lieber alle Ordnung in Trümmer, als daß sie dem Volke das letzte Wort liehen.

Webel's Protest gegen den Ordnungsruf des Grafen Stolberg.

Wie Präsident Graf Valleiren heute den Mitgliedern des Reichstages auf einer Drucksache mitteilt, hat der Abg. Webel, wie wir schon in der gestrigen Nummer erwähnten, gegen den ihm in der Plenarsitzung am 8. Dezember vom Ersten Vizepräsidenten Grafen v. Stolberg-Wernigerode erteilten Ordnungsruf Einspruch erhoben. Eine Beschlußfassung des Reichstages über diese Einsprache soll in der Sitzung am Freitag, den 5. Dezember d. J., den Geschäftsordnungs-Bestimmungen entsprechend, ohne Diskussion herbeigeführt werden.

Es handelt sich um folgende Äußerungen des Abg. Webel (nach dem unkorrigierten stenographischen Bericht): „Die verbündeten Regierungen sind also die Urheber des Antrages Kardorff, sie tragen die Schuld an der Verzögerung der Verhandlungen. Insofern muß ich allerdings die Ausführungen des Herrn Grafen v. Posadowsky als unpassend und nicht hier am Platze zurückweisen. (Stimme des Präsidenten.) Vizepräsident Graf zu Stolberg-Wernigerode: Wenn ich den Herrn Redner richtig verstanden habe, so hat er gesagt, er müsse die Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Grafen v. Posadowsky als unpassend zurückweisen. (Wird bestätigt.) Wenn das richtig ist, so erkläre ich eine solche Äußerung für unzulässig, und da es sich um ein Mitglied der verbündeten Regierungen handelt (Bursche links), rufe ich den Abg. Webel zur Ordnung. (Bursche und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Es ist das erste Mal seit Bestehen des deutschen Reichstages, daß sich ein Abgeordneter über den Ordnungsruf eines Präsidenten beschwert hat. Ein ähnlicher Vorgang aber spielte sich im Jahre 1871 ab, und die Beteiligten waren der Präsident v. Simson und wieder der Abg. Webel. Präsident v. Simson hatte dem Abg. Webel das Wort entzogen, dabei aber die von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Formen nicht gewahrt. Auf eine Beschwerde des Abgeordneten Webel wurde die Angelegenheit der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages überwiesen. Diese gab dem Präsidenten v. Simson recht und erstattete einen Bericht, gegen den Webel von neuem Protest einlegte. Bei der Verhandlung im Plenum beantragte der Abg. Windthorst, indem er den Protest des Abg. Webel für begründet erklärte, nachmalige Rückverweisung an die Geschäftsordnungs-Kommission. Präsident v. Simson legte in Folge dessen sein Amt als Präsident nieder.

Es wird interessant sein, zu beobachten, wie viel von dem Reichsgefühl Windthorsts bei seinen Epigonen übrig geblieben ist.

Sie wollen Thaten sehen. Anknüpfend an einen Artikel der „Neuen Zeit“, in dem ausgeführt wurde, daß selbst die stärksten Worte der höchsten Stelle wirkungslos verhallen müßten gegenüber der wertvollen Arbeit der Sozialdemokratie, heißt die „Konservative Korrespondenz“:

„Die Worte des Kaisers werden, davon sind wir fest überzeugt, nicht wirkungslos verhallen; es wird und muß auf sie die That folgen. Der Größenwahn der Sozialdemokratie und ihr Machtbewußtsein wird und muß endlich zerstört werden, wenn nicht die Grundlagen von Staat und Monarchie unwiderrbringlich Schaden leiden sollen.“

Selbst der starke Mann, der sich dieser Tage dem Reichstag produziert, weißte, daß sein Vorschlag, die Sozialdemokratie nicht als Subjekt, sondern als Objekt der Gesetzgebung zu behandeln, Beachtung finden werde. Die Epigonen sind eben nicht stark und unintelligent genug, um sich von brutalen Gewaltmaßnahmen auch nur den geringsten Erfolg zu versprechen. Uns könnte eine Politik der Unintelligenz wahrhaftig nichts schaden.

Ultramontane Revolutionsphantasien. Die „Märk. Volkszeitung“ meint, die Kundgebungen der Sozialdemokratie gegen den Zollwucher und den parlamentarischen Rechtsbruch bewiesen, daß man gern „etwas Revolution spielen“ wolle. Die Ausfertigung des „Vorwärts“: „Verteidigt in machtvollen Kundgebungen das Recht wider die Gewalt“ solle zu Strahendemontationen anregen. Das ultramontane Blatt verweigelt den sozialistischen Begriff der Revolution offenbar mit dem feigenen. Es glaubt offenbar, daß wir die Taktik der Opposition mit Risigabeln und Jauche, den die Merkmalen Freunde der „Märkischen Volkszeitung“ in Frankreich gegen die Staatsgewalt angewendet haben, auf unsre Taktik übertragen wollten. Die Anwendung der Tausche im parlamentarischen und Strahentampff überlassen wir neidlos den Ultramontanen.

Der Peters verjagt mit der ihm eignen Ungeniertheit weiter von sich reden zu machen. Auf die Erklärungen Bronsart v. Schellendorffs und seiner Gemahlin, in denen die dreifache Bezeichnung „Vorwärts“ sei der Urheber des Luder-Briefes gewesen, in entschiedener Weise zurückgewiesen wurde, erklärt der Mann, daß er die Behauptung deshalb aufstellen zu dürfen geglaubt habe, weil sie ihm von „durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt“ worden war. Nun hat sich freilich herausgestellt, daß diese „durchaus glaubwürdige Seite“ durchaus unglaubwürdig war. Dem Peters ist also genau dasselbe Recht widerfahren, wie dem Genossen Webel, über dessen angebliche Leichtgläubigkeit sich der biedere Afrilaner so ungeheuer entrüstet! Freilich lag die Sache bei Webel etwas anders. Webel leistete durch sein Vorgehen gegen den Peters der deutschen Kultur einen ganz hervorragenden Dienst, da lediglich auf seine Anzeigen im Reichstag hin, wie ja der Peters selbst kürzlich im „Tag“ in so dankenswerter Weise festgestellt hat, die Peters'schen Kolonialbestimmungen entlarvt wurden. Peters dagegen schüßte seine „durchaus glaubwürdige Information“ lediglich vor, um seine ehrenwerte Persönlichkeit in empfehlende Erinnerung zu bringen, er verdächtigt eine unbescholtene Person, um seine eigne anrüchige Sache durch freche Verdunkelungen der wahren Sachlage in ein günstiges Licht zu stellen. Da er in England seine kolonialistischen Talente nicht mehr verwerten kann, möchte er sie in Deutschland, wo er Gras über seine Thaten gewachsen glaubt, wieder offerieren. Und die deutsche Kolonial-Presse ist in der That schamlos genug, das Verwünschungsgeschäft des Mannes zu befürworten!

In einer der „Täglichen Rundschau“ überfandten Zuschriften renpelt Peters auch Webel wieder an, weil er erst jetzt erklärt habe, daß Bronsart sein Gewährsmann in der Luder-Brief-Affaire nicht gewesen sei. Dabei leistet er sich folgende groteske Schimpferei:

„Die Sozialdemokraten scheinen die Geleise des einfachen bürgerlichen Anstandes nicht immer kennen zu wollen. Diese Herren schießen immer nach der „großen französischen Revolution“, wo man unbehagliche Gegner einfach löpste. Aber in Deutschland befinden wir uns einstweilen noch nicht in der sozialen Revolution.“

Hänge-Peters hat unvorsichtigerweise einen — für ihn — sehr unruhigen Punkt berührt. Statt von historischen Vorgängen zu reden, von denen er ja doch nichts weiß, hätte er in seinem eignen Gedächtnis blättern sollen. Er selbst liebt es ja — wie gerichtlich festgestellt ist — unbehagliche Gegner, zwar nicht politische Gegner, aber Rivalen in puncto veneris, wenn auch nicht köpfen, so doch hängen zu lassen. Er thut uns aber wirklich eine unbedeutende Ehre an, von seinem edlen Gemütsleben aus das der Sozialdemokratie zu schließen.

Das Leben auf Capri.

Der freisinnige „Frankl. Courier“ erhält aus Rom folgende Korrespondenz:

Der Untersuchungsrichter am Igl. Landgericht Neapel hat seine am 21. November begonnene Untersuchung auf Capri mit folgendem Beschluß beendet:

Haftbefehl.

Gegen den etwa 45jährigen Maler Christian Allers, Angehörigen des Deutschen Reichs, vordem in Karlsruhe im Großherzogtum Baden, ergeht der richterliche Befehl auf Festnahme und Einlieferung in die Gefängnisse des Landgerichts Neapel. Der Allers ist nach den eingelaufenen zwei Denunziationen und der von mir geprüften Thatfachen dringend verdächtig, in der auf seinen Namen im Grundkataster eingetragen Villa auf der Insel Capri in den Jahren 1900 bis 1902 in mindestens zehn Fällen mit zwei minderjährigen Knaben Vergehen und Verbrechen wider die guten Sitten verübt zu haben. Der Angeklagte ist flüchtig.

Capri, 28. November 1902.

Dr. jur. Collenza.

Der Untersuchungsrichter hat festgestellt, daß die sogenannte „Villa Allers“ der Schauspieler wäster Orgien war, daß Allers dazu seine Freunde und Bekannte einlud und daß Allers zwei Knaben an sich lockte.

Der Korrespondent des „Frankl. Cour.“ erklärt, daß Allers, falls er nach Deutschland entkommen sein sollte, nicht ausgeliefert werden würde, da die betreffenden Staatsverträge eine Auslieferung wegen der Allers zur Last gelegten Dinge nicht erwähnen. Die Gegenseitigkeit sei nicht zugelassen. Lebe doch seit fünf Jahren in Rom ungestört ein deutscher Künstler, den seine Heimatsbehörde wegen des gleichen Delikts „suche“. Der Korrespondent schließt:

„Recht, Gesetz und Staatsverträge verlegen; aber es giebt noch etwas Stärkeres: die öffentliche Meinung. Herr Chr. Allers hat für seine durch den Photographenkapfen hergestellten, mit breitem Bleistift überfahrenen Aufnahmen wahre Riesensummen von seinem Rücken Kruppe erhalten; er hat in Neapel persönlich zu erscheinen und dort zu erklären: Der und jener hat in meiner Villa nach deutscher Sitte gegulungen, getrunken, getollt, und ich allein habe nach Griechenart gehandelt. Thut das Herr Allers nicht, so ist seine Ehre für immer tot und hin.“

Herr Allers wird, sofern er sich schuldig fühlt, sich hüten, sich seiner Freunde wegen der italienischen Justiz zu stellen. Er wird die von Kruppe erhaltenen „Riesensummen“ irgendwo verguligt verzeihen.

Beachtenswert erscheint, daß diese Capreer Lasterhöhle erst ausgeräuchert wurde, nachdem der Kruppe-Artikel im „Vorwärts“ erschienen war.

Wählerschwund im Centrum. Ueber „ärgere Vorfälle“, die sich bei den neuesten Gemeinderatswahlen in Städten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung abgepielt haben, klagt in lauten Tönen die „Kölnische Volkszeitung“. Unter diesen ärgere Vorfällen versteht sie nämlich die argen Wahlburchfälle, die sie sich in mehreren Städten — erst jetzt wieder in München — zugezogen hat. Die „verroftete Organisation“ und der Mangel an Disziplin sollen daran Schuld tragen. In Wirklichkeit dürfte die städtische Bevölkerung, sie mag noch so katholisch sein, wenig Lust haben, durch Abstimmungen im Sinne des Centrums der Politik der Zollräuber Vorhub zu leisten. Feld- wie Hausagariern drohen schlimme Zeiten.

Der Verein für Arbeiterstatistik ist zum Montag, 15. Dezember zu einer Sitzung einberufen, um weitere Beschlässe zu fassen, über die Erhebungen betreffend die Arbeitszeit in den Comptoiren und über die Herausgabe einer Monatschrift für Arbeiterstatistik. Beide Gegenstände sind an Ausschüsse verwiesen, die am 6. resp. 8. Dezember zusammentreten werden.

Die Erhebungen betreffend die Arbeitszeit in den Comptoiren bilden eine Fortsetzung der von der Kommission für Arbeiterstatistik begonnenen Arbeiten. Durch Ausgabe von Fragebogen hat man aus zehn Prozent der Betriebe die Dauer der Arbeitszeit festgesetzt. Jetzt sollen ähnlich wie bei früheren Erhebungen die Organisationen gefragt werden, denen hierdurch Gelegenheit gegeben ist, auf besondere Verhältnisse hinzuweisen. Dieser Teil der Erhebungen wird umfangreicher als die ersten Ermittlungen. Durch die Fragebogen wurde nur die Dauer der Arbeitszeit des kaufmännischen Personals ermittelt. Jetzt wird die Erhebung auch auf die Handels- hilfsarbeiter ausgedehnt und werden die an die Organisationen der Hilfsarbeiter auszugehenden Fragebogen auch Fragen betreffend die Dauer der täglichen Arbeitszeit enthalten. Die Organisationen werden jetzt ihr Material mitteilen können, aus welchem die besonderen Verhältnisse zu erlernen sind, und ferner wird die Frage zu beantworten sein, ob ein Eingreifen der Gesetzgebung notwendig, wünschenswert und durchführbar ist. Ferner werden die Organisationen sich darüber äußern können, wie eine Regelung der Arbeitszeit gedacht wird.

Gegen die Eisen-Kannahme des Zolltarifs hat der Verein deutscher Volkämmer und Kammgarnspinner dem Reichstag eine Eingabe zugehen lassen. Die Kammgarnspinner haben das lebhafteste Interesse an einer eingehenden und gründlichen Beratung der sie betreffenden Zollsätze. Aber auch dem Ansehen und den Interessen der gesamten deutschen Industrie sei die Unterdrückung einer sachlichen Beratung der Industriezölle wahrlich nicht würdig. Für die Kammgarn-Industrie sei eine solche Beratung um so notwendiger, als die Beschlässe und Beratungen der Zollkommission vollständig ungenügend seien.

Aus der Heimat Wassermanns wird uns geschrieben: Im badischen „Rustertlande“, der Heimat des nationalliberalen Führers Wassermann, haben die Vorgänge im Reichstage während der letzten Tage natürlich ganz besondere Aufmerksamkeit erregt. Hat Herr Wassermann doch bei den Wahlen vom Juni 1898 sich — allerdings mit negativem Erfolge — in Mannheim um ein Reichstags-Mandat beworben, und ist er von seinen Parteigenossen doch bereits seit Monaten dazu aufgerufen, bei den Reichstags-Wahlen des nächsten Jahres dem Jubiläumswerke in Karlsruhe die Krone anzusetzen und den dortigen Reichstagsklub der Sozialdemokraten anzunehmen. Mit seiner Haltung im Kampfe um den Antrag Kardorff hat er sich nun allerdings bedenklich in die eigne Suppe gespuht; denn die Enttäufung über dieselbe reicht weit über die Kreise der liberalen Parteien hinaus, und die Proteste der „National-Zeitung“ und ihrer Hintermänner haben bis tief in die Reihen des badischen Nationalliberalismus hinein ein lautes Echo gefunden. Dies spiegelt sich insbesondere in der kleineren, nicht unmittelbar der Parteileitung unterstehenden nationalliberalen Presse des Landes wieder, die mehr der Stimmung der Masse der Leistungsgenossen als die Ansichten der Partei-Leeren zum Ausdruck bringt. So erklärt jetzt ein weitverbreitetes, bisher zur nationalliberalen Presse gezähltes Tagesblatt, die „Mittelbadischen Nachrichten“ in Ickern, es fähle sich nach den erwähnten Vorwärtsschreibungen, von der Partei Wassermanns abzurücken; es bleibe auch fernerehin national und fortschrittlich, nationalliberal wolle es aber nicht mehr genannt werden.

Der Vorwurf, nationalliberal zu sein, wirkt allerdings nachgeleude beleidigend.

Eine Wahlrechtsverschlechterung nach hamburgischem Muster wird in Lübeck geplant. Eine von Senat und Bürgerschaft niedergesetzte Kommission soll den Vorschlag gemacht haben, daß ein Census von 1200 M. eingeführt wird, der durch 5 Jahre versteinert sein muß, bevor ein Bürger wählen kann.

Die städtischen Handelspatrizier scheinen heizelsten dem Einbringen der Arbeitervertreter in das exklusive Parlament vorbeugen zu wollen.

Die Münchener Gemeinderatswahlen. München, 2. Dezember. (Fig. Ver.) Die Gemeinderatswahlen vom 1. Dezember haben mit einer gründlichen Niederlage der Ultramontanen geendet, denen damit die Einleitung der bürgerlichen Hauptstadt für das Schulnotationsgesetz und ihr städtisch-feindliches Verhalten im Landtage ausgestellt wurde. Die Merkmalen wußten natürlich, was für sie diesmal auf dem Spiele stand und hatten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Gegenparteien zu überwältigen. Aber aller Liebe Mühe war vergeblich. In einem der äußeren Stadtbezirke liehen die Liberalen aus freien Stücken und ohne vorherige Verabredung Plakate anzuheben, durch die ihre Parteifreunde aufgefordert wurden, für den Sozialdemokraten zu stimmen, um die Wahl des Centrumsmannes zu verhindern. Als die Ultramontanen dies erfuhren, liehen sie in der ganzen Stadt Plakate anzuheben. Im 6. Bezirk Kompromiß zwischen Liberalen und Sozialdemokraten! Juden, Freimaurer und Genossen haben sich gegen das christliche München vereinigt. Verhindert die Herrschaft des Unglaubens und wählt Centrum! Dies veranlagte die Liberalen, in den übrigen Bezirken die Sozialdemokraten gegen das Centrum zu unterstützen, wogegen ihnen unsere Genossen in der inneren Stadt Hilfe leisteten. Dieses erst um die Mittagsstunde

vereinbarte Abkommen — von einem vorbereiteten Kompromiss kann also keine Rede sein — war für uns insofern ziemlich bedeutungslos, als die von uns errungenen Erfolge wohl auch aus eigener Kraft erzielt worden wären. Die Antisemiten hatten zum erstenmal in allen Bezirken, mit Ausnahme eines einzigen, eigene Kandidaten aufgestellt. Sie bemühten sich im übrigen in die Fußstapfen ihrer Wiener Gesinnungsgenossen zu treten. So wurden Antisemiten erwählt, die an den Wahllokalen sozialdemokratische Stimmzettel abgaben, die in Wirklichkeit den Namen des antisemitischen Kandidaten enthielten. Die „Christlichsoziale Partei“ brachte es in den 19 Bezirken insgesamt auf ca. 1000 Stimmen.

Für die Sozialdemokratie war die gegenwärtige Zeit der Krise insofern nicht besonders günstig, als wenig neue Bürger aus dem Arbeiterstand zugezogen sind, kostete doch die Erwerbung des Heimat- und Bürgerrechts 85 M. Alle Bemühungen, eine Herabsetzung dieser Gebühren zu erreichen, waren bisher vergeblich. Ja, im Wahlkampf haben verschiedene Agitatoren des demokratischen Centrums erklärt, die Bürgerrechts-Gebühren werde man nicht herabsetzen, denn es falle ihnen gar nicht ein, hergelassene Handwerksburschen in der Gemeinde mitreden zu lassen. Unter diesen Agitatoren befand sich auch der Chefredakteur des „Münch. Tagblattes“, der außerdem auch stark im Antisemitismus machte und dabei ganz vergaß, daß er vom Verlag einer Gesellschaft angestellt ist, die sich in jüdischen Händen befindet, und die ihm erlaubt, ultramontane-antisemitische Politik zu machen.

Von den 30 Mandaten erhielten die Sozialdemokraten drei, die Liberalen zwölf und die Ultramontanen fünf. Letztere verloren drei Mandate, die Liberalen gewannen eins und die Sozialdemokraten, die einen Stimmenzuwachs von ca. 600 erzielten, zwei. In zwei Bezirken fehlten für uns nur wenige Stimmen (5 resp. 30) an der Mehrheit. Von unseren Parteigenossen wurden gewählt: Gg. Vitzl, Maximus Ernst und Dobber. —

Der „Vorwärts“ als Antisemit der sächsischen Polizei. Wir erhalten von Herrn Dr. Hirschfeld folgende Mitteilung:

Zur sachlichen Berichtigung Ihrer Notiz in Nr. 282 teile mit, daß die in Leipzig verbotene Versammlung nicht von mir, sondern von einem dortigen Komitee einberufen war, welches mich aufgefordert hatte, über die homosexuelle Frage zu referieren.

Trotzdem der Vorsitzende dieses Komitees die Versicherung abgab, daß der Fall Krupp nicht einmal gestreift werden würde, verbot die Polizeibehörde den Vortrag, und zwar unter Vorlegung der „Vorwärts“-Nummer, welche die Mitteilung über das Verbot meines ähnlich lautenden Vortrages in der Berliner Studentenschaft enthielt. —

Ein skandalöser Polizeibergriff wurde in Halle am 3. Dezember vom Schöffengericht festgestellt. Angeklagt war der Kaufmann und Handschuhfabrikant Gustav v. Reich, der am Abend des 1. Septembers auf einem Fahrrad von einem Volksfest kommend, groben Unfug verübt haben sollte. Als der Mann die strahlenden Strahlen überfahren hatte, trat der Polizeiergeant Hartwig auf ihn zu, hielt ihn fest und riß ihn vom Fahrrad herunter, daß v. Reich mit der Stirn auf das Pflaster schlug und eine erhebliche Verletzung davontrug. Der Verletzte mußte in einem Krankenbette nach dem Bergmannstrost geschafft werden und wurde drei Wochen ärztlich behandelt. Heute war er wegen des Uebergriffs des Polizisten nun auch noch angeklagt. Er bestritt mit aller Entschiedenheit groben Unfug verübt zu haben und zehn Zeugen, darunter zwei Polizeiergeanten, behaupteten diese Angaben. Als nun der erste Zeuge, Sergeant Hartwig, auf dessen Angabe die Anzeige gegen v. Reich beruhte, vernommen werden sollte, erklärte der Gerichtsvorsitzende, er beabsichtige den Hauptbelastungszeugen nicht zu vernehmen, denn es sei doch klar, daß der Angeklagte keinen Unfug verübt habe. Zeuge Hartwig läme in eine schenklige Lage. Das Gericht vernahm den Zeugen nicht und sprach v. Reich antragsgemäß frei. Der Verteidiger Justizrat Kühne hatte bemerkt, der Polizist habe die Anzeige nur erstattet, um sein durchaus ungerechtfertigtes Vorgehen gegen den Verletzten entschuldigen zu können. In der Angelegenheit schwebt auch ein Verfahren gegen die Redaktion des „Vollblatts“ wegen Beleidigung des Polizisten. Dieses Verfahren wird wohl nun schleunigst eingestellt werden.

Wilde walteten tief das Kriegsgericht der 8. Division in der Sache des Unteroffiziers Wilhelm von der 2. Comp. des 158. Infanterie-Regiments in Altenburg. Er war wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Mißhandlung eines Untergebenen und Ungehorsams angeklagt und mit ihm beschuldigt wurde der Musikleiter Enke von demselben Regiment wegen Beharrens im Ungehorsam. Der Unteroffizier hatte dem Musikleiter in der Kaserne den Auftrag erteilt, ihm ein neues Trinkglas zu besorgen. Als er dem Untergebenen dieserhalb Anfang Oktober eines Abends anrief, überhörte letzterer den Ruf, insolge dessen W. dem E. eine solche Ohrfeige gab, daß das linke Trommelfell durchlöchert wurde. Der Geschlagene mußte bis November krank im Lazarett zu bringen. Zur selben Zeit fand auch ein Unteroffizierball statt, zu dem Wilhelm nur bis 10 Uhr abends Urlaub bekommen hatte. Als der Feldwebel auf dem Vergnügen zu ihm sagte: „Na wann wollen Sie denn nun eigentlich nach Hause gehen?“ entgegnete der Unteroffizier „jezt“ und der Feldwebel fügte noch die Bemerkung hinzu: „Na dann aber schleunigst.“ Der Unteroffizier ging aber nicht nach Hause, sondern blieb bis 1/3 Uhr nachts auf dem Ball. Der Anklagevertreter beantragte gegen den Unteroffizier drei Wochen Mittelarrest und gegen den Musikleiter, weil er den Anruf des Vorgesetzten absichtlich überhört habe, 14 Tage strengen Arrests. Das Gericht erkannte gegen den Unteroffizier auf 11 Tage Mittelarrest und gegen den Musikleiter, der höchsten disziplinarisch belangt werden könne, auf Einstellung des Verfahrens.

Ausland.

Die Zurückziehung der Truppen aus Shanghai.

Soll demnächst nun wirklich erfolgen. — Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: „Zwischen den vier Mächten, die an der provisorischen Besetzung Shanghais beteiligt sind, hat ein Meinungsaustausch über die Modalitäten einer gleichzeitigen Zurückziehung ihrer Truppen stattgefunden. Demnächst hat das japanische Besatzungs-Corps am 22. November Shanghai verlassen; die Engländer werden am 20. Dezember nachfolgen; im Anschluß daran werden die deutschen Truppen abziehen; der genaue Termin hängt von den Fahrzeiten der zur Verfügung stehenden Transportschiffe ab. Jedenfalls aber wird noch im Laufe des Januar Shanghai von dem deutschen Corps geräumt sein.“

Ueber die Verständigung der Mächte meldet ein englisches „Blaubuch“:

Eine Note des deutschen Vizekonsuls Grafen Wolff-Metternich an den Staatssekretär des Auswärtigen Marquis of Lansdowne vom 1. November 1902 lautet: Die kaiserliche Regierung hat aus der Mitteilung Eurer Excellenz vom 11. Oktober mit Befriedigung vernommen, daß die britische Regierung mit Bezug auf die Frage der Räumung Shanghais bereit ist, vollkommen den Vorbehalten zuzustimmen, welche der kaiserliche Geschäftsträger die Ehre hatte in seiner Note vom 7. v. Mts. mitzutheilen — nämlich der gleichzeitigen Zurückziehung der Truppen und der eventuellen Wiederbesetzung. Die kaiserliche Regierung bemerkt auch mit Vergnügen das Einvernehmen, welches zwischen ihr und der britischen Regierung bezüglich des Gegenstandes der dritten von der deutschen Regierung erhobenen Räumungsbedingung besteht, d. h. Weigerung der Gewährung von Vorzugs-Vorteilen im Zusammenhang mit der Räumung.

Inzwischen hat die kaiserliche Regierung sowohl von der chinesischen Centralregierung als vom Vizekönig Tchang-Tsching und dem stellvertretenden Vizekönig in Rankung die von ihr verlangte allgemeine Erklärung in bindenden Ausdrücken erhalten, daß die chinesische Regierung keines der souveränen Rechte Chinas auf-

gegeben wird und daß sie keinem Vorzugsrechte zustimmen wird, das gegen den Grundbesitz der offenen Thäre gerichtet ist. Die dritte von der kaiserlichen Regierung bezüglich der Räumung erhobene Bedingung ist demnach erfüllt.

Das „Blaubuch“ enthält ferner eine Mitteilung des Marquis of Lansdowne vom 8. November über einen Besuch des deutschen Vizekonsuls, bei welchem Graf Wolff-Metternich dem Marquis of Lansdowne mündliche Eröffnungen über die von der chinesischen Regierung an die deutsche Regierung gerichteten Anerbietungen und Versicherungen machte, welche die deutsche Regierung als befriedigend anerkennt. Insbesondere habe die chinesische Regierung diese (in der Note des Grafen Wolff-Metternich vom 1. November näher bezeichneten) Zugeständnisse Chinas als nicht auf irgend einen Teil des chinesischen Besitzstandes beschränkt, sondern als sich auf ganz China erstreckend bezeichnet.

Es ist nunmehr zu hoffen, daß die bisher in Shanghai stationierten deutschen Truppen auch unverzüglich in die Heimat zurückkehren werden! —

Schweiz.

Der Fall Thiebaud.

Genf, 2. November. (Sig. Ver.) In zeitweilig recht scharfen Auseinandersetzungen kam es in der gestrigen Partei-Versammlung, welche den Fall Thiebaud endgültig zum Abschluß brachte. Namens der Kommission führte Genosse Gugler aus, daß niemand etwas gegen die Person Thiebauds habe, daß aber das Interesse der Partei die Lösung von dieser Regierung erheische. Dazu hätte Thiebaud die Plakate, welche besagen, man wolle „Herr im Hause sein“, „Arende seien die Verführer usw.“, nicht unterzeichnen dürfen. War aber er das erste Aufgebot der Truppen nicht unterzeichnet, die späteren Affischen tragen aber gleichfalls seinen Namen, und während Genosse Sigg im Großen Rat erklärte, er werde nicht als Soldat gegen die Streikenden gehen, denn sein sozialistisches Gewissen erlaube es ihm nicht, habe Thiebaud mit seiner Unterschrift die Partei desavouiert.

Die Genossen Taponnier, Renaud, Schäfer und Dr. Wyh wenden sich entschieden gegen die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, welche besagt, daß Thiebaud in den öffentlichen Angelegenheiten als Vertreter der Partei nicht mehr gelten kann. Dr. Wyh bringt eine Gegenresolution ein: „Die Versammlung beschließt, die Sache bis zu den nächsten Wahlen zurückzustellen, um dann eine rein sozialistische Liste für den Staatsrat aufzustellen.“

Die Resolution wird begründet durch die gegenwärtige Situation. Die Konservativen wünschen ja gerade den Austritt Thiebauds aus dem Staatsrat und die jegliche Annäherungsbewegung werde arg durch dieselbe gefährdet. Redner verliest einen Brief Siggs aus dem Gefängnis, welcher die Genossen bittet, wegen der Dringlichkeit der Annäherung alle Streitigkeiten zu vermeiden. Alsdann giebt Thiebaud in längeren Ausführungen seine Auffassung über den Generalstreik und die „Notwendigkeit“ der weiteren Truppen-erhebungen wieder, wird aber von der Versammlung häufig unterbrochen. Er erklärt, daß die Annahme der Kommissions-Resolution für ihn bedeute, daß er gehen könne.

Nach heftiger Debatte für und wider nimmt die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 60 gegen 54 Stimmen die in Nr. 273 des „Vorwärts“ abgedruckte Resolution der Kommission an.

Interessant und bezeichnend ist, daß fast alle längere Zeit in der hiesigen Parteibewegung thätigen Genossen gegen die Resolution stimmten, während die Majorität meist von Genossen herrührte, welche erst seit dem Generalstreik und den letzten Wahlen in der Partei thätig sind. Die letztere, radikalere Gruppe stand eben bis dato abseits der politischen Bewegung und erst die vorzügliche Haltung des „Peuple“, wie auch des Genossen Sigg, hat sie uns wieder zugeführt.

Der oben gefasste Beschluß dürfte ganz sicher zur weiteren Ausbreitung des Sozialismus führen, selbst bis in die Reihen der „Nur-Gewerkschafter“!

Franzreich.

Die Unternehmer wortbrüchig. Die Gruben-Gesellschaften des Loiregebietes haben entgegen den Abmachungen eine Anzahl Bergleute entlassen. Die Mehrzahl der Entlassenen sind die Vertrauensleute der Arbeiter, welche für ihre Arbeitsbrüder die Unterhandlungen mit den Direktionen der Gruben geführt haben. Es ist anzunehmen, daß die Gruben-Gesellschaften, für welche der Schiedspruch ungünstig ausgefallen ist, durch diese Maßnahmen versuchen, die Arbeiter aus neue zu reizen. Der Abgeordnete des Distrikts, Briand, hat sich zum Präfelden begeben, um diesen zum Einschreiten zu veranlassen.

Italien.

Die Provinzialwahlen von Mantua haben den Sozialisten einen Sieg gebracht. Es wurden gewählt: 13 Roberierte (Liberalen), 4 Radikale und 6 Sozialisten; der Provinzialrat besteht nunmehr aus 16 Roberierten, 12 Radikalen und 12 Sozialisten, so daß die beiden letzten Parteien zusammen die Mehrheit über die Roberierten haben. —

England.

Die Urteile der Kriegsgerichte in Südafrika sind bekanntlich durch eine Kommission, bestehend aus Richtern hoher Gerichtshöfe einer Nachprüfung unterzogen worden. Die Kommission giebt jetzt ihren Bericht in einem „Blaubuch“. Nachgeprüft wurden 794 Urteile, von denen 721 auf die Kapkolonie, 59 auf Transvaal und Orange-Freistaaten und 14 auf Natal entfallen. Die durch die Kriegsgerichte verhängten Strafen wurden seitens der Kommission wesentlich herabgesetzt; wo lebenslängliche Gefängnisstrafe verhängt war, wurde in der Regel die Strafe auf drei Jahre reduziert. In 119 Fällen wurde sofortige Freilassung angeordnet. Die 721 Fälle, die sich auf die Kapkolonie beziehen, bestehen in ihrer großen Mehrheit in einfachen oder schwerem Hochverrat, Mord, verübten Mord usw. In den meisten dieser Fälle hatte das ursprüngliche Urteil auf Tod gelautet, war dann in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt; der Vorschlag der Kommission geht hier in den meisten Fällen dahin, die Strafe je nach Lage des Falles in eine 2-3-jährige Gefängnisstrafe umzuwandeln. —

Niederlande.

Troelstra in Stichwahl. Im dritten Amsterdamer Wahlkreise fand am Dienstag Ersatzwahl zur zweiten Kammer für den verstorbenen liberalen Vertreter des Kreises statt. Abgegeben wurden 4977 gültige Stimmen. Davon erhielt unser Parteigenosse Troelstra 2476, um gewählt zu sein, fehlten ihm nur 14 Stimmen. Der ihm zunächst stehende Kandidat, der Liberale Jfferman, erhielt 1165 Stimmen, ihm folgt der Antirevolutionäre mit 959 Stimmen, der Freisinnige Demokrat erhielt nur 101 Stimmen. Die Sozialdemokratie hat seit 1901 einen Zuwachs von 1058 Stimmen zu verzeichnen, die Liberalen einen Rückgang von 500, die Freisinnigen Demokraten von circa 400 Stimmen. Man kann wohl erwarten, daß bei der Stichwahl am 9. Dezember Troelstra, der als ein sehr tüchtiger Parlamentarier bekannt ist, von neuem einen Sitz in der Kammer erhält. —

Dänemark.

Budgetverweigerung in der Kommune. Ein Ereignis, das sich bis jetzt in der Geschichte der dänischen Kommunen noch nicht zugetragen hatte, bereitet jetzt den Vertretern der herrschenden Klasse in Cöbberg große Verlegenheiten. Der Stadtrat dieser jütändischen Handelsstadt besteht aus zehn Sozialdemokraten, gewählt von der allgemeinen Wählerklasse, und neun von den Höchstbesteuerten gewählten Mitgliedern. Diese neun Kapitalistenvertreter hatten zusammen mit dem Bürgermeister bei der zweiten Lesung des Budgets Anträge der Sozialdemokraten auf Bewilligung von 2000 Kronen für Vorarbeiten zum Bau eines kommunalen Krankenhauses, 500 Kronen für Verpflegung armer Schulkinder und 200 Kronen für die Vollkammeritäts-Vereinigung niedergestimmt und deshalb verweigerten unsere Parteigenossen bei der dritten Lesung ihre Unterschrift zum Budget. Der Bürgermeister sah sich hierdurch veranlaßt,

ebenfalls seine Unterschrift zu verweigern. Wird keine Lösung des Konflikts herbeigeführt, so ist Cöbberg vom 1. Januar ab ohne Budget.

Die Verweigerung der Mittel zum Krankenhaus durch die Kapitalistenvertreter erfolgte deswegen, weil ein Rönchsorden sich unter gewissen Bedingungen bereit erklärt hatte, ein Krankenhaus zu bauen. Zwei protestantische Geistliche nahmen nun in „Westjyllands Socialdemokrat“ sehr energische Stellung dagegen, daß man, lediglich aus Geldinteresse, ein so wichtiges Institut den Katholiken überlassen will, die es doch jedenfalls für ihre Propaganda ausnützen würden. Es ist ein beachtenswertes Zeichen der Zeit, daß die evangelische Kirche in diesem Fall bei der Sozialdemokratie Schutz gegen die Kapitalisten suchen muß. —

Asien.

Japan. Ein Arbeitsamt wird demnächst beim Handelsministerium errichtet werden. Dasselbe wird sich mit der Fabrikinspektion, Arbeiterbeschäftigung, kurz, mit allen mit der Arbeiterfrage zusammenhängenden Angelegenheiten zu beschäftigen haben. —

Afrika.

Die dem Afrikanerband angehörenden Mitglieder des Kap-Parlaments beschloßen nach Abhaltung einer Konferenz, Anträge zur Änderung der Verfassung zu stellen. Der Bund will eine südafrikanische Partei bilden, die auf eine Förderung der Einheit unter den verschiedenen Nationalitäten Südafrikas und deren Vereinigung in einer Föderation hinarbeiten soll. Er will dadurch das Verhältnis zwischen den verschiedenen Nationalitäten Südafrikas ähnlich dem der französischen zu den englischen Kanadiern gestalten und für Südafrika eine ähnliche Stellung zum Reiche wie die Kanadas schaffen. —

Nacht muß es sein!

Bisher hatte die Mehrheit des Reichstages nur mit dem Gegenteil des Kopfes gearbeitet. Am Schluß der Mittagsitzung aber hatte Herr Stockmann auf einmal die Kraft in sich entdeckt, auch einmal mit dem Kopf zu kämpfen. Er erforderte für die Mehrheit das Mittel, daß sie jetzt selbst Anträge auf Rückberufung der Referatspositionen stelle.

Bis zum Donnerstag hatte man in irgend einem feudalen Lokal das System ausgebaut und folgenden glänzenden Schachzug erfunden. Der reichsparteiliche Zollwucherer beantragt Rückberufung, der liberale Zollwucherer verlangt, daß über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen werde. Dann spricht der Reichsparteiliche in zwei Worten gegen die Tagesordnung, der Centrumsmann dafür; so würde die Minderheit also gar nicht zum Reden kommen, da nur ein Redner für, einer gegen den Uebergang zur Tagesordnung sprechen darf.

Herr Arendt, der neue Stahl der konservativen Weltanschauung, hatte es übernommen, das einstudierte Duo mit Herrn Spahn auszuführen. Aber der brave Arendt war nicht leichtfähig genug; er trat sich selbst auf die Stiefel, und anstatt für seinen III-Antrag und gegen den Uebergang zur Tagesordnung zu sprechen, sprach er für die Tagesordnung und gegen seinen Antrag, so daß Genosse Sturm doch noch Gelegenheit erhielt, in einer Rede gegen den Uebergang zur Tagesordnung vorzügliche Ausführungen über die Weinzölle anzubringen. „Sie verdienen Prügel“ — soll ein nationalliberaler Freund dem modernen Stahl während zugerufen haben.

Nach der ersten namentlichen Abstimmung ereignete sich jener Zwischenfall, den wir an leitender Stelle dargestellt haben.

Nach der halbständigen Unterbrechung erstattete Herr Gothein (freisinnige Vereinigung) ein 1/2-stündiges Referat über die Positionen Kleie, Sachwaren usw. 11 Personen hörten den sehr instruktiven Ausführungen zu. Centrum und Konservative tranken sich derweile in der Restauration gründlich Mut. Um 4 Uhr schloß Gothein sein Referat. Trotz des frühen Beginnes der Sitzung — 10 Uhr — waren erst zwei Referate möglich geworden.

Nachdem Gothein geendigt, füllte sich der Saal und der Graf Vallestrem erklärte sehr feierlich, daß er dem Abg. Brömel das Wort zur Geschäftsordnung geben wolle „über die Verhängung der Sitzungen im Interesse der Gesundheit der Mitglieder“.

Und Herr Brömel sprach über die kalten Füße auf der linken Seite des Saales — die Rechte lachte sehr animiert — und über die Länge der Sitzungen, die jeder modernen Hygiene und modernen Socialpolitik ins Gesicht schlagen. Freilich die Zollmehrheit lasse sich sonst nicht blicken, die könne die paar Tage Anwesenheit ertragen, aber für die ständigen Arbeiter sei es eine aufreibende Hejagd. Er verlangte wenigstens eine Mittagspause.

Danach tanzte Herr Stockmann mit Herrn Spahn — diesmal mit zierlichem Gelingen — die Pantomimik: „Rückberufung und Tagesordnung.“ — Inzwischen war es bekannt geworden, daß die Japanenjäger die Nacht durch „arbeiten“ wollten.

Gegen 5 Uhr wurde die Sitzung bis 7 Uhr vertagt. Und nun stieg das hohe Haus in den Nacht-Sitzung, der die Mehrheit nach den Gesetzen der seligen Rölle bringen sollte.

7 Uhr. Der Plenarsaal ist noch öde und leer. Erst ganz allmählich füllen sich die Bänke. Die Stimmung der Mehrheit scheint ziemlich animiert. Dr. Müller-Sagan, der nächste Berichtserstatter, der schon vor der Unterbrechung lange auf sein Referat gewartet hatte, nimmt geduldig wieder an heiliger Stelle, am Referentenische Platz. Singer sitzt in voller Leihhaftigkeit da, wenn er auch für das offizielle Protokoll nicht vorhanden ist. Endlich erscheint Graf Vallestrem im Saale. Die Tribünen sind gut besetzt.

7 Uhr 20 Min. Präsident Graf Vallestrem erklärt die Sitzung wieder für eröffnet. Er macht das Haus mit einem Antrag Sache bekannt, der die Anmerkung über den Grenzverkehr mit Sachwaren einer Specialkommission zur Prüfung überweisen will. Die Mehrheit ärgert sich und lärmst, hat aber bald die Freude, daß der Präsident den Antrag Sache für unzulässig erklärt. Anderer Meinung sind Sache selbst und Stadthagen, der sehr ausführlich zur Geschäftsordnung spricht. Graf Vallestrem ist gut gelaunt und giebt eine Probe seines schlagfertigen Humors.

7 1/2 Uhr. Am Bundesratsische findet sich Graf Posadowsky ein in Gesellschaft eines Unbekannten, der der Minister Bude sein soll und wie ein abgeschwächter Fodbielst aussieht. Am fernsten Ende des hinteren Bundesratsisches brennt einjam ein geheimnisvolles Stearinlicht. Es bleibt zweifelhaft, wer damit erleuchtet werden soll.

7 3/4 Uhr. Dr. Gesehille-Stockmann weist nach, wie Aug er alle Streiche der Opposition vorausgesehen habe. Mit berufsmäßiger Ueberzeugungskraft behauptet er, daß ihm sein Antrag durchaus ernst gemeint sei. Seine und Ledebours deden ihn zu. Das Stearinlicht wird wieder ausgelöscht.

8 Uhr. Zwischenfall Klade, der erst nachträglich zur Kenntnis der Opposition kommt. Dieser Gemütsnachst ist Major a. D., Schiffreeder und als Kandidat aller Ölzantiner in Calbergherleben gegen Albert Schmidt gewählt. Er ziert die Bänke der Partei der Bildung und des Resizes. Er ähnet Lust nach Dye-feigen.

8 1/4 Uhr. Die alten Herren im Centrum schlafen. Aber ein Wächter ist bestellt, der, wie es zur Abstimmung kommt, mit Stentor-

klüme „Auf!“ rief. Die Schläfer sprangen auf. Dieser Scherzartikel ist patentfähig.

8.30. Müller-Sagan hat sein Referat gehalten. Wurm beginnt über Mineralöl zu sprechen. Dies Del scheint aber die Wogen nicht zu glätten. Die Mehrheit wird unruhig.

8.45. Wurm spricht weiter über Mineralöl. Graf Stolberg unterbricht ihn.

9 Uhr. Der Kampf zwischen dem Präsidenten und unserm Redner geht seinen Gang. Der Schreier der Mehrheit legt ein. Wurm wird zehnmal vom Grafen Stolberg unterbrochen und dreimal zur Ordnung gerufen. Die Mehrheit beschließt, dem Redner das Wort zu entziehen und bringt dem Volkstrotzer ihres Willens säkrische Ovationen dar. Pädler's Geist ruort vernehmlich: Jude runter!

9 1/2 Uhr. Stadthagen hat Wurm abgelehrt.

10.30. Man unterhält sich seit 3/4 Stunden über die Mangelhaftigkeit der stenographischen Berichte, weil die Hilfsarbeiter schon am Nachmittag dem Referate Gotheins nicht zu folgen vermochten.

10 1/2 Uhr. Persönliche Bemerkungen. Liebermann v. Sonnenberg übernimmt die Würde der Mehrheit des Hauses, die ihn jubelt, weil er die Schimpftrafe der Zollmehrheit (Juden runter usw.) verherlicht.

11 Uhr. Herr Hehl zu Herrnsheim beantragt unter brausendem Jubel der Mehrheit Änderungen der Geschäftsordnung zum Schutze aller kranken Hohenjäger und des Plade. Debel fertigt ihn und Dr. Stropatsch ab.

11,10 Uhr. Kardorf verabschiedet einen Schlaftrunk in Gestalt eines Referats.

Das Haus hat gerade noch die Kraft, sich 11,20 Uhr zu versagen.

Stredentrapport der 11 1/2 stündigen Sitzung: Vier Referate! Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Die wahre Mehrheit.

Das war der Pöbel, die verachtete Bestie, die sich am Donnerstagsabend in schwarzen Massen zusammenfand. In dieser erbarmungslos harten Winternacht zogen die losen Truppen unermüdlich von Straße zu Straße, von Saal zu Saal; aber überall stand schon die Kette der Schutzleute: es gab keinen Einlaß mehr. Drinnen in den Sälen war jedes Plätzchen besetzt. Und merkwürdig, ganz merkwürdig: wenn man eben noch aus den Stürmen des Reichstages in diese Vollversammlungen kam, empfing man ein Bild der vollkommenen Ordnung, des sachlichen Ernstes, der ruhigen Entschlossenheit. Und doch zitterte in diesen Reihen allen eine mächtige politische Erregung. Man sah das, wie die Extrablätter durch die Hände liefen, in denen die neuesten Gewalttaten aus dem Reichstage mitgeteilt wurden, man hörte es aus den heftigen, aber rissigen, aufgeregten Gesprächen, die einzelne Gruppen mit einander führten, noch ehe die Verhandlungen begannen, aus den lauten Rufen und Zwischenrufen der Empörung, die die Redner unterbrachen. Aber merkwürdig, wenn der Vorsitzende die Glocke rührte, war alles im Augenblick wieder ruhig. Und schließlich sah und hörte man den entschlossenen Willen des Volkes, als sich ein Wald von Händen erhob und donnernde Jurufe die Annahme der folgenden Entschlüsse bekundeten:

Resolution.

Die Versammlung erklärt:

Durch die Zerrümmerung der Geschäftsordnung des Reichstages, durch den Bruch der Verfassung, durch die Verhinderung jeder wirklich sachlichen Beratung des Zolltarifes hat sich die Mehrheit des deutschen Reichstages außer Recht und Gesetz gestellt. Sie hat jede parlamentarische Ordnung zerrissen und das Recht der Minderheit, ihre Meinung über den Zolltarif-Entwurf der Reichstags-Kommission frei zu äußern, verweigert.

Zu solchen Rechtsbrüchen hat sich die Mehrheit lediglich verleiten lassen durch die Erkenntnis, daß an der Wahrung des Gesetzes und des parlamentarischen Rechts ihr volksfeindlicher Anschlag gegen die wirtschaftlichen Interessen des arbeitenden Volkes notwendig hätte scheitern müssen, da die Zollmehrheit lieber auf die Jagd geht, als im Reichstage arbeitet, so daß sie auf die Dauer keine beschlußfähige Mehrheit zusammenhalten kann.

Die Arbeiterklasse protestiert entrüstet gegen diesen parlamentarischen Staatsstreich einer Mehrheit, deren Willen dem Volkswillen schroff entgegensteht. Sie protestiert entrüstet gegen die Vergeßlichkeiten und Beschimpfungen, die den wahren Vertretern des Volkes, den sozialdemokratischen Abgeordneten, im deutschen Reichstage sowie in der reaktionären Presse zugefügt worden sind. Sie spricht der sozialdemokratischen Fraktion ihren Dank und ihre Bewunderung aus für die unermüdliche Tapferkeit, mit der sie das harte Recht und das Interesse des Proletariats gegen die Anschläge der Junker, Pfaffen und Scharfmacher verteidigt.

Gleichzeitig verurteilt sie mit aller Entschiedenheit die heimtückische Verräterei der von Eugen Richter geleiteten freisinnigen Volkspartei.

Durch die wüste Hege, die die reaktionäre Presse gegen den sozialdemokratisch denkenden Teil des Volkes und gegen das allgemeine Reichstags-Wahlrecht eröffnet hat, hat sie die letzten Ziele der volksfeindlichen Mehrheit verraten. Die Versammlung vertraut darauf, daß an dem festen Zusammenschluß des arbeitenden Volkes und an der rastlosen Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie alle finsternen Pläne der Volksverderber und Volkverächter scheitern werden.

Und dann gingen sie, Empörung im Herzen, und doppelt in ihrer sozialdemokratischen Ueberzeugung gestärkt, aber in aller Ordnung von dannen. Das war der Pöbel, das war die Bestie!

Hier freilich wurde keine Minderheit vergewaltigt, hier wurde keine selbstgegebene Geschäftsordnung zerrummert, hier wurde kein Recht zu Boden getreten. Freilich nur mit einer einzigen Ausnahme. In der Müdersdorferstraße war das Lokal des Leo-Hospizes von dem Würger unsern Genossen überlassen worden. Eine Dreißelminderheit kritisch gesinnter Jünglinge machte ihr vermeintliches Hausrecht geltend, indem sie durch Kravall die Abhaltung der Versammlung verhinderte. In wenigen andern Versammlungen hatten sich — wie das zu politisch erregten Zeiten an häufigsten geschieht — auch Segner zum Worte gemeldet, man hörte sie ruhig und mit starrer Heiterkeit an. An einzelnen, übrigens nicht zahlreichen Stellen machte sich die Polizei durch barisches Benehmen nicht angenehm bemerkbar.

Nachvoll und würdig hat das arbeitende Volk von Berlin auf die frechen Verhöhnungen, die schamlosen Vergeßlichkeiten einer falschen Reichstagsmehrheit Protest erhoben. Und aus seiner eignen Erhebung, aus dem Anblick seiner selbst und seiner geschlossenen Kraft, hat es neue Beweise seines kommenden Sieges geschöpft. Und indes die Herren von der falschen Mehrheit nach langer unfruchtbarer Sitzung müde und unsicher zu Bette wollten, um von ihrem nächsten Wahldurchfall zu träumen, gingen die Männer der wahren Mehrheit in sich geschäftigt und von starker Zuversicht erfüllt, nach Hause.

Das sind die nächsten Folgen des Antrags Kardorf.

Erster Wahlkreis.

Das Lokal „Arminhalle“, wo ein Teil der Genossen des ersten Kreises tagte, war schon frühzeitig abgeperrt. Das treffliche Referat des Genossen Kalliski fand lebhafteste Zustimmung bei den Versammelten.

Im Englischen Garten sprach Genosse Walder Manasse vor ca. 500 Personen. Stürmischer Beifall lohnte den Redner, als er in scharfen Worten die Ausschließung des Genossen Singer von der heutigen Reichstags-Sitzung geißelte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Saal war schon vor Beginn der Versammlung polizeilich abgeperrt.

Zweiter Wahlkreis.

Der große Saal der Bod-Brauerei war überfüllt; viele der Einlaß Begehrenden mußten umkehren, da die Polizei bereits um 1/9 Uhr perrte. Die Versammelten, etwa 2500 an Zahl, nahmen die Ansprachen der Genossen Dr. Alfred Bernstein und Hermann Schubert, die die politische Situation treffend kennzeichneten, mit stürmischem Beifall entgegen, der wie ein Orkan den weiten Raum durchbrauste, als Schubert mit hinreißenden Worten das friedliche Läuten der Kirchenglocken zu dieser Weihnachtszeit erregt wünschte durch ein Sturmgeleit, das das Proletariat zusammenhole zu mächtigem Antriebe in den bevorstehenden Wahlen, als der besten Antwort auf die Zertretung des Rechts durch die Hölzergeßellschaft. Schließlich sprachen sich auch die übrigen Redner aus, von deren Ausführungen besonders wichtigsvoll die der Genossen Raaber waren, welche sich vornehmlich an die Frauen wandte. Mit begeisterten Hochs auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung, und mächtig klangen dann die Töne der Arbeiter-Marschmarche durch den Saal, während man ihn langsam verließ.

Schnegelbergs Festsäle waren buchstäblich bis zum letzten Winkel besetzt, so daß schließlich mit dem besten Willen niemand mehr hinein konnte. 2000 Genossinnen und Genossen protestierten hier gegen Verfassungsbruch und gewinnheißende Rechtszertretung. Die Diskussion, die im übrigen daselbe Bild ergab wie in den andern Versammlungen, wurde wirkungsvoll von den Genossen Paul Holz und Käthe eröffnet, deren Anklagen gegen die Volksverderber und Volksverräter durch stürmischen Beifall zugestimmt wurde.

Dritter Wahlkreis.

Das Gewerkschaftshaus wurde lange vor Beginn der Verhandlungen, nachdem der große Saal von etwa 2000 Personen dicht gefüllt war, polizeilich abgeperrt. Das Referat hatte hier der Genosse Dr. Jabel übernommen, dessen Ausführungen von den Versammelten mit lebhaftester Zustimmung und Beifall aufgenommen wurden.

Aus unbekanntem Grunde war rund herum um das Gewerkschaftshaus eine große Zahl von Schutzleuten zu Fuß, und zu Pferde und auch solche in Civilkleidung aufgeboten.

Der Saal der Berliner Ressource in der Kommandantenstraße war von etwa 1000 Personen dicht besetzt. Vor Beginn der Versammlung wurde das Lokal durch die Polizei abgeperrt. Das Referat hielt die Genossin Frau Dr. Wehl. Ihre treffende Kennzeichnung der Gewaltmaßregeln der Reichstagsparteien fanden lebhaften Beifall.

Im „Rätkischen Hof“, Admiralsstraße, referierte Stadtverordneter Bruns. Auch hier erfolgte die polizeiliche Absperrung, nachdem der Saal von ca. 800 Personen bis auf den letzten Platz besetzt war.

Vierter Wahlkreis (Osten).

Im Elysium drängte sich schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung die Masse der Besucher Kopf an Kopf. Stadtverordneter Heinemann hielt vor ca. 2000 Personen seinen packenden Vortrag. Auch dieses Lokal war polizeilich abgeperrt.

Das böhmische Brauhaus war bereits um 8 Uhr polizeilich gesperrt. Ueber 1800 Personen hatten Platz gefunden und lauschten in verhaltenem Grimm den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Friedeberg. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

In der Müdersdorferstraße hatten unsere Genossen den Saal des Leo-Hospizes gemietet. Die Anhänger des hiesigen katholischen Vereins hatten schon frühzeitig den Saal besetzt, und machten einen solchen Lärm, daß die Abhaltung der Versammlung verhindert wurde. Die zahlreich anwesende Polizei löste die Versammlung sofort auf.

Die Versammlung in der „Germania“, Frankfurter Allee, war bis auf den letzten Platz gefüllt und wurde schon um 8 Uhr durch die Polizei abgeperrt. Der Referent Paul Litfin kennzeichnete in wirkungsvoller Weise die durch die Verächter des Rechts geschaffene Situation. Stürmische Kundgebungen und lebhafter Beifall bekundeten das Einverständnis der Anwesenden mit den Darlegungen des Referenten.

Fünfter Wahlkreis (Südost).

Die Urania in der Brangelstraße war bis auf den letzten Platz voll von Frauen und Männern. Um 7 1/2 Uhr mußten sämtliche Tische aus dem Saal entfernt werden, um Platz für die noch immer ankommenden Scharen zu schaffen. Bald darauf wurde der Saal abgeperrt, viele fanden keinen Einlaß mehr. Unter den weit über 1000 Personen waren auffallend viele Frauen. Die äußerst scharfe Verurteilung, die der Volkswürger und das erbärmliche und volksverderbliche Gebahren der Reichstagsmehrheit durch den Genossen Wiesenhal erfuhr, fand brausenden Beifall.

Der Saal in der Mantuffelstr. 85 war ebenfalls schon vor 8 Uhr polizeilich abgeperrt. 400-500 Männer und Frauen protestierten hier gegen das skandalöse Verhalten der Agrarier und ihres Anhangs und folgten mit Spannung den Ausführungen des Genossen Glöde. Der lebhafteste Beifall gab Zeugnis von der Entrüstung, die im Volke über die Reichstagsmehrheit herrscht, und von dem Einverständnis mit dem mutigen Verhalten der Vertreter des Proletariats.

Die „Drachenburg“ an der Sch... war bis auf den letzten Platz besetzt und schon vor 8 Uhr war der Saal polizeilich abgeperrt. Ueber 1000 Personen waren dort versammelt, darunter viele Frauen. Der stürmische Beifall, den die schneidende Kritik des Genossen Wermuth an dem schändlichen, volksfeindlichen Treiben der Reichstagsmehrheit fand, zeugte, ebenso wie die vielen zustimmenden Zwischenrufe, von der tiefwurzelnden Erregung, die das Volk ergriffen hat.

Sechster Wahlkreis.

Der große Saal der Brauerei Friedrichshain war von ca. 3000 Personen besetzt. Der Andrang des Publikums war enorm. Hunderte mußten umkehren, weil der Saal polizeilich abgeperrt wurde. Das Referat hielt Genosse Dr. Wehl, darauf ergriff Genosse Weis das Wort zu längeren Ausführungen, dann folgte eine lebhafteste Diskussion, an der sich mehrere Parteigenossen beteiligten. Sämtliche Redner waren einmütig in der scharfen Verurteilung der das Volkrecht mit Füßen tretenden Reichstagsmehrheit. Die Stimmung war eine sehr begeisterte.

Siebter Wahlkreis.

Die Versammlung im „Roabiter Gesellschaftshaus“ wurde bereits vor der Eröffnung polizeilich abgeperrt. Etwa 2500 Personen waren anwesend. Viele Hunderte mußten umkehren. Das Referat hielt Genosse Augustin, welcher in würdiger Anlage die Feuertätigkeit und Stupplosigkeit der Reichstagsparteien

geißelte. Durch wiederholte säkrische Beifalls- und Entrüstungskundgebungen gaben die Versammelten ihr Einverständnis zu erkennen, auch die Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne.

Der Saal des „Eiseller“ in der Chausseestraße war schon um 7 Uhr besetzt, um 8 Uhr bereits überfüllt und wurde dann polizeilich abgeperrt. Die aus etwa 3000 Personen bestehende Zuhörerschaft nahm die kernigen Ausführungen des Referenten Max Niesel mit stürmischem Beifall entgegen.

In Senjels Saal in der Invalidenstraße referierte Stadtverordneter Koblentzer. Seine kurzen, treffenden Ausführungen verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Anwesenden, die den Saal und die Nebenräume bis auf den letzten Platz füllten.

Weinmanns Volks-Garten, Gesundbrunnen, gab das Bild einer Völkerverammlung ab. Zu Hunderten mußten die Genossen mit ihren Frauen den Heimweg antreten, ohne den schon lange vor Eröffnung der Versammlung abgeperrten Saal betreten zu haben. Das Referat hielt unter brausendem Beifall Stadtverordneter Hünke.

Das große Lokal der Brauerei Königstadt, aus dem sämtliche Tische entfernt waren, war von mehr denn 4000 Personen, darunter viele Frauen, besetzt und lange vor der Eröffnung der Versammlung abgeperrt. Hier referierte Genosse Mariels, ihm folgte ein Referat des Genossen Karl Lieblrecht, der in wackeren Ausführungen unter stürmischem Beifall und lebhaften Kundgebungen der Anwesenden die politische Situation treffend kennzeichnete.

Neuntenberg.

Der Saal, welcher mehr als 1000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent Georg Bernhardt kennzeichnete treffend die gegenwärtige Situation. Die Versammelten gaben ihrer Entrüstung über das schändliche Vorgehen der zollwucherischen Reichstagsmehrheit Ausdruck. Die begeisterte Stimmung bekundete sich am Schluß der Versammlung, indem die Anwesenden die Marschmarche sangen.

Reutow.

Auch hier erregte sich die Versammlung eines starken Besuchs. Wenigstens 400 Personen, Männer und Frauen, folgten dem treffenden Ausführungen des Genossen Freiwald, und bekundeten durch lebhaften Beifall ihre Entrüstung über den Bruch der Geschäftsordnung und der Verfassung durch die Wuchermehrheit des Reichstages.

Weißensee.

In der überfüllten Versammlung kennzeichneten sämtliche Redner scharf und treffend das Verhalten der Mehrheit des Reichstages und gaben ihren Unwillen über die schändliche Rechtsverletzung, durch welche die Minderheit brutal vergewaltigt wird, lebhaften Ausdruck.

Charlottenburg.

Die Versammlung tagte im Volkshaus. Der Saal, aus dem sämtliche Tische und Stühle entfernt wurden, war von 1500 Personen gefüllt. Die Ausführungen des Referenten Dr. Bruno Wachardt wurden oft von lebhaftem Beifall unterbrochen. Mehrere Redner gaben in Uebereinstimmung mit dem Referenten die lebhafteste Entrüstung über die schändliche Vergeßlichkeit der die Interessen des Volkes vertretenden Minderheit der Reichstags-Abgeordneten Ausdruck.

Schöneberg.

Die Versammlung tagte in Obsts Festsälen. Sie war von etwa 1800 Personen besetzt, darunter zahlreiche Frauen, sowie auch Angehörige der bürgerlichen Klasse. Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen des Genossen Obst aufgenommen, der in scharfen Worten den brutalen Rechtsbruch der Reichstagsmehrheit kennzeichnete. In der Resolution, die einstimmig Annahme fand, wurde nach der folgenden Fassung beschlossen: „Die Versammlung fordert die Regierung auf, den Zolltarif-Entwurf auf Grund der Erklärung des Reichstages in Reichstags zurückzuziehen, eventuell den Reichstag aufzulösen und das Volk über den Zolltarif zu befragen.“ Ein starker Polizei-Aufgebot war zur Stelle, ohne daß die Beamten irgend welchen Anlaß zum Einschreiten gehabt hätten.

In Rixdorf.

erwies sich die Wahl eines, wenn auch recht großen Saals als viel zu gering. Tausende mußten vor der von der heiligen Herrmandad bewachten Pforte des Bernadischen Lokals in der Herrmannstraße Halt machen und wieder davongehen. 2500 Personen füllten den großen Saal, aus dem man die Tische entfernt hatte. Hier leitete unter begeisteter Zustimmung besonders die Genossen Böcke, Ostermann und Conrad die Diskussion ein, indem sie scharfste und laudigste Kritik übten an dem blindwütigen Vorgehen der raubgierigen Zollmehrheit.

Spandau.

Der große Saal des „Kaiserhof“ war überfüllt. Die Ausführungen der Redner legten Zeugnis ab von der Entrüstung, mit der die Bevölkerung den Rechtsbruch der Reichstagsparteien aufnimmt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bruch des englisch-russischen Handelsvertrages.

London, 4. Dezember. (W. Z. B.) Unterhaus. Ponsdale (konf.) fragt an, ob die englische Regierung eine Mitteilung von der russischen Regierung erhalten habe, durch die sie davon unterrichtet wurde, daß die Auserlegung von Ausgleichszöllen auf russischen Zucker von Seiten Englands von der russischen Regierung als ein Bruch des Handelsvertrages angesehen werde, und die den Vorschlag enthielt, die Angelegenheit solle dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werden, und welche Antwort die englische Regierung auf diese Mitteilungen gegeben habe. Unterstaatssekretär Cranborne erwidert, die Antwort auf die erste Frage sei eine bejahende; bezüglich der Schiedsgerichts-Angelegenheit habe die russische Regierung mitgeteilt, daß, falls die englische Regierung den Wunsch ausgesprochen würde, die Frage betreffend den Vertrag und die Ausgleichszölle auf Zucker dem Schiedsgerichtshof vorzulegen, die russische Regierung keine Schwierigkeit darin finden würde, diesem Wunsch zu entsprechen, und daß die russische Regierung der Ansicht sei, diese Frage sollte nicht allein mit Bezug auf den Zucker, sondern mit Rücksicht auf Güter aller Art erörtert werden. Der russischen Regierung sei hierauf mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht damit einverstanden erklären könne, daß der Fall, selbst wenn er auf die erörterte Frage beschränkt würde, ein solcher sei, der dem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden könne, daß aber die englische Regierung geneigt sei, ihr Anerbieten von 1899, den Handelsvertrag von 1859 zu kündigen, zu wiederholen.

23 Personen verbrannt.

Chicago, 4. Dezember. (W. Z. B.) In dem in der Madisonstraße belegenen Hotel Lincoln brach heute früh Feuer aus, durch welches 23 Personen das Leben einbüßten. Das Hotel ist nicht zerstört. Es heißt, die meisten Bewohner desselben seien infolge Erstüfung gestorben. Neunzehn Leichen wurden bisher geborgen. Beim Ausbruch des Feuers sprangen viele aus dem vierten Stock, andere versuchten sich durch Herabklettern zu retten.

Reichstag.

230. Sitzung, Donnerstag, den 4. Dezember 1902, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky. Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei § 1, 1 fortgesetzt.

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) berichtet über die Positionen 176 bis 189 (alkoholische Getränke, Essig, Mineralwasser). Sein Referat ist um 10 Uhr 50 Minuten beendet.

Präsident Graf v. Helldorf: Es liegt ein Antrag Arendt (Rp.) vor, die Positionen 176-189 an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Arendt: Ich ziehe meinen Antrag zurück. (Auf links: Weingefallen.)

Präsident Graf v. Helldorf: Ferner liegt mir ein Antrag Wurm vor, Tarifstelle 178 an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Ich nehme meinen Antrag wieder auf. (Große Heiterkeit links.)

Präsident Graf v. Helldorf: Der Abg. Dr. Spahn beantragt einfache Tagesordnung über die auf Zurückverweisung gestellten Anträge.

Präsident Graf v. Helldorf: Dieser Antrag ist präjudizial, es würde also zunächst ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag Spahn das Wort erhalten. (Abg. Arendt meldet sich fälschlich zum Wort, in der Meinung, es handle sich darum, gegen die einfache Tagesordnung zu sprechen.) Das Wort für einfache Tagesordnung hat der Abg. Arendt.

Abg. Arendt: Ich habe den Antrag gestellt... (Stürmische Heiterkeit und Zurufe links: Tagesordnung für seinen eignen Antrag! Der Redner stockt und verläßt unter andauerndem Gelächter links die Tribüne. Abg. Singer ruft wiederholt: Unglaublich! Abg. Stadthagen ruft: Ich bitte ums Wort für den Antrag auf einfache Tagesordnung.)

Unter großer Unruhe links erhält schließlich Abg. Wurm (Soz.)

das Wort gegen den Antrag auf einfache Tagesordnung und bittet in längeren Ausführungen um Ueberweisung der wichtigen Position Wein zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission. Redner bringt eine Fülle von Bedenken gegen die von der Kommission beschlossenen Weinzölle vor, die eine Schädigung des deutschen Handels, der Industrie und der Konsumenten bedeuten. Abg. Arendt, so führt Redner weiter aus, gefällt sich darin, der gefällige Diener der Mehrheit zu sein. Er ist ein Sendbote (Heiterkeit links), der eigentlich überfreudig die Wünsche der Mehrheit besorgt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind doch aber nicht dazu da, um durch eine unmotivierte, gewaltsame Veränderung der Diskussion ohne weiteres Beschlüsse zu fassen, die weitestgehend auf schädlichen müssen. Die Herren von der Mehrheit haben es ja sehr eilig, fertig zu werden, damit sie womöglich heute abend um 7 Uhr in der Lage sind, irgendwo zu erscheinen. Wir aber haben Zeit! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen eine eingehende Diskussion, und wenn die Mehrheit darauf verzichtet, bei so wichtigen Fragen ihren Standpunkt auch nur mit einem Worte zu begründen, so bin ich gezwungen, nun selber objektiv das vorzutragen, was Sie gegen meinen Antrag auf Zurückverweisung vorbringen könnten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei der Mehrheit.) Redner geht darauf auf eine Petition ein, die einen seinem Standpunkt entgegengelegte Auffassung verteidigt und widerlegt den Standpunkt dieser Petition. Im weiteren kritisiert er eingehend die Art der Differenzierung des Weinzolles nach dem Prozentfuß des Weingeistgehaltes. In welcher Weise will eigentlich hier die Regierung die Verzollung vornehmen? Soll sie hier eine unbedingte Vollmacht für die Handelsvertrags-Verhandlungen bekommen? Das sind wichtige Fragen, mit denen wir uns im einzelnen noch im Laufe der nächsten Wochen zu beschäftigen haben werden. (Unruhe bei der Mehrheit.) Aber bis jetzt wissen wir nichts davon, wie die Regierung das machen will. Sagen Sie (zur Mehrheit) es uns doch! Sie müssen es ja aus Ihren geheimen Verhandlungen mit der Regierung wissen! Die Regierung rücht ja vor Ihnen auf dem Bauch! — — — (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Präsident Graf v. Helldorf: Sie dürfen nicht sagen, daß die Regierung vor der Mehrheit auf dem Bauch rücht. (Heiterkeit bei der Opposition.) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Erneute Heiterkeit bei der Opposition.)

Abg. Wurm (Soz.):

Die große Deffenlichkeit, sowie auch die Opposition, die nicht in Ihre Geheimberatungen eingeweiht war, weiß nichts davon, wie diese Tarifierung gestaltet werden soll. Auch das ist ein Grund für die Zurückverweisung an die Kommission. Wir halten die Grenzlinie von 14 Proz. Weingeistgehalt für ganz falsch. Wir verlangen einen einfachen, festen Zollfuß. Aber über alle diese Punkte sind wir noch ganz im Unklaren. Ich möchte die Regierung fragen: Werden die Zollfüße aufrecht erhalten bleiben, die in der Regierungsvorlage stehen, wird die Art der Tarifierung aufrecht erhalten werden, oder welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu treffen, damit unsere Handelsbeziehungen zu Italien nicht zerstört werden und unsre kleinen Winzer nicht zu Grunde gehen? Diese kleinen Winzer sind auf die Einfuhr von italienischem Notwein angewiesen, der es ihnen allein ermöglicht, durch Verschneidung ihre Weine trinkbar zu machen. (Während dieser Worte des Abg. Wurm sibt Graf Posadowsky, eifrig in einem Aktenbündel blättern und scheinbar ohne zuzuhören, auf seinem Platz an Bundesratsitz.) Vebaupten Sie doch nicht etwa, mir seien eine illoyale Opposition. Wir wollen ganz dasselbe, was Sie wollen, nämlich die Interessen des deutschen Winzers schützen. Aber Sie gehen dabei vor, wie der Bär, der seinem Freunde die Fliege vor der Nase weggeschlagen wollte. Er schlug dabei seinen guten Freund tot. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Wir wollen sozusagen gemüthlich, ruhig und verständlich die Fliege mit einer leichten Handbewegung wegjagen. (Große Heiterkeit links.) Darum verweisen Sie diese Positionen an die Kommission zurück und verlangen Sie eine schriftliche Berichterstattung! Nur ein schriftlicher Bericht ist ein Dokument, das für die weiteren Verhandlungen als Grundlage dienen kann. In der Kommission werde ich auch Gelegenheit haben, noch eine ganze Reihe gewichtiger Bedenken zu erwähnen, die ich jetzt nicht habe vorbringen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Dort wird weiteres Material zu dem so vorzüglich begründeten Antrag Arendt vorzubringen sein. (Heiterkeit bei der Opposition.) Geben Sie uns also die Gelegenheit, in der Kommission diese wichtigen Fragen eingehend zu beraten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Rede des Abg. Wurm hat 1 Stunde 5 Minuten gedauert.

Während der Abstimmung hat Vizepräsident Graf Stolberg das Präsidium übernommen. Präsident Graf v. Helldorf konfertierte längere Zeit mit dem Grafen Posadowsky und entfernte sich dann aus dem Saale.

Vizepräsident Graf Stolberg verkündet das Resultat der Abstimmung: der Antrag Dr. Spahn ist angenommen mit 219 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.

Der Vizepräsident fährt darauf fort: Es liegt mir vor ein Antrag des Abg. Köfide-Deffau (natl.), die Position 184 an die Kommission zurückzuverweisen. Nachdem wir soeben die Abstimmung

vorgenommen haben, halte ich diesen Antrag nicht für zulässig. (Stürmische Unterbrechung links. Rufe: Zur Geschäftsordnung!) Soeben wird mir ein Antrag Dr. Spahn (C.) überreicht, über den Antrag Köfide zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Das Wort hat Abg. Dr. Spahn. (Großer Lärm bei der Opposition.)

Abg. Singer geht auf die Tribüne und redet eifrig auf den Vizepräsidenten Grafen Stolberg ein. Das Centrum und die Rechte stimmen einen Brüllchorus an: „Runter von der Tribüne! Runter von der Tribüne!“ — Singer unterhandelt weiter mit dem Vizepräsidenten. Der Chorus wird fortgesetzt: „Runter von der Tribüne! Runter von der Tribüne!“

Dr. Spahn (C.) beginnt zu reden. Sein Wort ist von ihm zu verstehen. Singer fährt fort, mit dem Vizepräsidenten zu unterhandeln. Graf Stolberg scheint ihm zu versprechen zu geben, daß Abg. Singer die Tribüne verlassen soll. Der Vizepräsident klingelt unangeseht, während Dr. Spahn weiter redet und die Mehrheit „Runter von der Tribüne! Runter von der Tribüne!“ ruft. Nun beginnt die Opposition im Chor zu rufen: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!

Vizepräsident Graf Stolberg schafft endlich durch fortgesetztes Säuteln der Glocke ein wenig Ruhe. Er ruft dem Abg. Singer sehr erregt zu: Wenn Sie die Treppe nicht verlassen, so rufe ich Sie zur Ordnung! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Abg. Singer bleibt ruhig auf der Treppe stehen. Die Opposition hat sich von den Klagen erhoben und ruft fortgesetzt: „Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!“

Vizepräsident Graf Stolberg ruft, fortwährend klingelnd: Herr Singer, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung! (Erneuter Chorus der Mehrheit: „Runter von der Tribüne, runter von der Tribüne!“ Andauernde Rufe links: „Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!“)

Abg. Singer bleibt auf der Treppe stehen. Das ganze Haus lärm. Abg. Dr. Kropatsch schlägt den Takt zu dem Chorus der Linken. Abgeordnete der äußersten Rechten suchen fortwährend durch Gesten den Präsidenten zu scharfen Mahnrufen gegen den Abg. Singer zu veranlassen. Vizepräsident Graf Stolberg ruft jetzt dem Abg. Singer zum drittenmal zur Ordnung, weil er die Treppe nicht verläßt und setzt sich dann eine Weile nieder. Abg. Spahn spricht unbehört weiter, wie aus den Bewegungen seines Mundes zu schließen ist; der Lärm wächst weiter.

Graf Stolberg erhebt sich und konfertierte mit dem inzwischen erschienenen Bureaudirektor Knack und den Schriftführern Braun und Paasche. Abg. Spahn verläßt, ohne daß man weiß, ob er seine Rede beendet hat, die Tribüne. (Weitere lebhafteste Chorträge links: Zur Geschäftsordnung! Vizepräsident Stolberg nimmt das Geschäftsordnungsbuch zur Hand, es entfällt plötzlich lautlose Stille.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Meine Herren, auf Grundlage des § 80 der Geschäftsordnung Absatz 3 schließe ich den Abg. Singer von der Sitzung aus. (Elementare andauernde Bravo-Rufe bei der Mehrheit. Abg. Singer bleibt lächelnd auf der Treppe stehen und mahnt seine Parteigenossen zur Ruhe, andauernd Lärm. Vizepräsident Graf Stolberg bewegt fortgesetzt die Glocke und erklärt schließlich):

Da ich mir keine Ruhe verschaffen kann, setze ich die Sitzung auf eine halbe Stunde aus.

Das Haus bleibt in lebhafter Erregung. Vizepräsident Graf Stolberg begiebt sich in das Portier des Saales und konfertierte eifrig mit den Abgg. Spahn, Gröber, v. Kardorff und v. Kormann, er geht dann zum Abg. Singer und Reißhaus.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Kurz vor Eröffnung der neuen Sitzung gegen 1 Uhr konfertierte Abg. Bebel mit dem Vizepräsidenten Graf Stolberg, Abg. Singer betritt bald darauf den Saal und setzt sich auf seinem Platze nieder. Beginn der neuen Sitzung 1 Uhr.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich eröffne die ausgesetzte Sitzung. Wir fahren in der eben abgebrochenen Beratung fort. Zum Wort gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung hat sich zuerst gemeldet der Abg. Köfide-Deffau. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Köfide-Deffau (natl.): Ich habe vorhin gar nicht den Antrag gestellt, die Position 184 zurückzuverweisen zur schriftlichen Berichterstattung, sondern ich habe auf Grund des § 21 der Geschäftsordnung beantragt, diese Position zur nochmaligen Prüfung an eine Kommission zu überweisen. Redner begründet nunmehr eingehend, aus welchen Gründen die Position 184: Vier, einer nochmaligen gründlichen Erörterung in der Kommission unterzogen werden müsse.

Der Antrag Spahn auf einfache Tagesordnung über den Antrag Köfide wird hierauf gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abg. Bebel.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich sehe mich genötigt, auf einen geschäftlichen Vorgang des Hauses zu sprechen zu kommen und Ihnen dabei klarzustellen, wie es kam, daß vorhin der Präsident in so erregter Weise unterbrochen wurde, und daß er sich veranlaßt sah, die Sitzung auf eine kurze Zeit zu vertagen. Als der Abg. Blankenhorn sein Referat über die Positionen 176 bis 189 beendet hatte, verlangte der Herr Präsident Graf v. Helldorf einen Antrag des Abg. Dr. Arendt, der, soweit wir verstehen konnten, dahin ging, die Positionen, über die eben referiert war, zur schriftlichen Berichterstattung an die 16. Kommission zurückzuverweisen. Mit diesem Antrag Arendt verließ der Präsident Graf v. Helldorf zugleich einen Antrag Spahn, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Wir auf dieser Seite des Hauses hatten den Eindruck, daß diese Anträge eingebracht waren, ehe man wußte, was auf der linken Seite geschah. Als nun auf der linken Seite keinerlei Anträge in Bezug auf das Referat des Abg. Blankenhorn erfolgten, zog Abg. Arendt seinen Antrag zurück und damit fiel auch der Antrag Dr. Spahn. Mittlerweile hatte Abg. Wurm sich zum Worte gemeldet und beantragt, die Position 178 zur schriftlichen Berichterstattung an die sechzehnte Kommission zu verweisen. Nunmehr stellte Abgeordneter Spahn den Antrag, auch hierüber zur Tagesordnung überzugehen. Es hatte sich aber bereits Abg. Singer zur Geschäftsordnung gemeldet, um das Verfahren des Abgeordneten Arendt zu charakterisieren. Da aber mittlerweile die Verhandlungen weitergegangen waren, war der Abg. Singer mit dem Präsidenten Graf v. Helldorf übereingekommen, daß sobald die Verhandlungen über den Antrag Wurm-Spahn beendet wären, der Abg. Singer das Wort zur Geschäftsordnung erhalten sollte. In dem Moment nun, wo diese Beratung zu Ende ging, wechselte das Präsidium und der gegenwärtige Präsident trat an die Stelle des Präsidenten Grafen v. Helldorf. Mittlerweile war auch schon der Antrag Köfide eingegangen, eine andere Position der Kommission zur erneuten Prüfung zu überweisen, und da nun war der Abg. Singer und auch wir in dem Glauben, daß ihm Unrecht geschehen sei, indem man jetzt auf den Antrag Köfide einging, ohne ihm, wie das mit dem Grafen v. Helldorf abgemacht war, das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Das war die Auffassung, die Abg. Singer und wir auf dieser Seite hatten. Vizepräsident

Graf Stolberg glaubte seinerseits, da mittlerweile in die Beratung des Antrages Köfide eingetreten war, dies nicht thun zu dürfen, und so standen sich die beiden gegenseitigen Auffassungen einander gegenüber. Abg. Singer sowohl wie meine übrigen Parteigenossen glaubten völlig im Rechte zu sein! (Lebhafte Tho!-Rufe und Unterbrechungen bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abg. Bebel sagt nur, er und seine Parteigenossen hätten geglaubt, im Rechte zu sein. Das auszuspochen hat er unbedingt das Recht.

Abg. Bebel (fortfahrend): Wir haben also geglaubt, im Rechte zu sein, und da der Vizepräsident auf die Zurufe „Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!“ seitens des Abg. Singer und einer Anzahl meiner Parteifremde sich nicht einließ, sondern ruhig fortfuhr, in den Verhandlungen fortzuschreiten, so kam es zu jenen tumultuariichen Szenen, die schließlich den Vizepräsidenten veranlaßten, die Sitzung zu vertagen. Wir sind auch in diesem Augenblick noch in dem Glauben, daß dem Abg. Singer und damit meiner Fraktion Unrecht geschehen ist, und aus dieser Ueberzeugung des Unrechts ist der Protest entstanden, der von Ihrer (zur Mehrheit) Seite wiederum mit Protestrufen beantwortet wurde. Ich hielt mich für verpflichtet, meine Auffassung des Sachverhalts kurz vorzutragen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich kann nicht dulden, daß Sie, wie Sie es in den letzten Worten gethan haben, mein Verfahren kritisieren. Ich bin aber sehr gern bereit, das Mißverständnis, wenn ein solches vorgelegen hat, aufzuklären. Präsident Graf v. Helldorf teilte mir mit — wenigstens habe ich ihn so verstanden —, als er mir das Präsidium übergab, er habe dem Abg. Singer versprochen, ihm das Wort zu geben vor dem Vortrag des nächsten Referenten. Das war auch meine Absicht. Wenn der Antrag Köfide-Deffau verhandelt worden wäre, zu Ende gebracht wäre, so hätte ich dann dem Abg. Singer das Wort zur Geschäftsordnung gegeben, wie nach meiner Meinung, die ich aufrecht erhalte, Graf v. Helldorf ihm das versprochen hatte. Dadurch ist das Mißverständnis entstanden. Den Ausschluß von der Sitzung muß ich natürlich aufrecht erhalten, und ich muß zu meinem Bedauern konstatieren, daß Abg. Singer sich trotzdem wieder im Saale befindet. (Hört! hört! und lärmende Unruhe bei der Mehrheit.) Ich erkläre aber ausdrücklich, daß derselbe an den Verhandlungen des Hauses in keiner Weise teilzunehmen berechtigt ist (Bravo! bei der Mehrheit), so lange diese Sitzung dauert, von der ich ihn ausgeschlossen habe.

Abg. Stadthagen (Soz., zur Geschäftsordnung):

Es bedeutet einen großen Bruch der Geschäftsordnung, wenn Anträge eingereicht werden, in blanco überzugehen zur einfachen Tagesordnung über Anträge, die überhaupt noch nicht vorliegen. Das ist ganz unzulässig. Wir müßten schon nach dem gestrigen Verhalten der Mehrheit annehmen, daß im Voraus Anträge vorbereitet würden, über die Zurückverweisungs-Anträge zu allen vorliegenden Positionen auf einmal zur Tagesordnung überzugehen. Man kann doch nicht zur Tagesordnung übergeben über Anträge, die noch gar nicht gestellt sind! (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) § 21, 2 der Geschäftsordnung sagt Miß und Klar: „Der Reichstag kann wie am Schluß der ersten so in jedem Stadium einer folgenden Beratung bis zum Beginn der Fragestellung den Gegenstand oder einen Teil desselben zur Berichterstattung an eine Kommission verweisen.“

Die Frage, ob Anträge auf Tagesordnung über solche Zurückverweisungs-Anträge überhaupt zulässig sind, will ich jetzt nicht weiter erörtern, nachdem das Haus sich dahin entschieden hat, daß auch über alle Geschäftsordnungs-Anträge usw. der Tagesordnungs-Antrag gestellt werden kann.

Wir haben uns dieser Auffassung, die nicht die unsre war, anschließen müssen. Nach der Auslegung, die damals Herr Dr. Spahn selber gegeben hat, ist es aber zweifellos unzulässig, Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung auf Vorrat zu arbeiten. Die Art und Weise, wie Sie (nach rechts) Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung über zulässige Anträge gestellt haben, hat lediglich zur Verlangsamung in der Abwicklung unserer Geschäft geführt. (Heiterkeit bei der Opposition. Unruhe rechts.) Jedenfalls aber hat man unter keinen Umständen das Recht, Anträge auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung über Anträge zu stellen, die noch nicht gestellt sind. In der Geschäftsordnung steht weiter kein Wort darüber, daß der Antragsteller auf einfache Tagesordnung das Wort vor den Rednern zu erhalten hat, die sich vorher zur Geschäftsordnung gemeldet haben. Redner weiß dies ausdrücklich aus der Entstehungsgeschichte des betreffenden Paragraphen der Geschäftsordnung nach.

Das Wort zur Geschäftsordnung muß man stets erhalten. Geben aber hat ein Schriftführer eine Meldung zur Geschäftsordnung, die ich einreichte, nicht weiter gegeben. (Stille bei den Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Es ist nicht zulässig, daß Sie die Tätigkeit des Präsidenten und der Schriftführer hier kritisieren.

Abg. Stadthagen: Ich habe nicht kritisiert, sondern nur Thatsachen angeführt. Herr Präsident, was soll man thun, wenn man sich zum Worte gemeldet hat und der Schriftführer erklärt: ich habe die Meldung nicht weitergegeben, weil ich der Ansicht war, sie sei zur Zeit nicht mehr zulässig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist gestern geschehen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschehen, können Sie sich am Tage darauf schriftlich beschweren.

Abg. Stadthagen: Ich habe mich nicht gegen den Herrn Präsidenten gewandt, sondern dagegen, daß diejenigen Herren, die zur Ueberbringung der Wortmeldungen von uns bestellt sind, das zu thun unterlassen. Ueber eine Beschwerde gegen diese Herren sagt § 80 nichts.

Vizepräsident Graf Stolberg: Wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschehen ist, beschweren Sie sich schriftlich beim Präsidium.

Abg. Stadthagen: Die schriftliche Beschwerde werde ich natürlich nicht unterlassen. Ein Antrag auf einfache Tagesordnung über noch gar nicht vorliegende Anträge ist, wie gesagt, ganz unzulässig. Jeder Antrag muß unterzeichnet sein und Herr Spahn weiß so gut wie ich, daß die Unterchrift erst erfolgen darf, wenn der Text des Antrages vollständig vorliegt. Es dürfen aber nicht Anträge den Schriftführern übergeben werden, damit diese den Text später ausfüllen. Die Schriftführer sind nicht dazu da, um für die, die nicht schreiben wollen oder können, die Schrift zu führen (Heiterkeit), sondern nur zur Uebermittlung ordnungsgemäß gestellter Anträge. Redner führt nochmals aus, daß jedem Redner, der sich zur Geschäftsordnung meldet, das Wort erteilt werden müsse, ausgenommen den Gegenstand, über den ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung eingebracht sei. Werde nicht nach dieser Praxis verfahren, so verlängere man nur die Verhandlungen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Die Positionen, auf die sich mein Antrag bezog, sind in dem Antrag ausdrücklich angegeben worden und auch vom Präsidenten verlesen worden. Damit entfallen alle Gründe, die Herr Stadthagen vorgetragen hat. Ich möchte aber noch ein paar Worte zu den Lärmenden sagen. Sie werden wohl nun alle überzeugt sein, daß gar nicht die Absicht bestand, Herrn Singer das Wort nicht zu geben. Trotzdem also nur ein Mißverständnis vorlag, haben Sie solche Lärmereien aufgeführt, zu denen Sie nicht einmal ein Recht gehabt hätten, wenn Ihnen wirklich absichtlich Unrecht geschehen wäre. (Sehr richtig! rechts. Lärm links.)

Abg. Bebel (Soz.): Ich muß mich sehr energisch gegen die letzten Worte des Abg. Dr. Spahn verwahren. (Sehr richtig! links.) Die Lärmereien sind aus dem Gefühl des Unrechtes, das wir empfinden mußten, entstanden. Wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschieht, dann verfahren Sie ebenso. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Zustimmung links. Stadthagen hat soeben richtig ausgeführt, daß das Wort zur Geschäftsordnung jedem Abgeordneten in jedem Augenblick erteilt werden müsse. Hier lag außerdem noch eine Verständigung mit dem Präsidenten vor, und als wir auf Grund dieser Verständigung das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, da fing bei Ihnen der Lärm an. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Ihr Lärm hat naturgemäß bei uns ein Echo gefunden. (Sehr richtig! links.) Sie also tragen die Schuld an den ganzen Lärmereien. (Sehr richtig! links.)

Abg. Köstke-Deisau (Widb.): Ich hatte aus dem Antrag des Abg. Spahn auf Tagesordnung über meinen Antrag angenommen, daß er meinen Antrag für zulässig halte. Privatim hat mir nun Herr Spahn mitgeteilt, daß er gerade wegen der Unzulässigkeit meines Antrages Uebergang zur Tagesordnung beantragt habe. Es muß mir nun gestattet sein, nochmals mit kurzen Worten auf meinen Antrag zurückzukommen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Aber nur auf die formelle Seite. **Abg. Köstke:** Natürlich nur auf die formelle Seite. (Heiterkeit.) Na bin der Meinung, wenn ein Antrag für unzulässig erklärt wird, dann darf auch ein Antrag zur Tagesordnung nicht gestellt werden. Die Zulässigkeit meines Antrages steht aber außer allem Zweifel. Er verlangte etwas ganz Andres wie die gestern oft gestellten Anträge. Während diese Rückverweisung an die Kommission zwecks schriftlicher Verständigung verlangten, will mein Antrag eine erneute gründliche Beratung in der Kommission erzielen. Nach § 21 der Geschäftsordnung bin ich zur Stellung eines solchen Antrages durchaus berechtigt, da, wie der Präsident Wising ausdrücklich erklärt hat, der ganze Zolltarif in den Antrag Stadthagen eingeschlossen ist und insolge dessen mit zur Beratung steht.

Abg. Dr. Bahndke (fr. Bg.): Nachdem der Präsident den Antrag Köstke für unzulässig erklärt hatte, meldeten sich der Abg. Singer und ich zum Wort zur Geschäftsordnung, um den Jertum des Präsidenten auszuräumen. Dieser nahm die Redungen nicht an, sondern nahm einen Fettel hoch und sagte: „Soeben geht mir ein Antrag auf Tagesordnung über den Antrag Köstke zu.“ Dagegen nahmen wir Stellung. Wir wüßten auf unsrer Wortmeldung beharren.

Abg. Dr. Spahn (C.): Herr Köstke meinte, es sei unlogisch, einen Antrag auf Tagesordnung über einen für unzulässig erklärten Antrag zu stellen. Das ist vielleicht logisch. Aber ich kann mich auf den Abgeordneten Windthorst berufen, der ebenfalls einen Antrag auf Tagesordnung über einen vom Präsidenten Jordenbed für unzulässig erklärten Antrag stellte. Präsident Jordenbed sagte damals, erst müsse er seine Ansicht zur Entscheidung bringen, und erst wenn das Haus den Antrag gegen seine Ansicht für zulässig erklärt habe, wolle er den Antrag Windthorst für zulässig erklären.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Es ist neu, daß etwas unlogisch ist und trotzdem logisch sein kann. Es ist auch neu, daß man einen Antrag für unzulässig hält und trotzdem den Antrag auf einfache Tagesordnung über ihn stellt. Herr Spahn mag aber immerhin zur Stellung seines Antrages berechtigt sein. Pflicht des Präsidenten wäre es unbedingt gewesen, den Antrag Spahn für geschäftsordnungswidrig zu erklären. (Sehr richtig! links.) Herr Spahn hat das Wort bekommen, das er nicht bekommen durfte. (Zustimmung des Abg. Spahn, Heiterkeit.) Dadurch sind die Abgg. Singer und Bahndke in ihren Rechten verkürzt worden. Die große Erregung, die ich lebhaft beklage, resultierte aus dem Gefühl der Rechtsverletzung. (Sehr gut! links.) Als ich mich gestern ver sprach — die unendliche Verlängerung der Sitzungen, zu der Sie uns zwingen, macht nervös — und von einem preussischen Reichstag sprach, war der Lärm auf Ihrer Seite nicht geringer als jetzt bei der Minderheit. (Widerpruch rechts.) Ich griff gestern das mir zugeworfene Wort polnischer Reichstag auf. Unter polnischer Reichstag versteht man Polensmänner, weil im polnischen Reichstag vor hundert Jahren solche Lärmereien häufig vorkamen. (Auf rechts: Keine historischen Abhandlungen! Heiterkeit.) Es ist mir nun gesagt worden, das Wort vom polnischen Reichstag habe die Gefühle unserer polnischen Kollegen verletzt. Wer mich kennt, weiß, daß mir so etwas völlig fern gelegen hat. Ich hatte das Wort wirklich suggestiv aufgegriffen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Es ist vorhin seitens des Abg. Dr. Spahn für zulässig erklärt worden, daß unzulässige Anträge durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung erledigt werden können. Wir werden uns das für die Zukunft merken und eventuell davon Gebrauch machen. (Sehr gut! links. Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich möchte bemerken, daß diese Auffassung Romens meiner Fraktion nicht ausgesprochen worden ist. (Aha! links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Es ist vorhin seitens des Abg. Dr. Spahn für zulässig erklärt worden, daß unzulässige Anträge durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung erledigt werden können. Wir werden uns das für die Zukunft merken und eventuell davon Gebrauch machen. (Sehr gut! links. Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Spahn (C.): Ich möchte bemerken, daß diese Auffassung Romens meiner Fraktion nicht ausgesprochen worden ist. (Aha! links.)

Nunmehr erhält — um 2 Uhr 18 Minuten —

Abg. Gothein (fr. Bg.): Das Wort zur Berichterstattung über die Positionen 190—218 des Tarifs (Abgänge von der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Landwerl, Leigwaren, Judentwerl, Kakaos, Chokoladen, Margarine, Misch (eingebitt), Senf, Essenzen, Frucht-säfte, eingelegte Früchte usw.) Der Berichterstatter beginnt seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß der späte gezeigte Sitzungsdienst und der frühe heutige Beginn ihn verhindert hätten, sich so sorgfältig vorzubereiten, wie er es sonst gethan hätte. Er sei also auf das amtliche Material einerseits und andererseits auf sein Gedächtnis, das aber nicht allzu schärf sei, angewiesen. Redner bittet um Entschuldigung, wenn er insolge dessen in einigen Punkten unvollständig sein sollte. (Die Mehrheit verläßt den Saal. Während des Referats sind von den Rechten 10—12, von der Centrum 2 und von den Nationalliberalen 5 Abgeordnete im Saale anwesend. Ein Abgeordneter schläßt lang aus-gestreckt auf dem rechten Casofa. Um 2¹⁵ tritt Vizepräsident Wising dem Grafen Stolberg den Vorfuß ab.)

Um 4 Uhr übernimmt Graf Ballestrum das Präsidium.

Um 4 Uhr schließt Abg. Gothein sein Referat mit folgenden Worten: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich in meinem Referat einige Punkte übersehen oder falsch dargestellt habe. Es war mir bei der kurzen Zeit, die mir zur Vorbereitung blieb, nicht möglich, besser zu referieren. (Lebhafte Beifall links.)

Präsident Graf Ballestrum: Der Herr Abgeordnete Brömel will zur Geschäftsordnung sprechen über die Beschränkung der Ausdehnung der Sitzungen im Interesse der Gesundheit der Mitglieder. (Große Heiterkeit.)

Abg. Brömel (fr. Bg.): Die lange Dauer der Sitzungen, welche die Mehrheit jetzt eingeführt hat, bedeutet eine schwere Schädigung der Gesundheit für einen großen Teil der Mitglieder. (Lärm rechts.) Auf der linken Seite wird klage geführt, daß die draußen herrschende geringe Temperatur sich auch im Hause bemerkbar macht in einer Weise, die den Aufenthalt im Hause im hohen Grade gesundheits-schädlich macht. Es macht den Eindruck, als sei unter dem Plage eines jeden Mitgliedes der Linken ein Apparat angebracht, durch welchen kalte Luft zugeführt wird. (Heiterkeit.) Der in der Mitte des Hauses angebrachte Thermometer giebt keine richtige Angabe der im Saale herrschenden Temperatur. Dazu ist der Saal zu groß. Ich spreche deshalb die Bitte aus, daß Vorkehrungen getroffen werden, daß auch auf der linken Seite des Hauses diejenige Temperatur herrscht, welche einen längeren Aufenthalt im Saale ermöglicht.

Roch um einer wichtigeren Frage Willen habe ich das Wort ergriffen. Der Bericht, den wir soeben gehört haben, — das darf ich wohl sagen, obwohl Herr Gothein mein politischer Freund ist —, hat sich ausgezeichnet durch eine übersichtliche Zusammenstellung und durch eine klare Wiedergabe der Verhandlungen der Kommission, so daß er jedem Berichterstatter als Muster dienen könnte. (Lebhafte Sehr wahr! links.) Das werden die wenigen Mitglieder

der Mehrheit, die dem Bericht zugehört haben, nicht bestreiten können. Darum aber mußte die Zahl der Mitglieder so gering sein. Ich will keinem Mitglied des Hauses zu nahe treten, wenn dasselbe sich aus dem Saale entfernt hat, um draußen seinen Hunger zu stillen. Herr Kollege Sattler hat uns ja das Beispiel gegeben, wie das Bedürfnis des Hungers eintreten kann gerade in den allerwichtigsten Momenten. (Stürmische Heiterkeit.) Heute hat die Verhandlung um 10 Uhr begonnen und da macht sich bei vielen Mitgliedern mit Zug und Recht das Bedürfnis nach einer Erholung und Equidation geltend. (Sehr richtig! links.) Die jetzige Dauer der Sitzungen zwingt auch diejenigen, welche gern im Saale bleiben möchten, den Saal zu verlassen, um sich zu erquiden. Sollte da nicht eine Einrichtung getroffen werden, daß auch diejenigen, die bei den Verhandlungen im Saale zugegen sind, Gelegenheit haben, durch Genuß von Speise und Trank sich zu restaurieren. (Stürmische Heiterkeit.) Entweder muß für die Sitzungs-dauer eine Grenze geschaffen werden oder es müssen Pausen gemacht werden. Geküert ist bereits mit Zug und Recht auf die Ueberanstrengung des Personals hingewiesen worden. Wie ich gehört habe, hat das Bureau sich genötigt gesehen, die Zahl der Stenographen zu vermehren und den Dienern soll Gelegenheit zur Erfrischung zugesichert werden. (Bravo! Bravo! rechts und im Centrum.) Aber auch für die Mitglieder des Hauses muß etwas geschehen. Leider ist es ja nicht möglich, Ersatzmänner zu wählen (Heiterkeit), aber jedenfalls stellt eine 10—11 stündige Sitzung Anforderungen an das einzelne Mitglied, die sowohl in körperlicher wie in geistiger Hinsicht über die Leistungsfähigkeit hinausgehen. Ich brauche wohl nicht auf die Beispiele einzugehen, welche sich für die unaussprechlichen Folgen geltend gemacht haben. (Sehr gut! links.) Ich behaupte, daß die jetzige Ausdehnung der Sitzung (Auf rechts: Dauerreden!) allen Grundlagen der modernen Hygiene und der modernen Socialpolitik ins Gesicht schlägt. (Große Heiterkeit. Sehr gut! links.) — Roch ein wichtiger Zug fehlt zur Charakteristik der Zustände. Es giebt viele Mitglieder, die wochenlang unseren Verhandlungen fern bleiben, um dann einmal auf ein paar Tage zu erscheinen und mit Gewalt die Erledigung der parlamentarischen Geschäfte zu erzwingen. (Lebhafte Bravo! links, Lärm rechts.) Herr v. Kröcher hat den Grund angeführt, indem er auf die Hofen- und Falanenjagd hinwies, welche die Mitglieder auf jener Seite von der Erfüllung ihrer parlamentarischen Pflichten fernhalte. Diesen Gegenstand muß man sich klar machen. Auf der einen Seite Verschleppung der Verhandlungen durch das Fernbleiben von den Beratungen und auf der anderen Seite das Streben nach einer Ueberanstrengung der Mitglieder der gesunden Verstandes der Beratungen! Ich stelle im Augenblick keinen formellen Antrag. (Stürmische Beifall bei der Mehrheit.) Aber ich bitte die von mir angegebene Progen einer ersten Erwägung zu unterziehen. (Bravo! links.)

Präsident Graf Ballestrum: Die Zustände, die Abg. Brömel in Bezug auf die Temperatur dieses Hauses auf der linken Seite angeführt hat, werde ich untersuchen lassen und werde darüber von der Hausverwaltung berichten lassen. (W. einzelnes Gelächter rechts.) Der Präsident wendet sich jetzt nach der rechten Seite des Hauses und läutet mit der Glocke. Ich werde dafür sorgen, daß, wenn diesen Uebelständen irgendwie abgeholfen werden kann, sie behoben werden. Was die Ueberanstrengung des Personals anlangt, so habe ich innerhalb meines Verwaltungsbereiches Maßnahmen getroffen, daß eine solche nicht eintritt. (Bravo! bei der Mehrheit.) Die einzelnen Sachen brauche ich hier nicht anzuführen, das ist meine Sache, das ist mein innerer Verwaltungsbereich. (Beifall.)

Abg. Heine (Soz.): Ich möchte die Anregung des Kollegen Brömel nicht unbedingter lassen. Wir auf der linken Seite hier haben uns bisher recht gut befinden bei der hier herrschenden Temperatur, uns ist kühl (Heiterkeit), während aus dem Verhalten der Herren da drüben hervorzugehen scheint, daß sie ordentlich eingeheizt haben. (Erneute Heiterkeit. Auf rechts: Oho!)

Abg. Stolte (Soz.) beantragt Rückverweisung der Position 196 (Landwerl) an die Zollkommission und begründet den Antrag in längeren Ausführungen.

Abg. Sacke (Soz.) beantragt: 1. über den Antrag Stolte Uebergang zur einfachen Tagesordnung; 2. die Anmerkung zur Position 196 (Bestimmungen über den Grenzverkehr) an die Kommission zurück-zuweisen.

Abg. Stadmann (Rp.) beantragt, den ganzen Abschnitt Erzeugnisse der Nabe- und Genußmittelbranche, die Positionen 190—218 mit den Anmerkungen an die Kommission zurückzuweisen.

Abg. Spahn (C.) beantragt über alle Anträge Uebergang zur Tagesordnung und begründet ihn mit dem Hinweis, daß durch die Kommissionsbeschlüsse sachlich am gegenwärtigen Zustand des Grenz-verkehrs nichts geändert werde.

Abg. Stadmann (Rp.) erhält das Wort gegen den Antrag Spahn auf Tagesordnung. (Große Heiterkeit.) Er führt aus:

Die gestrigen Verhandlungen und auch die heutigen haben zur Evidenz erwiesen, daß die Herren auf der Linken mit den hier gehaltenen Referaten unzufrieden sind. Einzelne Herren da drüben meinen in ihrem Denken etwas langsam zu sein, denn es wurde ihnen erst allmählich klar, daß einzelne Positionen an die Kommission zurückzuweisen werden müßten und die Anträge auf Rückverweisung lesen so nach und nach ein. (Heiterkeit.) Ich habe nun ein wohlwollendes Herz und beantrage sämtliche Positionen des Abschnittes an die Kommission zurückzuweisen. Nun ist mir der Antrag Spahn dazwischen gekommen. (Große Heiterkeit.) Abg. Stolte hat aber in seinen ausführlichen Darlegungen die Notwendigkeit der Rückverweisung bewiesen. Ich bin gewiß, daß alle die Herren, die sich von Herrn Stolte haben überzeugen lassen, für die Rückverweisung sämtlicher Positionen an die Kommission stimmen werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Auf Antrag Stadthagen (Soz.) ist die Abstimmung über den Tagesantrag Dr. Spahn eine namentliche. Sie ergibt die Annahme des Antrages mit 227 gegen 79 Stimmen bei einer Stimmhaltung. (Präsenzliste 307.)

Abg. Graf Homperch (C.): Wir haben heute von 10 Uhr an getagt. (Aha! links.) Ich glaube, daß es den Bedürfnissen des Abg. Brömel entsprechen würde, wenn jetzt eine Ruhepause einträte (Zustimmung) und wir die Sitzung jetzt vertagen, um sie um 7 Uhr wieder zu beginnen. (Oho! links. Große Unruhe.)

Präsident Graf Ballestrum läßt über diesen Antrag abstimmen. Der Antrag Homperch wird angenommen.

Präsident Graf Ballestrum: Um 7 Uhr wird also die Sitzung fortgesetzt.

Unterbrechung 5 Uhr.

Abendigung.

Wiederaufnahme der Sitzung 7 Uhr 20 Minuten.

Präsident Graf Ballestrum: Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, habe ich mitzutheilen, daß mir kurz vor der Vertagung ein Antrag Sacke überreicht worden ist: Der Reichstag wolle die Anmerkung zu Tarif 196 gemäß § 21, 2 der Geschäftsordnung zur anderweitigen Berichterstattung an eine Kommission verweisen, die sich nur mit diesem Gegenstande zu befassen hat. (C. l.) Ich rechne, Präsident Graf Ballestrum wendet sich sehr erregt zu. ... und bittet um Ruhe. Kurz vorher hatten wir beschlossen, über den Antrag Stadmann, der die Nummern 190—218 mit den Anmerkungen — und dazu gehört auch die Anmerkung zu 196 — an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen wollte, durch einfache Tagesordnung abzulehnen. In § 21, 2 der Geschäftsordnung heißt es ausdrücklich, daß Anträge auf Verweisung an eine Kommission in jedem Stadium bis zum Beginn der Fragestellung zulässig sind. Die Fragestellung ist vorüber, daher ist nach meiner Ansicht der Antrag Sacke unzulässig.

Abg. Sacke (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich glaube doch im Recht zu sein mit meinem Antrage. Der Antrag Stadmann lautete auf Rückverweisung an die Zollkommission, der meine an eine neue Kommission. Als Redner ausführlich darlegt, daß eine ernannte

Veratung der Anmerkung zu Position 196, die Bestimmungen für den Grenzverkehr mit Badoerl trifft, notwendig sei, unterbricht ihn Präsident Graf Ballestrum: Ich habe Ihnen bis jetzt vollständige Latitude gelassen, weil ich Sie als Vater Ihres Antrages in der Qualifizierung Ihres Kindes nicht beschränken wollte. (Heiterkeit.) Es handelt sich aber nur um die Frage der Zulässigkeit des Antrages. Ich bitte Sie und alle späteren Redner sich darauf zu beschränken.

Abg. Stadthagen: Der Antrag Sacke ist auf Grund des § 21 der Geschäftsordnung zweifellos zulässig. Er deckt sich keineswegs mit dem Antrag Stadmann, über den zur Tagesordnung übergegangen ist. Einmal verlangt er nicht, daß über die Gesamtheit der Positionen zur Tagesordnung übergegangen wird, sondern er hat einen ganz speciellen Teil hervorgehoben. Der Abg. Windthorst, auf dessen Urteil wir sehr viel geben, obwohl er tot ist, hat sich dahin ausgesprochen, daß ein solcher Antrag zulässig ist, da es etwas total Andres sei, über eine Reihe von Punkten ein bloc zur Tagesordnung überzugehen als über einen speciellen Punkt. Abg. Sacke beantragt auch diesen Punkt zwecks anderweitiger Beschlußfassung zu überweisen, der Antrag Stadmann nur zwecks nochmaliger Erörterung. Es besteht aber ein Unterschied zwischen Erörterung und Beschlußfassung; wir erörtern hier die Dinge, über die Sie nachher Beschluß fassen (Lärm bei der Mehrheit), und die Herren, die dort einen so erheblichen Lärm machen, erörtern ganz andre als politische Dinge, über die sie hier Beschluß zu fassen haben. (Heiterkeit.) Ich halte also den Antrag Sacke für durchaus zulässig. Roch niemals ist im Reichstage bestritten worden, daß in jedem Stadium der Beratung Teile von Gesetzentwürfen an die Kommission verwiesen werden können. (Bravo! links.)

Abg. Stadmann (Rp.): Die Ausführungen des Herrn Stadthagen werden kaum Beifall im Hause finden. (Sehr wahr! rechts.) Herr Stadthagen hat gesagt, mein Antrag sei nicht ernsthaft gemeint gewesen. Er war sehr ernsthaft gemeint. Ich meine, wir verweisen gar nichts zurück oder wir verweisen alles zurück. Uebrigens habe ich absichtlich nicht gesagt, ich beantrage die Positionen an die Tarif-Kommission zurückzuweisen, sondern an eine Kommission zu verweisen, denn es war mir bekannt, daß von der Linken nunmehr der Versuch gemacht werden würde, eine weitere Verzögerung der Geschäfte des Hauses dadurch herbeizuführen, daß nunmehr beantragt würde, die Positionen einer besonderen Kommission zu überweisen. Wenn Herr Stadthagen sagt, ich hätte keine Beschlußfassung beantragt, so ist es doch selbstverständlich, daß wenn eine Kommission erörtern und Bericht erstatten soll, dazwischen ein Beschluß liegen muß. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

Abg. Heine (Soz.): Wie erlauben uns doch gewisse Zweifel daran, ob der Antrag Stadmann ernst gemeint war. Es ist doch nicht der erste unserer Anträge auf Zurückverweisung, der von der vereinigten Rechten niedergestimmt worden ist. Herr Stadmann hätte es wohl auch leicht gehabt, die Mehrheit seiner Parteigenossen für seine Anschauung zu bekehren. Er selbst hat aber ostentativ einen einen blauen Fettel geschwungen, er hat sich also der Abstimmung enthalten; (Hört! hört! links) und von seinen Freunden ist er in der rücksichtslosesten Weise desavouiert worden. (Hört! hört! links.) Moralische Betrachtungen will ich daran nicht knüpfen. Vorher hat ja auch die gesamte Rechte die Berichte, die Herr Stadmann jetzt zur schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen will, gar nicht einmal hören wollen. (Sehr richtig! bei der Socialdemokratie.) Sie haben da einen Spottzug gemacht, den Sie für einen sehr guten halten, ich bin aber der Meinung, daß Ihre Auffassung falsch ist. Wäre Ihre Auffassung richtig, so würden Sie diejenigen unter Ihnen, welche etwa einen Teil der Positionen zurückverweisen wollten, aber nicht alle, mundtot machen. Daran sieht man, daß die ganze Geschichte nicht so trüglich ist. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob die 28 Positionen forszagen im Randsch zurückgewiesen werden oder einzeln. Es können sich bei der einzelnen Positionen die Abgeordneten ganz anders gruppieren. Es wäre mir leicht, Ihnen die Möglichkeit solcher Gruppierungen für sämtliche Positionen zu skizzieren. Sie sehen aber, daß ich darauf verzichte und daß ich die Möglichkeit nur andeute.

Abg. Plade (nall.) ruft: „Kann man denn nicht ein paar Ohe-felgen hauen?“ Die Aeußerung wird von Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung gehört und einigen Mitgliedern der socialdemokratischen Fraktion mitgeteilt. (Bewegung bei der Opposition. Rufe: Das ist doch unerhört! „Ein Major außer Diensten!“)

Abg. Plade hat den Saal verlassen.)

Abg. Dr. Stadmann (Rp.) behauptet, von Heine falsch verstanden zu sein.

Abg. Ledebour (Soz.): Den Antrag Stadmann können wir in der That nicht ernst nehmen. Herr Stadmann hat gestern schon einmal denselben Trick gemacht. Er brachte einen Antrag auf Zurückverweisung ein und unmittelbar darauf hatte sein nächster Nachbar Dr. Arendt schon das Messer in der Hand, um den ausgebreiteten Konfistorialbogen zu schneiden. (Heiterkeit bei der Opposition.) Während dessen ist ja infolge der traurigen Erfahrungen, die die Rechte mit der Schächtwaise des Dr. Arendt gemacht hat, das Messer in eine geistlichere Hand übergegangen. Aber Herr Stadmann und Herr Arendt haben nur gezeigt, daß das Bibelwort: „Seid lang wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben“ weder in einem ersten, noch in seinem zweiten Teil von ihnen befolgt ist. (Heiterkeit links. Unruhe rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich konstatiere, daß in dem Augenblick, wo es sich um wichtige Interessen der Grenzverwohner unseres Vaterlandes handelt, der Abg. Stadmann einen Antrag gestellt hat, den er nicht ernst meinte. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrum: Es ist Widerspruch laut geworden gegen meine Auffassung über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des Antrages Sacke. Ich muß daher das Haus darüber entscheiden lassen.

Die Mehrheit erhebt sich. Ein Teil bleibt sitzen. (Lauter Auf rechts: Auf! Der Rest erhebt sich. — Stürmische Heiterkeit bei der Opposition.)

Hierauf beghnt

Abg. Dr. Müller-Sogan (fr. Bg.) sein Referat über die Positionen 219—244 (Mineralische und fossile Kohlenstoffe, Mineralöle) um 8 Uhr 12 Minuten und endet es 8 Uhr 30 Minuten.

Abg. Wurm (Soz., zur Geschäftsordnung): Ein Punkt scheint mir in dem Referat nicht genügend verhandelt, der für mich als Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung das höchste Interesse hat.

Vizepräsident Graf Stolberg: Wobon reden Sie?

Abg. Wurm: Vom Mineralöl.

Vizepräsident Graf Stolberg: Bitte!

Abg. Wurm:

Das Mineralöl soll mit einem hohen Zoll belegt werden, der es unmöglich macht, eine neue wichtige Industrie in Deutschland zu schaffen, die Bereitung von Wasserergas, die an die Stelle von Leuchtgas treten soll. Aus dem Referat war nur zu entnehmen, daß dieser Punkt in der Kommission sehr oberflächlich behandelt worden ist. Ich weiß nicht, ob der Berichterstatter die Kommissions-verhandlungen über diese Frage nicht mitgeteilt hat oder ob die Kommission diese Frage überhaupt nicht behandelt hat. Im ersten Falle wird der Berichterstatter das Veränderte gewiß gern in einem Nachtragsreferat nachholen (Heiterkeit), im zweiten würde ich beantragen, die betreffende Position an die Kommission zur eingehenden Prüfung und schriftlichen Berichterstattung zurückzuweisen. (Gelächter rechts.) In der Kommission ist seitens des Dr. Baasche beantragt worden, diese wichtige Position an eine Subkommission zu verweisen. (Hört! hört! bei der Socialdemokratie.) Es handelt sich darum, ob eine entwicklungs-fähige Industrie, die Wassergasfabrikation, in Deutschland heimisch gemacht oder im Reime erstickt werden soll. Die Mineralöle, die in Position 227 enthalten sind, sind unentbehrlich

für die technische Herstellung von Wasser gas. Redner geht ausführlich auf die technischen Unterlagen dieser Frage ein. Mehrere Abgeordnete der Rechten und des Centrum, besonders Abg. Gröber, unterbrechen den Redner durch wiederholte Rufe: „Zur Sache! Zur Sache!“ Abg. Wurm erwidert: Wenn ich nicht zur Sache spräche, müßte mich der Präsident schon unterbrechen. Redner fährt in seinen technischen Darlegungen fort.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe Ihnen einen weiten Spielraum gelassen, aber ich bitte Sie, sich nicht zu oft zu wiederholen.

Abg. Wurm (fortfahrend): Ich bemühe mich, kurz und sachlich zu sein. (Gelächter und Lärm bei der Mehrheit.) Ich werde mich aber gern dem Wunsche des Präsidenten fügen. (Erneute lärmende Zwischenrufe bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Wurm setzt seine chemisch-technischen Auseinandersetzungen fort. Abg. Gröber begibt sich zum Vizepräsidenten Grafen Stolberg und unterhandelt mit ihm. Der Lärm ist im Steigen begriffen. Vizepräsident Graf Stolberg ersucht den Redner, sich nicht fortwährend zu wiederholen.

Abg. Wurm (fortfahrend): Ich muß doch dasjenige mitteilen, was notwendig ist, wenn ich meinen angeklagten Antrag stelle. (Erneute lärmende Unterbrechungen rechts und im Centrum. Abg. Stadthagen ruft zur Mehrheit hinüber: Wir stellen ernsthafte Anträge, keine Anträge wie Sie!)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich muß dringend bitten, endlich zum Schluß zu kommen! (Oh-Rufe und Protestschreie bei den Socialdemokraten. Auf links: „Das dürfen Sie ja gar nicht! Nur zur Sache!“)

Abg. Wurm: Wenn ich einen Antrag stelle, so muß ich ihn begründen. (Erneuter Lärm bei der Mehrheit. Lebhaftige Zustimmung bei der Opposition.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, Sie wiederholen fortwährend dasselbe. (Oh! bei den Socialdemokraten. Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe. Ich kann nicht verstehen, was der Redner sagt.

Abg. Wurm: Die Zwischenrufe haben mich veranlaßt, einzeln zu wiederholen, weil ich annahm, daß die Herren, die Zwischenrufe machten, es nicht genügend verstanden hätten. Solche fortwährenden Zwischenrufe sind für einen Redner sehr lärmend. (Zustimmung links.) Warum ist in der Kommission dieser Punkt nicht berührt worden. Ist das geschehen oder war der Herr Referent durch seine mangelnde Vorbereitung genötigt, über diesen Punkt hinwegzugehen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich ersuche Sie zum zweitenmal, zu der Frage zu kommen, was Sie für die geschäftliche Behandlung des Antrages wünschen.

Abg. Wurm: Ich muß doch, um dies zu thun, begründen können, warum ich an den Referenten meine Frage stelle. Wenn Sie zu müde sind, das anzuhören, dann legen Sie doch die Verhandlungen aus. Auch unter dem bisherigen Präsidium ist es stets erlaubt gewesen, die Fragestellung zu begründen. Redner geht darauf wieder zu kurzen sachlichen Auseinandersetzungen über.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie nun endlich zum Schluß zu kommen. (Stürmisches Oh! Rufe links: Dazu haben Sie kein Recht! Sie dürfen nur zur Sache reden!) Ich ersuche den Abgeordneten zum zweitenmal zur Sache zu kommen. (Lebhafte Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Referats endlich mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn ich ihn nochmals zur Sache rufen muß, ich dann das Haus entscheiden lassen müßte, ob ich dem Redner das Wort entziehen muß. (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit. Unruhe links.)

Abg. Wurm (fortfahrend): Sie machen mir Vorwürfe, daß ich auf die technische Seite der Frage eingehe, und ich erkläre, daß ich das für notwendig halte, um zu begründen, wie ich zu der Frage an den Referenten komme. Ferner habe ich erklärt, daß ich beantrage, diese Frage an eine Kommission zu verweisen und nun sage ich, wenn wir sonst einen solchen Antrag stellen wollten, wollten Sie davon nichts wissen und beantragten Uebergang zur Tagesordnung. Jetzt gebe ich mir die Mühe, festzustellen, ob es notwendig ist, daß wir einen solchen Antrag stellen, oder ob vielleicht nur ein Mangel des Referats vorliegt; und da finden Sie das wieder ungeschicklich. Ich muß feststellen, ob die Frage in der Kommission behandelt worden ist. Um das feststellen zu können, muß ich die Wichtigkeit der Frage nachweisen. Ich muß nachweisen, daß es im Interesse von hundert deutscher Kommunen liegt.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung. (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit. Großer Lärm links. Durch den Lärm rufend: Ich frage das Haus, ob es dem Redner das Wort entziehen will. Abg. Stadthagen ruft: Zur Fragestellung! Namentliche Abstimmung! Wer dafür ist, siehe auf. (Die Mehrheit erhebt sich und bricht in laute Bravo-Rufe aus.)

Von rechts ertönen wiederholte Rufe. Jubel runder! Abg. Stadthagen bestiegt die Tribüne, um sich zur Geschäftsordnung zu melden. Rufe rechts: Beide Juden runder! Anhaltender Lärm links. Abg. Wurm verläßt langsam die Tribüne. Minutenlang Lärm, der Präsident klingelt fortgesetzt aufs heftigste, plötzlich erlischt lautes Stille.

Vizepräsident Graf Stolberg (mit überlauter Stimme): Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abg. Stadthagen. (Weiterlekt.)

Abg. Stadthagen: Ich stelle fest, daß der Herr Präsident mir vor der erfolgten Abstimmung trotz meines wiederholten Verlangens das Wort zur Fragestellung nicht erteilt hat.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe Ihre Meldung nicht gehört. (Lebhafte Jurufe bei den Socialdemokraten: Wir sind Zeugen.) Wenn ich Sie gehört hätte, hätte ich Ihnen das Wort zur Fragestellung selbstverständlich erteilt.

Abg. Stadthagen: Ich habe sehr laut gerufen. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Sie haben um das Wort zur Geschäftsordnung gebeten, ich möchte Sie fragen, über welche Geschäftsordnung Sie jetzt eigentlich sprechen wollen. (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Stadthagen: Zunächst möchte ich konstatieren, daß mir zu Unrecht das Wort nicht erteilt ist.

Vizepräsident Graf Stolberg: Dann beschweren Sie sich. Abg. Stadthagen: Ich kann mich doch nicht bei der Mehrheit beschweren, deren Ausfühler, deren Handlanger Sie sind! (Großer andauernder Lärm. Vizepräsident Graf Stolberg schreit lautlos die Glode. Auf links: Frenge Sie doch Ihren Sekretär, was Sie machen sollen. Bureau direktor knac! wirft einen wütenden Blick zur Linken.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung. (Erneuter Lärm links. Rufe: Unter aller Kritik.) Wenn ich möchte, von wem die Rufe ausgehen, würde ich die Herren zur Ordnung rufen.

Abg. Stadthagen: Ich bitte den Herrn Präsidenten ummehe die vorher in unzulässiger Weise vorgenommene Abstimmung namentlich vornehmen zu lassen. (Lärm rechts.) Ich habe vorhin rechtzeitig dazwischen gerufen: Namentliche Abstimmung! (Zuruf rechts.) Wenn der Abgeordnete da drüben — ich glaube, es war Herr Pauli — sich erlaubt eine Bemerkung zu machen, als ob er meine Worte bezweifle, so ist das eine Verletzung der Ordnung des Hauses. Der Herr Präsident, der solche Rufe duldet, wahr! nicht das Recht der Minderheit. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung und mache Sie auf die Geschäftsordnungs-

mäßigen Folgen aufmerksam, wenn ich genötigt wäre, Sie zum drittenmal zur Ordnung zu rufen. (Bravo! rechts.)

Abg. Stadthagen (Soe.) stellt in Fortsetzung seiner Rede die Frage an den Referenten, ob er nicht näher auf den Mineralöl-Zoll eingehen wolle, der für die Zubereitung von Wasser gas benötigt wird. (Beifall.) Vielleicht hält der Referent noch eine Fortsetzung seines Referats. (Bravo! links.)

Es liegen drei Anträge vor.

1. Ein Antrag Wurm auf Überweisung der Position 117 (Mineralöl) an die Kommission.

2. Ein Antrag Stodmann, den ganzen Abschnitt an die Kommission zurückzuverweisen.

3. Ein Antrag Spahn, über alle Anträge zur einfachen Tagesordnung überzugehen.

Abg. Spahn (C.) spricht kurz für Uebergang zur Tagesordnung. Gegen die Tagesordnung erhält das Wort Abg. Wurm. (Große Bewegung rechts. Rufe rechts: Stodmann, Vizepräsident Graf Stolberg zudt mit den Achseln. Heiterkeit links.)

Abg. Wurm spricht in langer Rede gegen die Tagesordnung. Er wird dabei zehnmal von dem Vizepräsidenten Bising unterbrochen, der den Redner wiederholt zur Sache ruft. Der Redner mißte sich auf den Nachweis beschränken, daß das Referat des Verichterhalters ungenügend gewesen sei. Abg. Wurm repliziert wiederholt auf die Unterbrechungen seitens des Vizepräsidenten mit dem Hinweis, daß seine Ausführungen zur Verlämpfung des Uebergangs zur Tagesordnung über seinen Antrag notwendig seien. Bei früheren Reden gegen Tagesordnungs-Anträge sei er von dem damaligen Präsidenten in analogen Ausführungen nicht beschränkt worden.

Vizepräsident Bising: Ich verahre so, wie ich es für richtig halte. Ich kann nicht zugeben, daß Sie mir aus der Geschäftsführung anderer Herren irgend einen Vorwurf machen und irgend einen Anspruch daraus herleiten, daß ich es ebenso machen müßte. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Wurm fährt in seinen Darlegungen fort, fortwährend von lärmenden Jurufen der Mehrheit unterbrochen. Er erpäht dabei einen Teil des in der Kommission vorgelegten Materials.

Vizepräsident Bising: Es liegt nicht im Rahmen der Geschäftsordnung, das gesamte Material aus der Kommission mitzutragen. Ich werde das nicht zulassen! (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Wurm: Ich hatte auch keineswegs die Absicht, das gesamte Material vorzubringen.

Vizepräsident Bising (erregt): Was ich von dem ganzen Material gesagt habe, gilt auch von einem Teil desselben! Abg. Wurm beendet seine Ausführungen, denen lebhafter Beifall und Rufen bei der Mehrheit folgt.

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Nr. 2 eine namentliche. Sie ergibt die Annahme des Antrages auf Tagesordnung mit 216 gegen 72 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung.

Als Abg. v. Kardorff (Sp.) sich erheben will, um sein jetzt folgendes Referat zu halten, erhält das Wort zur Geschäftsordnung Abg. Gotthein (fr. Bg.): Wenn schon lange Referate keine angenehme Aufgabe sind, so ist die Strafbank der Stenogrammkorrektur etwas noch schlimmeres. Bei den kolossalen Dauerleistungen ist es nicht mehr möglich gewesen, mit diesen eingearbeiteten Stenographen auszukommen, es sind Hilskräfte zugezogen worden. Mein Stenogramm weist so große Lücken und Fehler auf, daß ich auf vielen Seiten hintereinander oft die Hälfte hineinlorgieren muß. Dabei habe ich heute sehr ruhig gesprochen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Redner fährt an der Hand der amtlichen Stenogramm-Überragungen seiner Rede einige Beispiele für die Lückenhaftigkeit des Stenogramms vor.

Vizepräsident Bising: Es ist Ihr Recht, sich zu beschweren. Aber Sie können doch nicht jede einzelne Stelle aus Ihrem Stenogramm vorführen.

Abg. Gotthein (fortfahrend): Ich habe nur ein paar Beispiele gegeben. Ich will keineswegs die 20 Seiten meines Vortrages recapitulieren. (Gelächter bei der Mehrheit.) Wenn die Stenogramme weiter so mangelhaft sind, bleibt schließlich nichts weiter übrig, als daß die Referenten überhaupt auf die Ausfüllung aller Lücken und auf die Ausmerzung all des Unsinns, der dadrinnen steht, verzichten. (Abg. Freiherr Hehl zu Herrnsheim (nall.) ruft dem Redner einige Worte zu.) Freiherr von Hehl macht mir den Vorwurf, ich selbst sei Schuld daran, wann hätte ich so lange geredet! (Große Unruhe links.) Zu diesem Vorwurf ist Herr von Hehl, der draussen sitzt, nicht zu hören und nichts thut, am allerwenigsten berechtigt. (Lebhafte Beifall links; Abg. Bebel meldet sich zur Geschäftsordnung.) Wenn ich mir die Mühe nehme, zwei Stunden vor leerem Hause zu reden, habe ich auch Anspruch auf ein korrektes Stenogramm.

Vizepräsident Bising: Das gehört nicht zur Begründung Ihrer Beschwerde.

Abg. Gotthein (fortfahrend): Das gehört insofern zur Begründung als —

Vizepräsident Bising (sehr erregt): Wenn ich erkläre, das gehört nicht zur Begründung, so verbitte ich mir jeden Widerspruch. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Gotthein (fortfahrend): Ich muß verlangen, daß die Sitzungen nicht zu lange ausgedehnt werden (höhnisches Gelächter bei der Mehrheit), weil die Stenographen solche Ansprüche nicht befriedigen können.

Die Mehrheit freilich scheint auf sachliche Beratung kein Gewicht mehr zu legen: das Centrum hat während meines Referats Proklamierung gehalten! (Lachen im Centrum.) Ich beantrage, die Sitzung zu vertagen und namentliche Abstimmung darüber. (Große Unruhe.)

Vizepräsident Bising: Ich bemerke, daß die lange Dauer der vorhergegangenen Sitzung nicht der Grund des mangelhaften Stenogramms sein kann. Die Sitzung begann um 10, und Herr Gotthein begann sein Referat etwa um 2 Uhr. Ich kann auch nicht beurteilen, ob Abg. Gotthein nicht vielleicht etwas schnell gesprochen hat. Ich werde die Sache untersuchen lassen und so weit möglich, Abhilfe veranlassen. Vielleicht die Sache auch durch eine Fristverlängerung für die Klage des Stenogramms Abhilfe schaffen. — Zur Geschäftsordnung hat das Wort Abg. Bebel. (Zuruf: Es ist ja Vertagung beantragt!) Pardon! —

Abg. Gotthein: Ich ziehe meinen Antrag auf Vertagung zurück. (Gelächter bei der Mehrheit.)

Abg. Bebel (Soe.): Wir sollten dem Abg. Gotthein dankbar sein, daß er diesen Vorfall, der zunächst ihm passiert ist, hier zur Sprache gebracht hat. Die ganz ungewöhnliche Dauer der Sitzungen hat dazu geführt, daß stenographische Hilskräfte herangezogen werden mußten. Es stellt sich jetzt heraus, daß diese Hilskräfte den Anforderungen nicht genügen. Diese That sache muß festgestellt werden. Mit einer Fristverlängerung für die Klage ist uns nicht gedient. Eine korrekte Wieder gabe der Referate liegt doch auch in Ihrem (zur Mehrheit) Interesse! (Monatelang haben Sie geschwätzt. — (Großer Lärm bei der Mehrheit.)

Vizepräsident Bising: Es dient nicht zur Motivierung der Beschwerde des Abg. Gotthein, der Mehrheit solche Vorwürfe zu machen.

Abg. Bebel: Wenn die Herren regelmäßig hier gewesen wären, wären wir heute weiter. Und wie haben die schlenden Herren die Zeit totgeschlagen. Ein nationalliberaler Herr, der sich wegen Krankheit entschuldigt hatte, ist mittlerweile Tag für Tag auf der Jagd gewesen! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten. Große Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Bising: Ich bitte, nicht solche persönlichen Vorwürfe vorzubringen.

Abg. Bebel: Wir müssen gute stenographische Berichte haben! Die Herren von da drüben freilich müßten ja am liebsten gar keine Referate! Graf Schwerin-Löwitz verzichtete aufs Wort —

Vizepräsident Bising: Das gehört doch nicht zur Sache!

Abg. Bebel fährt fort, die Beschwerden des Abg. Gotthein zu unterlegen.

Vizepräsident Bising: Ich habe mich vorläufig über die Sachlage informiert. Es sind zur Disposition herangezogen worden sechs Stenographen aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Ich habe angeordnet, daß eine Untersuchung über die Beschwerden eingeleitet wird. Warten wir das Resultat dieser Untersuchung ab!

(Fortsetzung morgen.)

Gerichts-Zeitung.

Zur Kennzeichnung der deutschen Rechtsprechung dient es insbesondere, daß sie Handlungen, deren Strafbarkeit der gewöhnliche Menschenverstand nur schwer begreift, zum Anlaß nimmt, um Angeklagte ehrenrühriger Vergehen schuldig zu finden. Vor allem handelt es sich hier um Angehörige der Arbeiterklasse. Ehen wir von den bekannten Erpressungsprozessen ab, in denen ehrenhafte Arbeiter zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt werden, so kommt namentlich die Konstruktion von Diebstählen in Betracht. Ein Fall, der an den Prozeß erinnert, in welchem ein Buchbinder zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er ein wertloses Blatt Papier, auf welchem der Gnädenerlach gedruckt stand, „gestohlen“ hatte, beschäftigte vorgestern das Reichsgericht. Das Landgericht Bremen hatte am 21. Juli d. J. die Arbeiter K. und G. wegen Diebstahls zu 14 resp. 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Thatbestand lag folgendermaßen: Bei der Lagerhaus-Gesellschaft waren zwei verschidene Posten Baumwolle angekommen, welche in zwei mit einander verbundenen Schuppen aufgestapelt wurden. Als der eine Schuppen später verladen werden sollte, fehlten zwei Ballen. Die Angeklagten wurden beauftragt sie zu suchen. Da sie zu bequem hierzu waren, gingen sie einfach in den Nachbarschuppen, entfernten von zwei Ballen der anderen Ladung die besonderen Zeichen und verbrachten diese beiden Ballen mit den übrigen der ersten Ladung. In der Regel wird ja nur ein Diebstahl nur dann angenommen, wenn der Thäter die entwendete Sache sich aneignen wollte, um Vorteil daraus zu erzielen. Dies war hier nicht der Fall. Die Angeklagten wollten sich nur das Suchen und etwaige Vorwürfe ersparen und hatten nicht den geringsten materiellen Vorteil von ihrer That. Das Gericht hat aber die Ansicht aufgestellt, daß sie sich die Ballen, wenn auch nur für kurze Zeit, „angeeignet“ haben, um dann wie bekämpften sie diese Feststellung als rechtsirrtümlich. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Verwerfung des Rechtsmittels, da die Feststellung, daß die Angeklagten sich die Ballen rechtswidrig angeeignet haben, einwandfrei sei. So müssen die beiden Arbeiter wegen „Diebstahls“ ins Gefängnis wandern!

Eine richtige Räubergeschichte hatte der Buchhalter Walter Leue, welcher gestern vor dem dritten Strafammer des Landgerichts I stand, erfinden, um den Verdacht die Unterschlagung von sich abzuwälzen. Der Angeklagte war Verwalter mehrerer im Centrum Berlins gelegener Häuser, welche einer Frau v. B. gehörten. Im Sommer d. J. wurde der Angeklagte mit der Abrechnung unipunktlich und schlechtlings mußte ihm Frau v. B. mit Anzeige bei der Polizei drohen, wenn er sich nicht zur Rechnungslegung einstellte. Als letzter Termin war ihm der Vormittag des 10. Oktober gesetzt worden. Wie der Angeklagte zugab, hatte er einen Teil der eingezogenen Mieten für sich verbraucht, auch Handwerkerrechnungen, die er noch nicht bezahlt hatte, mit gefälschten Quittungen versehen. Er habe die Absicht gehabt, Frau v. B. um Nachsicht zu bitten und mit den vorhandenen Beträgen und Verlagspapieren sich am 10. Oktober nach ihrer Wohnung begeben. Zu seinem Schrecken sei die Dame nicht zu Hause gewesen, er habe angenommen, daß sie bereits zur Polizei gegangen sei und dann völlig den Kopf verloren. Er sei nach Spandau gegangen in der Hoffnung, dort bei Freunden so viel Geld aufzutreiben zu können, um den unterschlagenen Betrag zu decken. Sein Vermöhen sei vergebens gewesen. Ruhelos sei er während der ganzen Nacht in der Umgegend von Spandau umhergegangen. Morgens in der vierten Stunde habe er sich in der Nähe der Festungswerke befunden. Dort sei er hinterläs zu Boden geschlagen worden und bestimmungslos liegen geblieben. Als er die Besinnung wiedergewonnen, habe er in der Havel gelegen, die Räuber müßten ihn ins Wasser geworfen haben. Er sei vollständig ausgeplündert gewesen, selbst die Abrechnungen und die Mietsbücher hatten die Räuber ihm genommen. Mühsam habe er das Ufer erreicht und sich nach Spandau geschleppt, wo er in der Herberge zur Heimat Aufnahme gefunden. Am Abend habe er der Polizei Anzeige erstattet. Vergeden hieß der Vor sühende dem Angeklagten vor, daß seine Erzählung wenig auf Glaubwürdigkeit Anspruch zu machen könne, die Polizei nehme auch an, daß sie völlig erfinden sei. Durch die Beweisaufnahme steigerte sich dieser Verdacht zur Gewißheit, der Gerichtshof hielt den Angeklagten sowohl der Urkundenfälschung wie der Unterschlagung für überführt und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten.

Verfammlungen.

Eine Tischler-Versammlung, einberufen vom Fachverein der Tischler, tagte am Mittwoch in den Andreasbällen. Sie begann mit einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte über die Bureauwahl, die damit endete, daß das Bureau aus Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes gebildet wurde. Die Versammlung befahte sich dann mit den Vorgängen bei der Firma A. Schulz, too die eines Scheingelassen wegen verhängte Sperre vom Fachverein am 16. August aufgehoben, vom Verband aber aufrecht erhalten wurde, bis kürzlich der Unternehmer das Versprechen abgab, seine Gesellen vom Zimmernachweis mehr einzustellen, so lange der Streit um den Arbeitsnachweis dauert. Der Referent Härtler und die anderen Redner aus dem Fachverein schilderten nun Verlauf und Ausgang des Streits als ungünstig für die Arbeiter und suchten nachzuweisen, daß der Verband dafür verantwortlich sei. Nach den Ausführungen von Raab und der Redner aus dem Verbands ist dagegen von dieser Seite durchaus korrekt verfahren, und auch ein so günstiges Resultat erzielt worden, wie es unter den obwaltenden Umständen nur möglich war. Raab'sche Debatte wurde mit großer Majorität die folgende Resolution angenommen: Die Versammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn bei dem Streik von Schulz Fehler gemacht worden sind, dies nur von seiten des Fachvereins der Tischler der Fall war. Aus dem Grunde hat diese Organisation kein Recht, das Verhalten des Verbandes bei diesem Streik zu kritisieren.

Raser. Am 2. Dezember tagte die Monatsversammlung des Verbandes der Raser im Gewerkschaftshaus. Vor dem Vortrage des Kollegen Lint über „Krankenversicherung“ erlatete die infolge von erhobenen Verdächtigungen und Anzeigen der staufführung und teilweisen Thätigkeit des Vorstandes in der Novemberberammlung gewählte Untersuchungskommission ihren Bericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die erhobenen Vorwürfe ungerechtfertigt und haltlos waren und die Thätigkeit des Vorstandes den jeweiligen Verhältnissen entsprechend korrekt war. — Die Diskussion über den Vortrag wurde auf eine spätere Versammlung vertagt.

Bismersdorf. In einer gut besuchten Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins, die am 3. Dezember in Wittes Volksgarten tagte, sprach M. Grundwald über: „Die Volksworte im Parlamentskampf und im Volkstumpf“. Großer Beifall wurde dem Vortragenden zu teil.

Aus der Frauenbewegung.

Die bremische Bürgerchaft beschloß nach dem Antrage ihrer Kommission unter ausdrücklicher Zustimmung des Senats die Stellung einer weiblichen Hilfskraft der Gewerbe-Inspektion.

Zur Geschichte des Hauses Krupp.

Die Klage der kapitalistischen Presse über das „tragische Ende“ Krupps artet immermehr zu einem Geinzel aus, das um so widerlicher wirkt, als es vielfach gegen die eigne Ueberzeugung mitgemacht wird. Dieselben Blätter, die, wenn Arbeiter bei Ausübung ihres Berufes durch Unglücksfälle in Masse hinweggerafft werden, sehr oft nur einige gedankenlose Zeilen über unvermeidliche Zufälle, Unvorsichtigkeit, Schicksalschläge, die man ruhig hinnehmen müsse u., für die Opfer ihrer Berufstätigkeit und deren Hinterbliebenen übrig haben: dieselben Blätter wissen sich jetzt kaum in ihren theatralischen Schmerzensausbrüchen zu fassen, weil auch Herr Friedrich Alfred Krupp hat sterben müssen, der größte deutsche Industrielle, der zweihundertfünfzigfache Millionär. Allerdings geistig war Herr Friedrich Alfred Krupp kaum mehr als eine Null; aber er war der größte der Großindustriellen, wenn auch ohne eignes Juthun. Diese Thatsache allein genügt jedoch nach kapitalistischer Menschenschätzung, in seinem Tod ein beklagenswerteres Ereignis zu erblicken, als in dem Tod des größten wissenschaftlichen Genies. Ist doch nach jener durch die sozialpolitische Lüge der Gegenwart nur leicht verbedektete Werteschilderung jeder Industrielle schon an sich ein „Wohlthäter der Menschheit“ — allein deshalb, weil er, wie der Ausdruck lautet, seinen Arbeitern Arbeit giebt, mag auch die raffinierteste Gewinnsucht ihn bei seinen Unternehmungen leiten, mag er auch den höchsten Mehrwert aus der Arbeit der von ihm Beschäftigten herauszupressen wissen.

Au und für sich ist Herr Friedrich Alfred Krupp ungleichgültig. Er war ein Großunternehmer wie hundert andre; vielleicht geistig unter dem Durchschnitt seiner Klasse stehend, aber sonst als „Arbeitgeber“ von gleicher Geistesart. Es läge deshalb kaum ein Anlaß vor, sich mit ihm und seinem Hause näher zu beschäftigen, jwängen nicht die verlogenen Artikel der kapitalistischen Presse über den eichdeutschen Patriotismus, die Humanität und die Arbeiterfreundlichkeit des „Hauses Krupp“ dazu, einige diese angeblichen Tugenden recht charakteristisch illustrierenden Blätter aus der Geschichte der Kruppschen Firma näher zu betrachten.

Die Frage, wie weit der Vater des jüngst aus dem Leben Geschiedenen, Alfred Krupp, das englische Verfahren der Gufstahlgewinnung vervollkommnet und welche Bedeutung die Kruppsche Erfindung hat, kann hier unerörtert bleiben. Darüber mögen Techniker sich streiten. Zugestanden muß jedoch dem „alten Krupp“ werden, daß er, als nach der Niederwerfung der revolutionären Erhebungen fast überall das Betrüben in den fünfziger Jahren begam, mit sicherem Blick erkannte, daß mit der Erzeugung von Waffen aus Gufstahl sich ein gutes Geschäft werde machen lassen. In Preußen gelang es ihm indes zunächst nicht, einen Auftrag auf Gufstahlanonen zu erhalten; die damalige Generalinspektion der Artillerie stand den von ihm konstruierten Feldgeschützen mißtrauisch gegenüber. Krupp bot deshalb seine Erfindung zunächst andren Mächten an und lieferte dem Scheidde von Kgypten 36 Geschütze, Auch von Frankreich erhielt er auf seine Bewerbungen einen größeren Auftrag, der aber wieder zurückgezogen wurde. Auf Befürwortung des Prinzen Wilhelm, des späteren Kaisers Wilhelm I., der einige Jahre vorher die Kruppschen Werke in Essen besichtigt hatte, erlangte dann Krupp 1859 die erste Anonenbestellung von Preußen. Erst sollten nur 16 Geschützpfänder bestellt werden, dann wurden daraus 100, und als dem Prinzen die Bestellung vorgelegt wurde, änderte dieser nochmals die Zahl auf 300.

Damit war Krupp für die nächste Zeit mit Arbeit versorgt. Doch obgleich dieser Bestellung von Preußens Seite weitere folgten, war Krupp wenig geneigt, seine Geschäftskonstruktionen nur zur Stärkung der preussischen Wehrkraft für geeignet zu halten. Er sorgte mit gleicher Unparteilichkeit auch für die Erhöhung der Wehrmacht anderer Staaten, vornehmlich Rußlands, dem er von 1863/67 über 900 Kanonen lieferte. Eine Zeitlang trug er sich sogar mit der Absicht, in Rußland ein ähnliches Werk anzulegen wie in Essen.

Besondres Augenmerk richtete Krupp auf Frankreich, das in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre energisch an die Verstärkung seiner Artillerie ging. Wiederholt suchte er durch Agenten einen Probe-Auftrag vom französischen Ministerium zu erhalten — doch vergebens. Selbst als nach Beendigung des Krieges von 1866 das Verhältnis zwischen Preußen und Frankreich sich scharf zuspitzte und die sogenannte luxemburgische Frage zu einem Kriege zwischen beiden Mächten zu führen drohte, liehen die Kruppschen Bemühungen, von Frankreich Kanonenaufträge zu erlangen, nicht nach. Und als alle deboten Anerbietungen des Kruppschen Agenten in Paris nicht zum Ziel führten, entschloß sich Krupp in seinem industriellen Patriotismus, selbst direkt bei Napoleon um geneigte Berücksichtigung zu bitten. Das Schreiben, das unter Nr. 875 bei Henri Dordier „L'Allemagne aux Tuileries“ abgedruckt ist, hat folgenden, die kaufmännische Diplomatie des Anonenkönigs recht treffend charakterisierenden Inhalt:

April, den 29., 1868.

„Eure! Ermutigt durch das Interesse, das Eure Erhabene Majestät für einen simplen Industriellen und die glücklichen Erfolge seiner Bemühungen und seiner unerhörten Opfer bewiesen haben, wage ich von Neuem, mich allerhöchsterseits mit der Bitte zu nahen, geruhen zu wollen, den beifolgenden Atlas anzunehmen, der eine Kollektion von Zeichnungen verschiedener in meinen Werken hergestellter Gegenstände enthält. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die hier letzten Seiten mit Abbildungen der Gufstahlanonen, welche ich für verschiedene hohe europäische Regierungen hergestellt habe, einen Augenblick die Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf sich lenken und meine Kühnheit entschuldigen werden. Mit der tiefsten Ehrfurcht, mit der höchsten Bewunderung bin ich Eure Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener.“

Ob der Abommling des korrischen Parvenüs für diese Art Patriotismus nicht das richtige Verständnis hatte oder aber ob bei Napoleon und seinen Ministern ein Mißtrauen gegen den preussischen Industriellen bestand, ist nicht ersichtlich — jedenfalls erhielt Herr Krupp trotz seines Briefes keine französischen Aufträge. So wurde verhütet, daß 1870/71 auf den französischen Schlachtfeldern die Söhne des deutschen Volkes mit aus

Essen stammenden Kanonen niederzartätzt wurden.

Kündige Geschäftsleute werden vielleicht vom kapitalistischen Geschäfts- und Profitsandpunkt erklären: „Das Geschäftemachen hat mit Patriotismus nichts zu schaffen; es kommt nur auf das Verdienen an!“ Das mag sein. Auch wir erblicken in diesem Angebot nur eine Bestätigung des Satzes, daß, wenn ein Profit von 100 Proz. lockt, das Kapital über Schlachtfelder und Leichen hinwegstampft. Nur wird man verlangen dürfen, daß ein derartiges Verhalten nicht noch obendrein als hoher Patriotismus, als Wohlthat für die Nation und als Besorgtheit um das Vaterland gefeiert wird.

Nach dem deutsch-französischen Kriege nahmen die Kruppschen Werke einen bedeutenden Aufschwung. Waren vorher schon aus den enormen Gewinnträgen verschiedene bedeutende Kohlenzechen angekauft worden, so wurden nun noch (in 1871) die Hermannshütte bei Reuvid und die Johannesshütte bei Duisburg mit vier Hochofen hinzugekauft, ferner im nächsten Jahr verschiedene bedeutende Konzessionen auf die Eisenerzlager bei Bilbao in Spanien, die Krupp eine jährliche Lieferung von sechs Millionen Centner bestes Eisenerz garantierten. Diese erstaunliche Blüte seines Unternehmens hinderte indes den großen „Arbeiterfreund“ nicht, als im Jahre 1872 die Kohlengruben-Arbeiter endlich nach langem Parlamentieren zum Streik griffen, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen, sich den Forderungen der Streikenden mit prophaner Selbstherrlichkeit entgegenzustellen. Die Gewinne des Werkes waren durch die Bewilligung nur wenig geschmälert worden, war doch z. B. nach den statistischen amtlichen Angaben im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund der Durchschnittspreis pro Tonne Kohlen von 1867/72 um 62 Proz. gestiegen, dagegen der durchschnittliche Lohn der Grubenarbeiter nur um 30 Proz. (von 2,55 M. auf 3,31 M.). Doch sich ihre hohen Profite schmälern zu lassen, gestiel den Kohlen- und Eisenmagnaten nicht, am wenigsten Herrn Krupp. Er erließ am 24. Juni einen Aufruf, in dem er zum Schluß erklärte:

„Ich erwarte und verlange volles Vertrauen, lehne jedes Eingehen auf ungeredertigte Anforderungen ab, werde wie bisher jedem gerechten Verlangen zuvorkommen, fordere daher alle diejenigen, welche damit sich nicht begnügen wollen, hiermit auf, je eher desto lieber zu kündigen, um meiner Kündigung zuvorkommen und so in gesetzlicher Weise das Etablissement zu verlassen, um andern Platz zu machen, mit der Versicherung, daß ich in meinem Hause wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will.“

Es war das Lied vom „eigenen Herrn im Hause“, das damals der große „Arbeiterfreund“ Krupp schon recht gut abzuleiern verstand.

Wenn aber Krupp keineswegs Lust hatte, die hohen Profite der stotten Jahre, die nach 1871 begannen, mit seinen Arbeitern zu teilen, so fand er es andererseits um so gerechtfertigter den nach 1873 einsetzenden Rückschlag in der Eisen- und Stahlindustrie auf seine Arbeiter abzuwälzen und deren Löhne ohne weiteres herabzusetzen. Kaum war in der zweiten Hälfte des Jahres 1874 ein Nachlassen der Aufträge bemerkbar, als auch schon als Neujahrsangebinde am 28. Dezember Alfred Krupp an seine Arbeiter eine Verfügung erließ, in der er kurzweg allseitige Lohnherabsetzungen ankündigte mit der kurzen Dinzufügung:

„Ich bedaure die Notwendigkeit der Lohnherabsetzung, verbinde aber damit die bestimmte Erklärung, daß jeder Ausdruck von Unzufriedenheit als Kündigung anzusehen ist.“

Das war deutlich. Nichts von Gegenvorstellungen, Prüfungen der Sachlage usw. Wer nicht damit zufrieden war, daß auf ihn die Wirkungen der hereingebrochenen Krise abgelen wurden, mochte gehen.

Noch klarer ließ sich Krupp 1877 in einer Broschüre darüber aus, wie er sein Verhältnis zu seinen Arbeitern aufasse. Durch Freunde bewogen, hatte er sich für Essen als Reichstags-Kandidat aufstellen lassen, unterlag aber trotz des Druckes, der auf seine Arbeiter ausgeübt wurde, in der Stichwahl dem ultramontanen Gegner, dem früheren Arbeiter Stöbel. Diese Verletzung seines überspannten Selbstbewußtseins vermochte Krupp nur schwer zu ertragen. Er arbeitete eine reichlich konfuse Broschüre aus, in der er darlegte, der Arbeiter habe nichts weiter zu verlangen als einen angemessenen Lohn, Sozialismus und Demokratie seien Hirngespinnste; selbst die Ideen von Gewinnbeteiligung, wie sie in den Köpfen liberaler gelehrter Volksbeglucker spulten, seien nichts als Utopistereien. „Für die Arbeit erhält er (der Arbeiter)“, heißt es in dem Machwerk, „seinen Lohn. Es kann keine Rede davon sein, daß irgend jemand einen besonderen Anspruch behalte, außer solchem, der in Steigerung des Lohnes und des Gehalts besteht — und immer nur Folge größerer Leistungen ist. Das ist Sache der freien Vereinbarung.“

Aber nicht nur gegen den Sozialismus zeterter der „Arbeiterfreund“ Krupp, sondern auch gegen das Gewerkschaftswesen, jener Nachahmung des schlechten englischen Beispiels“, Arbeitervereine zu gründen und die Arbeit einzustellen, „um höhere Löhne zu erpressen“. Zum Schluß verheißt er gegen solche Bestrebungen größte Strenge, denn „man erwärmt keine Schlange an seiner Brust“.

In ähnlichen nachdrücklichen Ermahnungen schloß es auch nicht, als 1887 wegen der Septembats-Vorlage der Reichstag aufgelöst wurde und Alfred Krupp seinen Sohn Friedrich Alfred, den jetzt Verstorbenen, als Reichstagskandidat aufstellen ließ, nur zu dem Zweck, wie er selbst in einem Aufruf erklärte, damit dieser die Regierungs-Militärvorlage unterstützen könne. Den Vorteil, den diese Vermehrung für sein Unternehmen bedeutete, mußte der „alte Krupp“ als guter Rechner recht wohl zu schätzen. Indes halfen alle Pressionen auf die Arbeiter nichts; auch diesmal siegte Stöbel.

Das Bild sieht etwas anders aus, wie es die kapitalistische Presse in Spekulation auf die Unkenntnis ihrer Leser zu zeichnen beliebt. Der „alte, humane“ Krupp entpuppt sich als Autokrat der Species Stumm. Und seinen Spuren folgte, wie in einem weiteren Artikel bewiesen werden wird, sein Sohn Friedrich Alfred Krupp, und als dieser später nicht mehr die nötige Zeit zu solcher Thätigkeit fand, die Geschäftsführung.

Partei-Nachrichten.

Im Zeichen der Kaiserrede wurde in Dresslau die Stichwahl zum Stadtverordneten-Kollegium vorgenommen. In allen großen industriellen Etablissements wurde am Morgen des Wahltages die Kaiserrede angelesen. Der Erfolg war, daß unsre 3 Kandidaten 70 bis 120 Stimmen mehr erhielten, wie bei der Hauptwahl. Man muß bedenken, daß es sich um öffentliche Stimmabgabe handelt. Gewählt wurden die Gegner.

Aus dem Königreich Sachsen sind folgende Gemeindevahl-Ergebnisse zu melden: Niederhermsdorf und Burgstädtel bei Dresden je 1 Parteigenosse gewählt, in Oibersdorf bei Jittau 3 Parteigenossen und in Markranstädt alle socialdemokratischen Kandidaten der dritten Klasse.

Björnson und die Socialdemokratie.

Die norwegische Arbeiterpartei in Kristiania wollte mit Rücksicht auf die Verdienste Björnsons um Freiheit und Volksaufklärung zu seinem hiesigen Geburtstag eine Festschrift veranstalten und hatte ihn hierzu eingeladen. Wie alle andren derartigen Einladungen hat der Dichter auch diese abgelehnt und zwar mit folgendem Schreiben:

„Lieber Magnus Nilssen, nun habe ich zu so vielen nein gesagt, daß ich, so meine ich, unmöglich zu Ihnen ja sagen kann. Und doch hätte ich etwas zu Ihnen zu sagen. Ich bin ja, wie Sie wissen, Socialist, wenn auch mein Verhältnis zu unsrer norwegischen Sache mich verhindert hat, mich so wie ich wünsche, an Eurer Sache wie an andren Sachen zu beteiligen. Jeder muß das Seine wählen, wenn er nicht alles kann. Aber das, worüber ich sprechen wollte, war: getreues Zusammenarbeiten mit der Linken. So arbeite Ihr am besten für Eure eigne Sache: Schritt vor Schritt vorwärts mit denen, die das wollen, was nun durchführbar ist. Aber um darüber zu reden, ließe sich wohl eine Gelegenheit finden, ohne daß gerade ein Fest für mich gemacht wird.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Alte und neue Polizeigeschichten.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Danzig wurde am 25. November ein Verleibigungsprozeß zu Ende geführt, der als ein Zeitdokument festgehalten zu werden verdient; wir folgen dabei dem jetzt vorliegenden ausführlichen Bericht der „Königsberger Volkszeitung“.

Wir haben bereits vor einigen Tagen telegraphisch berichtet, daß Genosse Berger in Danzig von der Anklage der Verleibigung des Polizeibeamten Raporra freigesprochen worden ist, weil er seine Behauptung, daß Raporra als Kopsitzel thätig gewesen sei, bewiesen habe. Die angeblich beleidigenden Behauptungen hat Berger in einer socialdemokratischen Parteiverammlung am 12. September 1897, also vor fünf Jahren ausgeprochen, in der Raporra in Uniform anwesend war. Raporra ist inzwischen am 7. September 1901 in der Irrenanstalt Reustadt i. B. an Gehirnverwundung gestorben.

Die Schlußverhandlung vor dem Danziger Gericht, der schon mehrere andre vorangegangen waren, hatte zunächst ein Vorspiel. Der Vorsitzende fragte nämlich den angeklagten Genossen Berger, dem man nach der Entlassung aus der Untersuchungshaft wegen der bekannten Revolveraffäre einige ihm zugegangene Ansichtskarten nicht ausgehändigt hatte: „Haben Sie jetzt all' Ihre zotigen Karten zurübekommen?“

Berger lehnte darauf den vorstehenden Richter wegen Befangenheit ab. Die Bezeichnung der an ihn gerichteten durchaus anständigen Karten als „zotige“ sei gegen ihn gerichtet und ein Zeichen von Befangenheit. Außerdem habe der Vorsitzende in einer früheren Verhandlung dieses Prozesses die bürgerlichen Entlassungszeugen ganz anders behandelt, wie die polizeilichen Befassungszeugen. Nach längerer Auseinandersetzung über den Ablehnungsantrag zieht sich das Gericht zur Beschlußfassung zurück und verurteilt sodann die Ablehnung des Antrags. Durch die Bemerkung des Richters über die Karten seien höchstens die Absender, nicht aber der Empfänger getroffen. Die Behandlung der Zeugen in dem früheren Termin sei einwandfrei gewesen.

Auf Grund dieses Beschlusses und seiner Begründung lehnte Berger alle drei Richter wegen Befangenheit ab.

Darauf wurden neue Richter zur Bildung eines beschlußfähigen Gerichts hinzugezogen, um über den Ablehnungsantrag zu entscheiden. Der Verteidiger protestierte dagegen mit dem Hinweis, daß über die Ablehnung aller Richter nur das höhere Gericht zu entscheiden habe. Trotz dieses Protestes wurde unter Einziehung neuer Richter der Ablehnungsantrag abgewiesen.

Darauf wurde eine Kontroverse über den Vorkauf der zur Anklage stehenden Ausrüstungen Bergers angefochten, die infolge der Freisprechung materiell nebensächlich geworden ist, aber der Begleitumstände wegen Beachtung verdient. Berger hatte im früheren Termin die Angaben des Hauptbefassungszeugen, Polizeikommissar Schmidt, der die fragliche Verammlung überwacht hatte, angefochten und Beweis dafür angeboten, daß Schmidt in so hohem Grade der Trunktheit ergebe sei, daß er unmöglich einen genauen Bericht liefern könne. Dieser Beweis war zugelassen worden und deshalb der Polizeipräsident Wesse l und verschiedene Polizeibeamte als Zeugen erschienen. In der Verhandlung wurde nun zunächst festgestellt, daß der Regierungspräsident dem Polizeipräsidenten die Erlaubnis zur Aussage über diesen Punkt erteilt hatte. Der Polizeipräsident wiederum hatte dem Polizeikommissar die Erlaubnis zur Aussage erteilt, den Schulgeanten sie jedoch im Interesse der Disziplin verweigert. Die Beschwerde gegen diese Verweigerung schwebt noch. Der Verteidiger stellte in der Verhandlung fest, daß dieser Grund zum Aussageverbot ungegültig sei. Er verlangte dann im weiteren Verlauf der Verhandlung die Vernehmung der Schulgeanten, das Gericht lehnte dies jedoch unter Berufung auf das Aussageverbot ab.

Der Verteidiger richtete an den Zeugen Polizeikommissar Schmidt eine Anzahl Fragen, ob er in verschiedenen Fällen sunlos betrunken gewesen sei, in diesem Zustande sich auf der Straße gewälzt habe, Volkswahl verurteilt usw. Der Kommissar bestritt keinen dieser alkoholischen Exzesse, er giebt nur an, sich daran nicht erinnern zu können. Auf den Vorhalt des Verteidigers, ob er in einer Hofenarbeiter-Versammlung zur Zeit des letzten Raureisereits im trunkenen Zustande einigen Leuten den Rat gegeben habe: sie sollten den Kapitalisten das Fell gerben“, erklärt Schmidt, daß er in diesem Fall vom Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch mache.

Hierbei sowie bei Vernehmung des Polizeipräsidenten protestiert der Vorsitzende mehrmals gegen die direkte Befragung der Zeugen durch den Verteidiger. Dieser beantragt Gerichtsbeschluß, und zweimal beschließt das Gericht entgegen dem Vorstehenden, daß der Verteidiger das Recht der direkten Befragung habe.

Der Polizeipräsident bekundet, daß er den Schmidt zweimal im Dienste betrunken angetroffen habe, ein Genohneidstricker sei er jedoch nicht. Die Polizeikommissare wissen nichts von Trunkenheit des Schmidt, dagegen bekunden mehrere Zivilzeugen, daß sie Schmidt stark betrunken gesehen hätten.

Es folgen dann endlich die Aussagen über die Thätigkeit Raporras. Der Redakteur der „Gazeta robotnicza“, Genosse Morawski, wird von einem Transporteur aus dem Gefängnis zu Neutun vorgeführt, in welchem er ebenfalls infolge der Thätigkeit eines Polizeipistols zwei Jahre zu verbüßen hat. Lebendig und bewegt schildert er das schamlose Treiben des Raporra. Als armer Fischer habe er sich den Genossen vorgestellt, die ihn bedauerten und ihm Arbeit verschaffen wollten. Er arbeitete angeblich in einem Sarggeschäft und klagte, daß er sehr wenig verdiente. Ein Verkehrsdiener der polnischen Genossen zu Berlin in

der Straußbergerstraße besuchte er ständig. Auch sammelte er auf Listen für die ausgewiesenen Genossen. Da er (Morawski) verheiratet und Vater mehrerer Kinder war, so sollten an ihn, wie an andere Verheiratete die damals verbotenen Flugblätter nicht geschickt werden. Raporra that dieses jedoch wiederholt und ließ dann die Betroffenen nach kurzer Zeit verhaften. In N. habe er gleich am nächsten Tage nach Empfang der Blätter persönlich verhaftet. Besonders rühmte Raporra sich, daß er im Saale des polnischen Handwerkervereins in der Kommandantenstraße zu Berlin vor einer Versammlung alle Tische und Stühle mit verbotenen Flugblättern belegte habe. Zeuge schildert ferner jenen Judasluh, den Raporra dem inzwischen gestorbenen Genossen Wittkowski auf dem Schlessischen Bahnhof in Berlin gegeben habe. Wittkowski habe sich Weihnachten 1888 in Begleitung von Raporra, Morawski und andern zum Schlessischen Bahnhof begeben, um nach Posen zu fahren. Dort habe er ganz deutlich gesehen, daß Raporra dem Wittkowski einen Kuß gab, ihn auffordernd kräftig zu agitieren, und ihm eine Schachtel Cigaretten und ein Pack verbotener Flugblätter in die Brusttasche steckte. In einem andern Falle begab sich Raporra in die Wohnung eines Tischlers und spendierte den Anwesenden Schnaps, um sie besser auszuordnen zu können. Dem schwindeligen Tischler Szulanski, der krank im Bette lag, goß der saubere Patron, da der Kranke nicht trinken wollte, den Schnaps sogar gewaltsam in den Mund. Im Posener Sozialistenprozess habe Raporra einen Teil seiner Vergehen eingeräumt, sich jedoch mit dem Auftrage seiner vorgesetzten Behörde zu entschuldigen gesucht. — Einen Einwand des Staatsanwalts gegenüber erklärt Morawski noch einmal ausdrücklich, daß Raporra gelogen habe, wenn er in Posen angeblich, daß Wittkowski ihn geküßt habe. Er habe ganz genau gesehen, daß Raporra dem Wittkowski umarmte und küßte.

Der Zeuge Porankiewicz war im Posener Prozess auf Verreiben des Raporra angeklagt, war jedoch freigesprochen. Er erklärt, nicht Socialist gewesen und es auch jetzt nicht zu sein. Auch er schildert, daß Raporra sich als Kollege, speziell als Sargarbeiter in sein Vertrauen einzuschleichen versucht habe. Er überredete ihn zur Annahme verbotener Flugblätter und Wons zur Sammlung für ausgewiesene Polen. Als er sich auf sein Drängen zur Annahme solcher verband, wurde er schon am nächsten Tage nach einer Hausdurchsuchung verhaftet. Auf dem Polizeipräsidentium traf er seinen Freund Raporra und machte ihm Vorhaltungen, worauf der ihm entgegnete: er solle ihm nur als Zeuge dienen. Auch ihm gegenüber hat R. sich speziell seiner Flugblattverbreitung im polnischen Handwerkerverein gerühmt. Eines Tages ging Raporra mit Porankiewicz durch die Weberstraße zu Berlin, in deren Nähe ein großer Volksaufmarsch durch eine aufgelöste Volksversammlung verursacht war. Raporra begab sich darauf in die nahe gelegene Wohnung des Tischlers Orzadkiewicz und kam nach längerer Zeit erst zurück. Von G. hörte er später, daß R. diesen aufgefordert habe, Flinte und Säbel zu nehmen und Revolution zu machen.

Der in Charlottenburg wohnhafte Tischler Orzadkiewicz erklärt auf die Frage des Verteidigers ebenfalls, daß er niemals Socialdemokrat war und es auch jetzt nicht sei. Auch er kannte Raporra aus dem Lokale von Sachsendorf in der Straußbergerstraße zu Berlin als armen Tischler, dem die Arbeit nicht recht von der Hand gehe. Eines Tages sei zu seinem Erntamen Raporra in seine in der Weberstraße, vier Treppen hoch gelegene Wohnung eilig gekommen und habe ihm zugerufen: „Du kümmerst Dich aber auch um gar nichts. Draußen ist Revolution; nimm Knüttel oder Säbel und komm mit herunter! Als der Zeuge davon nichts wissen wollte, bedrängte ihn Raporra noch längere Zeit. Als er sich zum Mitgehen entschloß, war der Aufmarsch von der aufgelösten Versammlung auf der Straße schon zerstreut. Im Laufe des Abends sagte Raporra jedoch noch zu Orzadkiewicz, der groß und stattlich gebaut ist: „Wenn es zur Revolution käme, solle er Fahnenträger werden!“

In der Begründung des freisprechenden Urteils heißt es: Es sei zwar erwiesen, daß Schmidt öfter betrunken war. Seine Glaubwürdigkeit sei dadurch jedoch nicht erschüttert, denn in der Versammlung, in der Verger die Verleumdungen ausgesprochen haben sollte, war er nicht angetrunken. Verger habe sich nach Ansicht des Gerichts so geäußert, wie die beiden Beamten behaupteten. Der Wahrheitsbeweis sei aber vollständig geführt. Raporra habe demüthigt, zu Verbrechen und zu Vergehen aufgereizt. Mit dem Ausdruck Dynamitattentat habe Verger offenbar nur Verbrechen gemeint. Es sei auch bewiesen, daß der Zeuge Claassen von Raporra durch Drohungen zu einem Geständnis veranlaßt werden sollte. Sei somit der Beweis der Wahrheit in allen Punkten erbracht, so gehe auch aus Form und Umständen nicht die Absicht der Verleumdung hervor.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Arbeitsmarkt. Nach dem uns soeben vom Central-Arbeitsnachweis (Cormannstr. 13 und Nickerstr. 6 E) zugehenden Bericht ergibt sich für den Monat November folgendes Bild der Arbeitsvermittlung:

Ingenieur- Arbeiter	Malter	Schlosser	Klempner	Lager- händler	Textil- Verfertiger	Andere	
Eingeschriebene, arbeitssuchende Pers.	2497	285	343	98	153	281	3657
Von Arbeitgebern versch. Arbeitskräfte in Arbeit gebrachte Personen	1413	67	184	43	66	236	2009
	1224	57	159	30	56	178	1704

Siegerländer Kobalt-Syndikat. Die Verlängerung des Syndikats ist jetzt endgültig erfolgt. Die Hochöfen der Zementwerke Hütte werden ohne den Grubenbesitz und die sonstigen Vermögenswerte für 150 000 M. vom Syndikat erworben. Die Geisteswerke Eisenwerke, die den weitaus größten Teil ihrer Kobaltproduktion selbst verbrauchen, sind nicht beigetreten, doch ist ihnen der Beitritt bis Ende dieser Woche freigestellt. Mit der Verlängerung des Siegerländer Syndikats sind nunmehr sämtliche Kobalt-Syndikate erneuert, so daß auch das Abkommen mit dem Lothringisch-Luxemburgischen Kobalt-Syndikat alsbald in Wirksamkeit treten dürfte.

Der Fall des Silberpreises übt auf den Außenhandel Chinas einen derartigen Druck aus, daß in den letzten Wochen die Ausfuhr wie die Einfuhr stetig gesunken sind. Den „Times“ wird dazu aus Shanghai vom 3. Dezember gemeldet: Die fortgesetzte Entwertung des Silbers hat eine Lage geschaffen, von der angenommen wird, daß sie eine ernste Finanzkrise herbeiführen vermag. Die Einfuhr steht thätigstill und, was den Export anlangt, so ist keine Aussicht vorhanden, daß derselbe sich in näherer Zeit heben werde. — Dasselbe Blatt meldet aus Hongkong: Die Entwertung des Silbers und der Rückgang des Wechselkurses legt den Handel drückend und macht die Lage bedenklicher als im bisherigen Verlauf des Jahres 1902.

Die Kohlenausfuhr der Ruhrgegend nach Frankreich erreicht gegenwärtig, wie der „Voss. Zig.“ gemeldet wird, nur noch ungefähr die Hälfte derjenigen zu Anfang des November. Viele Lieferungen sind mit Ende November abgelaufen und nicht wieder oder doch nur in verringertem Umfang erneuert worden. Auch der Versand nach Belgien ist merklich zurückgegangen. Da die Kohlenpreise in Frankreich auch in solchen Gegenden, wo man sie bisher noch nicht versucht hatte, sich nach dem übereinstimmenden Urteil der Verbraucher gut behauptet hat, ist zu hoffen, daß ihr der französische Markt auch später in größerem Umfang als vor dem Grubenarbeiter-Ausstande erhalten bleiben wird.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Wechsellager in Meerane.

Die Fabrikanten nehmen bekanntlich den Standpunkt ein, nicht über den Tarif hinauszugehen, in sie vor dem Ausbruch des Streiks

aufgestellt hatten, während die Streikenden sich mit diesem Tarif unter keinen Umständen zufrieden geben wollen. Um nun ihre Friedensliebe zu bekunden und eine Grundlage zu neuen Verhandlungen zu schaffen, hat die Lohnkommission der Streikenden einen neuen Tarif ausgearbeitet, der von den übrigen Forderungen einen wesentlichen Teil abläßt. Dieses Vorgehen der Lohnkommission ist von drei Versammlungen, die am Dienstag stattfanden, genehmigt, und der neue Tarif den Fabrikanten eingereicht worden mit dem Ersuchen, bis Donnerstag darauf zu antworten. Wie verlautet, sollen die Fabrikanten auch diesen Einigungsversuch zurückgewiesen haben. Sie geben sich immer noch der Hoffnung hin, daß die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen werden. Daran denken die Unzufriedenen aber gar nicht. Sie kämpfen heute noch eben so zuversichtlich wie zu Anfang des Streiks. Zwar haben sich jetzt etwa ein Duzend Arbeitswillige gemeldet, was jedoch nicht viel zu bedeuten hat, da die Zahl der Streikenden etwa 2000 beträgt. Die früher gedauerte Ansicht, der Streik könne bis Weihnachten und darüber hinaus dauern, wenn die Fabrikanten nicht Entgegenkommen zeigen, kann, nach der Stimmung in den Versammlungen am Dienstag zu schließen, zur Tatsache werden. Von mehreren Rednern wurde betont, daß das Weihnachtsfest schon jetzt für die Arbeiter nicht mehr ein besonders erfreuliches sein könne. Aber es müsse und werde auch gehen, wenn Weihnachten noch gestreikt werde.

Metallarbeiter. Die Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teilt uns mit, daß sich die dortigen Klempner, Rohrlager usw. nicht — wie in Nr. 231 des „Vorwärts“ mitgeteilt wurde — im Streik, sondern in einer Lohnbewegung befinden, welche den Zweck hat, einen gemeinsamen Tarif für die genannten Verufe einzuführen.

Ausland.

Die Absperrung der Cigarettenfabrik von Antwerpen und St. Nicolaas hat nach einer 20tägigen Dauer mit einem vollen Siege der Arbeiter beendet. Die etwa 800 Streikenden haben den Sieg ihrer guten Organisation zu danken; es fand sich auch nicht ein Streikbrecher.

Der Steinarbeiterstreik in Basel ist, nachdem er vier Wochen gedauert hat, zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Forderungen der Streikenden — deren hauptsächlichste ist: vorherige Festsetzung der Recordpreise auf Grund eines Tagelohnes von 6,50 Fr. — sind bewilligt und durch Vertrag festgelegt.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung werden die neu gewählten Stadtvorordneten Realschul-Direktor Hellwig, Bankbeamter Kollowosky und Lagerhalter Voigt eingeführt. Die Verpflichtung der Benannten auf die Städteordnung erfolgt durch den Vorsteher Dr. Langerhans.

Die Etatsüberschreitungen.

Ueber die Vorlagen betreffend die Bewilligung von Mehrkosten zu verschiedenen Vorarbeiten Bauten und betreffend die Etatsüberschreitung beim Vorarbeitenfonds für Bau-Ausführungen der Hochbau-Verwaltung berichtet

Stadtv. Stapp (R. L.): Der Ausschuss hat nach viermaliger Beratung die Mehrkosten in Höhe von insgesamt 700 000 M. und die Etatsüberschreitung von 10 435 M. bewilligt, aber gleichzeitig vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen:

a) Zu künftigen Vorkehrungen zu treffen, daß Ueberschreitungen, welche das Geldbewilligungsrecht der Versammlung zu beeinträchtigen geeignet sind, möglichst vermieden werden;

b) darauf hinzuwirken, daß die Schlussabrechnungen bei Bauten schneller als bisher erledigt werden und die Lieferanten nicht so lange auf Zahlung warten dürfen.

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir haben keine Zeit für die Einsetzung des Ausschusses gestimmt. Der Ausschuss hat seine Aufgabe, in die Ursachen der Anschlagsüberschreitungen hineinzuleuchten, gründlich erfüllt, und von allen gegen die Bauverwaltung erhobenen Vorwürfen ist nichts übrig geblieben. Wenn in einer einzigen Vorlage Nachbewilligungen für Bauten in so ungewöhnlicher Höhe gefordert werden, ist das gewiß auffällig; aber nachdem einwandfrei nachgewiesen ist, daß diese Ueberschreitungen Ursachen haben, über welche die Bauverwaltung keine Macht hat, erwächst daraus für dieselbe kein Vorwurf. Die Baumaterialienpreise sind während der Bauausführung erheblich gestiegen. Gegen den Vorwurf, die Verwaltung hätte mit dieser Vorlage früher kommen müssen, hat sie eingewendet, daß sie die Vorlage erst aufstellen konnte, nachdem sie einigermaßen übersehen, welche Ueberschreitungen voranschreiten würden, und dieser Einwand ist doch auch nicht abzulehnen. Einen Weg, die gerügten Uebelstände für die Zukunft ganz zu beseitigen, haben auch wir nicht anzugeben vermocht; das Radikalmittel, daß die Stadt die Bauten in eigne Regie übernehme, ist ja vom Ausschuss sehr energisch zurückgewiesen worden. Für den Ausschussantrag, der erst im letzten Augenblick kam, werden wir nicht stimmen, weil er ein Mißtrauensvotum für die Bauverwaltung bedeutet, wozu nach unserer Meinung kein Grund vorliegt. Gerade weil wir rückblicklos Kritik üben, hüten wir uns davor, ins Allgemeine hinein zu kritisieren, wo für die Kritik jede Unterlage fehlt. Man sagte uns im Ausschuss, wir nähmen jede Bauvorlage mit Hurra an, weil sie Arbeitsgelegenheit schaffe, und kümmernten uns nicht darum, wo das Geld herkäme; dieser Vorwurf ist gänzlich haltlos. Wir machen natürlich kein Hehl daraus, daß wir uns freuen, daß an der Spitze unserer Bauverwaltung ein Mann steht, der neben seinen sonstigen fachmännischen Vorträgen auch Schönheitsgefühl besitzt.

Es ist inzwischen 6 Uhr geworden und die Versammlung schreitet zur

Wahl des zweiten Bürgermeisters.

Es werden 120 Stimmzettel abgegeben. Fünf sind weiß, also ungültig; von den 115 gültigen Stimmen erhält Regierungsrat Reide 114, Stadtrat Fischbeck 1.

Regierungsrat Reide ist somit zum zweiten Bürgermeister auf 12 Jahre gewählt.

Bei der Wahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des verstorbenen Stadtrats Kaufmann werden 122 Stimmen abgegeben. Davon erhält der bisherige unbesoldete Stadtrat Fischbeck 73, Dr. Barth 1; 48 Zettel sind unbeschrieben. Stadtrat Fischbeck ist somit auf 12 Jahre zum besoldeten Stadtrat gewählt.

Daraufhin wird die vorhin unterbrochene Beratung fortgesetzt. Stadtv. Rosenow (R. L.) äußert sich im Sinne des Stadtvorordneten Heimann. Er bedauert die Hartnäckigkeit der Angriffe einer gewissen Seite auf den Stadtbaurat Hoffmann, welche diesen schließlich die Freudigkeit an seinem Amte rauben müsse. Wegen die Ausschussresolution wird Redner ebenfalls stillschweigen.

Nachdem Stadtv. Körte (Fr. Fr.) sich für die Genehmigung der Mehrkosten ausgesprochen und besonders betont hat, daß der Stadtbaurat sich zu der für ihn mit so viel Ärger verbundenen Vorlage nur dadurch gezwungen gesehen hat, daß er strakte den Wünschen der Versammlung entspreche, treten die Stadtv. Wallach und Cassel für die Annahme der Resolution ein, indem sie gleichzeitig bestritten, daß dieselbe irgendwie ihre Spitze gegen den Stadtbaurat richte, es handle sich vielmehr um das Geldbewilligungsrecht der Versammlung.

Der Ausschussantrag wird darauf angenommen, die Resolution mit 88 gegen 18 Stimmen.

Dem nachträglich erschienenen dringlichen Antrag Landau, für die chirurgische Abteilung am Krankenhaus Friedrichshain einen Direktor und einen ihm koordinierten dirigierenden Arzt anzustellen, setzt Stadtv. Rommisen Widerspruch entgegen. Der Antrag wird daher auf die nächste Tagesordnung kommen.

Der spezielle Entwurf für das Lehrerbauhaus der Gemeindefschule in der Samariterstraße (Gesamtkosten 85 000 M., ermäßigt gegen den früheren Entwurf durch Vereinfachung der Fassade um 7000 M.) wird genehmigt.

Die speziellen Entwürfe für die Gemeindefschule in der Putzenerstraße 3/6 (543 000 Mark) sowie die Vorentwürfe zum Neubau einer Gemeindefschule in der Straße 4 und 1A, nahe der Greifswalderstraße, einer höheren Mädchenschule und einer Gemeindefschule in der Panstraße und einer Gemeindefschule am Koppenplatz 12 gehen auf Antrag Bruns und Haberland an einen Ausschuss.

Der spezielle Entwurf zum Neubau einer Gemeindefschule in der Hausburgstraße wird genehmigt.

Die Vorlage wegen Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Straße 54 Abteilung X des Bebauungsplans als Verbindungs-Straße zwischen dem Treffpunkt der Adolfs- und Raxstraße westlich und der Reinickendorferstraße unweit der Biesenstraße östlich wird genehmigt und gleichzeitig eine Resolution des Stadtv. Pinze (Soz.) angenommen, den Magistrat um baldigste Durchlegung der Straße zu ersuchen.

Die Vorlage betr. die Pensionierung und die Hinterbliebenenversorgung der Bediensteten der Berliner Feuerwehreinrichtung wird ohne jede Debatte unverändert genehmigt.

Schluß 8 Uhr.

Sociale Rechtspflege.

Wegen unberechtigter pöblicher Entlassung beanspruchte der Exarbeit und Packer G. durch Klage beim Gewerbegericht von der Paragon-Caffenbloe-Co. eine größere Lohnentschädigung, da ihm eine viertelwöchentliche Kündigungsfrist zustand. Kläger machte außerdem geltend, er habe eine Zeit lang schon deshalb keine Arbeit erhalten können, weil ihm ein schlechtes Zeugnis ausgestellt worden sei. Seine Leistungen waren darin als in verschiedener Hinsicht mangelhaft bezeichnet worden. Kläger forderte ein anderes Zeugnis, das er denn auch inzwischen in Form einer einfachen Arbeitsbescheinigung erhalten hat. Kläger, der jetzt ein Jahr lang bei der beklagten Firma war, hatte dort vordem drei Jahre lang eine Stellung inne. Damals hatte man ihm ein vorzügliches Zeugnis ausgestellt. — Der äußere Anlaß der Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses war der Umstand, daß der Kläger einen halben Tag im Geschäft fehlte und es dann ablehnte, seine Bedienung, er sei zur militärischen Stellung gewesen, zu beweisen. Der Vertreter der Beklagten bewieselte in der Verhandlung vor der Kammer 8 die Richtigkeit jener Angabe des Klägers. Der Kläger gab selber zu, die Unwahrheit gesagt zu haben, rechtfertigte sich aber damit, daß er sich wegen fortwährender „Triezeereien“ des Geschäftsführers nach einer andern Stelle habe umsehen müssen und daß er sich die erforderliche Zeit nur durch jene Ausrede habe sichern können. Der Geschäftsführer habe bei jeder Gelegenheit gesagt: „Ich bin Sie ja, Sie sind frech usw.“ — Den Parteien wurde ein Vergleich angetragen, der dann auch zustande kam. Die beklagte Firma zahlte 8,80 M. rückständigen Lohn und 36 M. als Entschädigung wegen des schlechten Zeugnisses. Der Vorsitzende Dr. Meier publizierte als Meinung des Gerichts: Die Entlassung selbst, wenn eine solche überhaupt vorliege, wäre unbedingt zu Recht erfolgt, denn der Kläger habe die Arbeit unbefugt verlassen gehabt, als er andre Arbeit suchen ging, und unbefugtes Verlassen der Arbeit sei nach § 123 der Gewerbe-Ordnung ein Entlassungsgrund. Zu dem Vergleich sei nur aus Billigkeitsgründen geraten worden, weil durch das schlechte Zeugnis der Kläger tatsächlich geschädigt worden sein möge.

Lokales.

Aus der Stadtvorordneten-Versammlung.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurden drei neu gewählte Mitglieder eingeführt, darunter unser Genosse Emil Voigt, der Nachfolger Theodor Meyners im 11. Bezirk der 3. Abteilung.

Die Versammlung nahm dann zunächst den Bericht des Ausschusses entgegen, der im Januar eingeleitet worden war, um zu prüfen, worauf die bei der Bauverwaltung vorgekommenen Mehrausgaben (für Gemeindefschulen, Volkshochschulen usw.) zurückzuführen seien. Der Ausschuss hat mehrere lange Sitzungen abgehalten, aber herausgefunden ist bei der Prüfung nichts. Die Debatte, die sich gestern an die Berichtserstattung knüpfte, führte wieder zu einem lebhaften Kampf für oder gegen den Stadtbaurat Hoffmann. Stadtvorordneter Genosse Heimann, der als erster der Redner das Wort ergriff, hob hervor, daß von den Beschwerden, die aus Anlaß dieser Mehrausgaben gegen die Bauverwaltung vorgebracht worden sind, sich keine einzige als begründet erwiesen hat. Solche Mehrausgaben seien allerdings unheimlich für die Aufrechterhaltung einer geordneten Stadtverwaltung. Im übrigen aber müsse man dem Stadtbaurat Hoffmann von Herzen dankbar dafür sein, daß er auch bei den Neubauten, die er auszuführen hat, dem Sinn für Schönheit Rechnung trägt. Die Stadtv. Rosenow und Rörte traten ähnlich für den Stadtbaurat ein, während Wallach und Cassel ihre von früher her bekannten Klagen wiederholten. Herr Cassel glaubte sogar, sich zum Hüter des Bewilligungsrechtes der Stadtvorordneten-Versammlung aufzuwerfen zu müssen. Die Versammlung genehmigte schließlich die Etatsüberschreitungen und nahm zugleich, gegen die Stimmen der Socialdemokraten und einiger Freisinniger, eine Resolution an, durch die dem Magistrat und dem Baurat empfohlen wird, bei Ausführung der Bauten künstlich sparsamer zu verfahren.

Um 6 Uhr wurden die Verhandlungen unterbrochen und die Wahlen eines Bürgermeisters sowie eines besoldeten Stadtrats vorgenommen. Zum Bürgermeister wurde nahezu einstimmig Konfistorialrat Reide gewählt, zum besoldeten Stadtrat mit einer nicht besonders glänzenden Stimmenzahl der bisherige unbesoldete Stadtrat Fischbeck. Herr Fischbeck mußte 48 weiße Zettel mit in den Kauf nehmen.

Nachher gab's noch eine kurze Debatte über mehrere Schulbau-Vorlagen. Genosse Bruns tadelte, daß nicht, wie sonst, vor der Aufstellung der Entwürfe beim Bibliotheksdirektorium umgefragt worden ist, ob es die Einrichtung von Leshallen wünscht. Bruns forderte Ausschussberatung. Stadtv. Haberland (Alte Linke) unterstützte diesen Vorschlag, allerdings aus einem andern Grunde — wegen des Kostenpunktes.

Bei der Mehrzahl der Stadtvorordneten war übrigens während der ganzen Dauer der Sitzung das Interesse geteilt zwischen den Verhandlungen der Versammlung und den Vorgängen im Reichstage, die bekannt wurden, als um 1/2 Uhr Singer eintraf. Aufsehen erregte das Extrablatt des „Vorwärts“, das gegen 7 Uhr auf den Plätzen der socialdemokratischen Stadtvorordneten verteilt wurde.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verordnetenversammlung wurde unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner der von der „Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“ eingereichte Entwurf einer Schwedebahn Nord-Süd vorgelegt und beraten. Es wurde beschlossen, der Gesellschaft zunächst aufzugeben, die Genehmigung zur Ueberschreitung der Stadtbahn beizubringen. Ohne diese grundsätzliche Genehmigung ist an eine Ausführung der Pläne nicht zu denken. Auch die Schwierigkeiten, die sich der Festlegung des Scheinwerferteils noch entgegenstellen, müssen erst beseitigt werden, bevor die Pläne, die hiermit eng verknüpft sind, Gestalt annehmen können. Die Beratung über die Herstellung einer neuen

Verbindung zwischen der Hafenbeide, der Tempelhofer Vorstadt und dem Grunewald durch eine elektrische Straßenbahn wurde verlangt. Der Antrag der Spree-Hafen-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Stern wegen mietweiser Ueberlassung des gesamten Uferlandes an der Straße Brandenburger Ufer zwischen Jannowitz-Brücke und Waisen-Brücke als Dampfer-Anlegestelle wurde der Unterkommission für die Regelung des Dampfschiffahrts-Verkehrs auf der Spree z. überweisen. Ein Antrag der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, die Mittelpromenade der Seebrücke zur Anlage einer neuen Straßenbahn nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus im Anschluß an die Straßenbahn in der Eggenstraße zu benutzen, wurde abgelehnt. Ferner wurde noch abgelehnt ein Antrag der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, sie von der Ausführung der Straßenbahnlinie Alt-Neubrück-Dechowstraße-Danienplatz bis zur Fertigstellung der definitiven Danienbrücke zu verbinden. Wegen der Anlage einer Dampfer-Anlegestelle am Gröben-Ufer und Befassung der Dampfer-Anlegestelle an der östlichen Steintrappe dieses Ufers, wo ein bequemer Uebergangsverkehr zur Hochbahn bezw. zu den Stern-Dampfern geschaffen werden soll, müssen noch mündliche Verhandlungen mit der Polizei gepflogen werden zur Befestigung der aufgetauchten Weiden. Außerdem kamen noch verschiedene Punkte zur Sprache, u. a. die Aenderung der hohen Unfällen-Vorsatz leistenden Anstrichflächen an den Straßenbahnwagen, die Einrichtung von Personensitzplätzen an Straßenbahnwagen nach dem Beispiel von München etc.

Aus dem Mitgliederkreise der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute etc. erhalten wir folgende Mitteilung: Eine genaue Gesehichte hat sich unter antiseptischer Führung zusammengefunden, um die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft aus der Verwaltung unserer Orts-Krankenkasse zu verdrängen. Medizinische Apotheker haben sich in trauriger Harmonie mit dem Verein Berliner Hausdiener, dem Hilfsverein für weibliche Angestellte, dem Verein der Kassendamen und dem der Leder-Hausdiener zu diesem edlen Zweck in die Gesellschaft der antiseptischen Handlungsgesellschaften begeben. Durch die Verbindung der laienfeindlichen Apotheker mit jenen sozialpolitisch rückständigsten Elementen der Arbeiterschaft ist der Zweck dieser arbeitserfindlichen Gesellschaft gekennzeichnet. Am 8. Dezember, dem Tage der Delegiertenwahlen zu dieser Kasse, wird diesen Elementen durch die organisierte Arbeiterschaft die Luft an derartigen Versuchen für alle Zeit gründlich verwehrt werden.

Som Kampfe gegen den Straßenhandel. Der Druckschriften-Handel auf der Straße wird den armen Leuten, die sich damit ein paar Groschen verdienen wollen, schon heute, ohne daß die Einschränkung des Straßenhandels zur Wirklichkeit geworden ist, ganz außerordentlich erschwert. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht irgend eine Druckschrift für den Straßenhandel verboten wird. Am 23. November wurde das kleine Blättchen "von der Mahregel des Verbots betroffen, am 1. Dezember die Druckschrift "Kritik", am selben Tage die Volkstimme des "Simplicissimus" und am 3. Dezember der "Satyr". Wie mag das erst werden, wenn der Polizei in diesem Punkte noch mehr Macht gegeben ist? Die Händler und Händlerinnen wehren sich nach Kräften gegen die Einführung der neuen Verordnung, durch welche der Straßenhandel unmöglich gemacht werden soll. Sie halten heute abend 9 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27, eine Versammlung ab, in welcher die neue Polizeiverordnung auf der Tagesordnung steht und haben zu dieser Versammlung auch die Engroslisten eingeladen.

Merkwürdiger Vandalismus. Der Herr Kurator Georg Kobak in Rantow sendet uns unter Verweisung auf das Preßgesetz eine Verächtigung zu, in der er den Inhalt unserer Mitteilungen vom Sonnabend bestätigt. Die Aufschrift lautet:

1. Es ist unwahr, daß ich den Ratskeller besuchen wollte und bei Wahrnehmung der bewogenen Ratsfiguren eilends zum Gemeindevorsteher gelaufen bin, diesen zur Rede zu stellen. Vielmehr lenkte ich bei einer gelegentlichen freundschaftlichen Unterhaltung meine Aufmerksamkeit auf die Figuren. Demgemäß ist es 2. unwahr, daß ich dem verübten Gemeindevorsteher entgegenkomme habe: Rechnet doch die Fragen Kurator protestantischer Pfaffen und schmückt damit eure Anekdote. 3. Es ist unwahr, daß der Rosenkranz — war ein Werkzeug mit Kette — ohne Vorwissen der Baukommission weggenommen wurde, da der Baumeister dies mit Herren der Kommission vereinbart hatte. 4. Es ist unwahr, daß diese Wegnahme mich anzeigte, noch mehr zu fordern. Ich trat von vornherein für Entfernung oder unangenehme Veränderung der Figuren ein.

Mit dieser von Herrn Kobak als Verächtigung aufgefaßten Aufschrift bestätigt dieser geistliche Herr, daß er an den Gemeindevorsteher das Ansehen gerichtet hat, er solle dem Merkmalismus zu Gefallen den künstlerischen Schmuck im Ratskeller vernichten oder verunstalten lassen. Hierbei ist es sehr notwendig, ob Herr Kobak dies Ansehen gestellt hat nach dem von uns erwähnten Besuch im Ratskeller oder vorher, denn das eine darf man diesem Herrn wohl zu trauen, daß er sich die Bildwerke wenigstens angesehen hat, bevor er die Ausrottung dieser heiligen Produkte zu bewirken suchte. Im übrigen meinen wir, daß es durchaus nicht Sache des Geistlichen ist zu sagen, was die Baukommission in der Angelegenheit gethan hat; weiter aber liegt ein bedenklicher Widerspruch in der Behauptung, daß er nicht mehr gefordert habe, als leider schon geschehen ist und doch die Figuren völlig entfernt sehen wollte. Hoffentlich wird Herr Kobak in der zuständigen Gemeinderatsitzung klar gemacht, daß ihn als Geistlichen der künstlerische Schmuck des Ratskellers gar nichts angeht.

Der Winter. Die anhaltende empfindliche Kälte beginnt sich jetzt auch im Eisenbahnverkehr bemerkbar zu machen. Zugverspätungen werden immer häufiger, da die Glätte der Schienen die Fahrt und die große Kälte die Heizung erschwert. Ein anderer Uebelstand ist der, daß die Abteilthüren zufrieren, weil die Heizung unten in den Wagen liegt. Hier von werden namentlich die Jäger im Osten betroffen. Bei denen, die morgens von dort hier ankommen, sitzen die Thüren so fest, daß man schon eine beträchtliche Kraft aufwenden muß, um sie zu öffnen. In Dirschau mußte gestern morgen ein Zugführer noch einmal halten lassen, weil einige Fahrgäste, die im letzten Augenblick einsteigen wollten, überhaupt nicht öffnen konnten.

Eine merkwürdige Brandstiftung beschäftigt seit Mittwochabend die Charlottenburger Kriminalpolizei. Das Dienstmädchen Johanna Kolbe eines Ehepaars Goldberger aus der Wilmersdorf. 2 wurde Mittwochabend um 6 Uhr von einem Offiziersburschen, den ihr Hilfspolizei herbeiführte, an einen Stuhl gebunden in der Wohnung vorgefunden. Ihre Kleider waren mit Petroleum getränkt, ebenso die Möbel, die in allen drei Zimmern brannten. Die Feuerwehr löschte den Brand. Die Verhältnisse schienen sämtlich erbrochen und durchwühlt zu sein. Das Mädchen behauptet, zwei feingekleidete Männer hätten sich um 5 Uhr unter einem Vorwande Einlass verschafft, Geld gefischt und alles in Brand gesetzt, da sie nichts gefunden hätten. Sie selbst sei von den Eindringern unter Drohungen an den Stuhl gefesselt worden.

Diese Geschichte stellte sich bald als unwar heraus und es ergab sich, daß das Dienstmädchen selbst die Brandstiftung begangen hatte. Die Eheleute Goldberger, die durch den Brand einen beträchtlichen Schaden erlitten, weil sie die neue Einrichtung noch nicht versichert hatten, sind erst seit fünf Wochen verheiratet. Die junge Frau brachte die ihr bekannte 21 Jahre Johanna Kolbe aus Offenbach am Main als Dienstmädchen mit. Diesem gesell es in Berlin und Charlottenburg, nicht, zumal da es häufig allein zu Hause bleiben mußte. Johanna Kolbe schaute sich nach der Heimat, wo sie einen Ehemann und ein Kind hat. Ihre Sehnsucht wurde noch härter, als kürzlich ihr Vater, ein Monteur einer Wollfabrik, plötzlich ein wohlhabender Mann wurde, indem er in der heftigsten Randbestatterei 25 000 Mark als Anteil vom großen Lose gewann. Da die Herrschaft sich jedoch vor Ablauf des halbjährigen Vertrags nicht wollte ziehen lassen, so versel sie schließlich auf den Gedanken, sich einen Grund für die vorzeitige Aufgabe des Dienstes zu verschaffen. Als die Herrschaft am Mittwochabend um 4 1/2 Uhr

ausgegangen war, richtete sie in der Wohnung alles so zu, als ob diese darin gehaust hätten, begoß dann im Wohn-, Speise- und Schlafzimmer die Möbel mit Petroleum, zündete sie an und band sich endlich mit einer Juchenschur an den Küchenstuhl, nachdem sie auch ihre Kleider mit Petroleum getränkt hatte. Man wollte sie sich schließlich auch selbst verbrennen, wenn man ihrer Darstellung glauben darf. Dieser Gedanke sei ihr erst zuletzt gekommen, als sie sich erümmert habe, daß sie zu Hause in ein Meißnergefäß verwickelt sei, was in der That der Fall ist. Als die Möbel brannten und die Räume sich mit Qualm erfüllten, so erzählt sie weiter, bekam sie doch Angst, sprang um Hilfe und ging selbst mit dem angelegenen Stuhle nach der Küchentür, um sie zu öffnen, und wurde von einem Offiziersburschen aus dem Hause an der Treppe gefunden und befreit. Vor der Kriminalpolizei blieb sie gestern lange Zeit dabei, daß zwei Männer, die sich unter dem Vorwande, ein Paket abgeben zu wollen, eingeschlichen hätten, die Täter seien. Sie wollte die Brandstifter aus dem Verbrechenalbum auch erkennen, bezeichnete aber gerade Männer, die augenblicklich noch im Gefängnis sitzen.

Neue Bestimmungen für die Ausstellung von Zeissarten bei der Großen Berliner Straßenbahn treten mit dem 1. Januar in Kraft. Die wichtigste ist diejenige, daß ähnlich wie bei den Monatskarten der Eisenbahn, der Inhaber der Zeisskarte auf diese keinen Vorrat und Hutamen, sowie die Wohnung mit Karte leselich einzuzichnen hat. Ferner wird bei den neuen Bestimmungen in Erinnerung gebracht, daß Zeissarten, die im Besitz Anderer befunden werden, unangenehmlich zur Einziehung gelangen. Die rechtmäßigen Inhaber haben keinen Entschädigungsanspruch, auch werden ihnen für die Zukunft Zeissarten nicht mehr verabfolgt werden. Diese Verfügung wird jetzt zur strengen Durchführung gelangen, um den unangenehmen Betrügereien, die durch das Verleihen von Monatskarten ausgeübt werden, entgegenzutreten. Diese Verfügung wird nicht Platz greifen, wenn dem rechtmäßigen Besitzer die Karte gestohlen oder verloren gegangen ist, und er von der Thatfache der Verleihenkontrolle der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sofort verständigt hat. Die Zeisskarte wird auch ungültig, wenn die eigenhändige Namensunterschrift und Wohnungsangabe fehlt oder nicht mit Tinte eingetragen ist.

Die Vielseitigkeit der Feuerwehre. Wegen einer Gasexplosion, entstanden durch Gasauströmung, wurde am Mittwochabend um 10 Uhr die Feuerwehre nach der Stechbahn 5 (Rotes Schloß) gerufen. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Leider sind bei der Explosion zwei Personen zu Schaden gekommen. Die Ursache der Explosion ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen. Zwei Stunden später wurde die Feuerwehre aus gleicher Veranlassung nach der Braunstraße 13 gerufen. Dort war ein Gasrohr unrichtig geworden. Zum Glück war man aber vorsichtig und zündete kein Licht an, wodurch eine Explosion vermieden wurde. Am Mittwochabend wurde die zweite Compagnie nach der Köppler Brücke gerufen, wo ein Hund auf dem Eise des Luftkanals zu verenden drohte. Die Feuerwehre holten das erstarrete Tier gesund heraus. Nachts um 1 Uhr erfolgte ein Alarm nach der Friedstr. 22. Dort war eine Frau im Begriff aus dem Fenster einer Wohnung zu springen. Es gelang die Frau zu erfassen, nach bevor sie den Sprung aus dem Fenster des 3. Stockes ausführen konnte. Die Frau wurde dann in sichere Obhut gegeben. Früh mußte in der Leipzigerstr. 87 ein großer Kellerbrand gelöscht werden. Ferner hatte die Feuerwehre in der Potsdamerstr. 18c mit der Löschung eines Wohnungsbrandes zu thun. In der Kaiser Wilhelmstr. 10 brannten Kisten u. a. in einer Durchfahrt. Dieser Brand wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Selbstmord eines Künstlers. Aus Liebesgram erschöß sich gestern der 31 Jahre alte Kunstmalers Johannes Heise, der von Eisenach nach Berlin kam und seit dem 1. April d. J. in dem Hause Magdeburgerstraße 22 seine Wohnung und Kunstwerkstatt hatte. Heise erzählte wiederholt, daß er mit einer früheren Schülerin, Fräulein v. Schönfeld aus Eisenach, verlobt sei und daß im nächsten Januar die Hochzeit mit der 23jährigen jungen Dame stattfinden werde. In der letzten Zeit aber sagte er, daß sich der Heirat Schwierigkeiten in den Weg stellten, ohne zu sagen, von welcher Seite sie beitreten würden. Als gestern morgen die Aufwärterin kam, um die Wohnung aufzuräumen, fand sie Heise in seinem Schlafzimmer tot auf dem Fußboden liegen. Er hatte sich durch einen Revolver-Schuß in die rechte Schläfe getötet, die Waffe lag neben der Leiche.

Zeugen gesucht. Am Montag dieser Woche, gegen 7 Uhr morgens, ist an der Ecke der Aker- und Eilasserstraße ein Arbeiter auf dem Wege zur Arbeit von einem Schlägertrojanen überfahren worden. Die Zeugen dieses Vorfalles werden dringend gebeten, sich bei Jillemann, Graunstr. 30, linker Seitenflügel 2 Treppen zu melden.

Durch einen Sturz in den Keller verunglückte gestern nachmittags der 24 Jahre alte Mitfahrer Herrmann Jähr aus der Bergschloß-Druckerei. Der junge Mann wollte bei dem Schankwirt Vogel in der Brangelstr. 78 ein Glas Bier in den Keller schaffen, trat hierbei selbst, stürzte acht Stufen hinunter und zog sich außer inneren Verletzungen einen Oberschenkelbruch zu. Der Verunglückte wurde mit einer Droschke nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof und von dort nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Der am 28. v. M. in der Charité verstorbenen unbekannte Mann war kellerbeleidet: mit dunkelblauen Winterüberzieher, graubraun melierter Tuchhose, schwarzen Kammgarnhosen und Weste, blauer Vorwand-Unterjacke, gelben baumwollenen Strümpfen, Schnürstiefeln, rotem gestreiftem Wollschuhen, roten Taschentüchern ohne Zeichen, graue Pulswärmer, dunkelblaue Schirmmütze und rotgelben Lederschuhen.

Mitteilungen über die Person des Verstorbenen werden zu Nr. 8252 IV/27. 02 auf Zimmer 329 des Polizeipräsidiums entgegen genommen.

Aus den Nachbarorten.

Waidmannslust. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet bei A. Rubin eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist notwendig.

Kas Schöneberg. Die Eröffnung des neuen Hauptpostamts, Hauptstr. 23, findet am Sonntag, den 7. Dezember, statt. Der bisher in der Herberstraße stattgehabte Befehlsverkehr wird von jenem Tage ab in den neuen Räumen beverestelligt. — Das Schicksal des alten Botanischen Gartens ist zwar noch nicht endgültig entschieden, indeßen schwindet die Hoffnung, ihn als öffentliche Parkanlage zu erhalten, immer mehr. Dem Anschluß für die Erhaltung des Botanischen Gartens ist jetzt auf seine Unmöglichkeit eingeleitet eine ablehnende Antwort zugegangen. Eine Veräußerung des großen Terrains zu Spekulationszwecken dürfte jedenfalls in gesundheitlicher Beziehung und im Interesse des ganzen Viertels sehr zu bedauern sein. Aber auch der Bistum wird mit seinen früheren Miquelischen Bedingungen bedeutend heranzutreten müssen. — Die Regulierung und Reupflasterung der Sedanstraße, die bekanntlich bisher an dem Eigentum einiger Vorgartenbesitzer scheiterte, wird voraussichtlich doch noch im nächsten Jahre erfolgen können. Mit Aufnahme eines Anliegers haben sich jetzt alle in Betracht kommenden Eigentümer bereit erklärt, das zur Regulierung erforderliche Terrain herzugeben und aufzulassen. Der Pflasterungsplan könnte somit noch in den nächsten Etat eingestellt werden, sobald der letzte Widerstand aus dem Kreise der Anlieger beseitigt ist.

Gerichts-Zeitung.

Kolal und Central. Sehr häßliche Erscheinungen deckte eine Privatklage auf, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht zu Spandau verhandelt wurde. Dort referierte am 8. Juni in einer von dem Vorsitzenden der dortigen Lokalorganisierten Maurer Herrn Robert Wald einberufenen Versammlung der gleichfalls der Vertrauensmänner-Centralisation angehörende Maurer G e h l aus Berlin. Als der Referent der größtenteils von Mitgliedern des Central-

verbandes besuchten Versammlung den Centralisten vortrug, daß sie ihre Macht oft mißbrauchten und Kolalisten aus der Arbeit brachten, erwiderte der Vorsitzende der Versammlung, Centralist L e m m e, daß dies auch wohl von den Kolalisten aus geschehe. Zum Beweis für seine Behauptung verlas er eine anonyme Postkarte, welche an den Zimmermeister Schöttler gerichtet war und folgenden Inhalt hatte:

Geehrter Herr Schöttler! Sie haben auf Ihrem Bau den Führer der hiesigen Socialdemokratie Degener als Maurer beschäftigt; nun wird der Streik wohl bald losgehen. Mehrere unorganisierte Arbeiter.

Im Anschluß an die Verlesung eiferte Lemme den Bekannten Ausspruch: „Der größte Schuft im ganzen Land etc.“, sagte dann, daß der neben ihm sitzende Schriftführer Wald die Karte ge-schrieben habe. Der Centralist Degener nannte darauf Wald einen Lumpen. Wald bestritt, die Karte geschrieben zu haben, und in dem Organ der Vertrauensmänner-Centralisation, der „Einigkeit“, nannte er die Behauptung des Maurers Lemme eine elende Verleumdung. Es kam deswegen zu Klage und Widerklage. Zwei Schreibsachverständige bestätigten in der Verhandlung durch ihre Gutachten, daß Wald der Verfasser der Postkarte sei. Mit den centralorganisierten Beklagten Lemme und Degener, die vom Rechtsanwalt V i e l h e i m t vertreten wurden, kam auch das Gericht zu der Ueberzeugung, daß die Karte von Wald geschrieben wurde. Trotzdem mußten die Beklagten wegen formeller Ausdrücke beidseitiger Natur bestraft werden. Ebenfalls habe sich jedoch Wald durch einen von ihm veröffentlichten Artikel in der „Einigkeit“ der Beleidigung schuldig gemacht. Alle drei Personen wurden zu je 10 Mark Geldstrafe verurteilt. Hoffentlich bringt diese für die Arbeiterschaft beschämende Angelegenheit die feindseligen gewerkschaftlichen Parteien endlich zu der Einsicht, daß mit dem gegenseitigen Kampf, namentlich wenn er mit so häßlichen Mitteln geübt wird, nur den Feinden der Arbeiterschaft gedient ist.

Die Rechtsgültigkeit einer ortspolizeilichen Anordnung, die zur Bekämpfung einer ansteckenden Krankheit er-gangen ist, stand bei einem Strafverfahren in Frage, das gegen 14 Personen aus Altdamm eingeleitet worden war. In Altdamm hatten sich 1001 die Typhusfälle gehäuft. Nachdem die Polizeiverwaltung festgestellt hatte, daß der durch die Stadt fließende Blönelanal Abwässerung enthalte, verbot sie das Wäscheputzen im Kanal, die Entnahme von Wasser daraus und jede andre Verührung des Wassers. Hiergegen hatten sich die Angeklagten verzogen. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach sie indeßen frei und erklärte die Verordnung schon deshalb für ungültig, weil nach seiner Meinung derartige Verordnungen nur der Regierungs-Präsident, nicht aber eine ortspolizeiliche Verwaltung erlassen könne. Das Kammergericht gab jedoch der Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob das Landgerichtsurteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung zurück:

Im Gegensatz zum Landgericht nehme das Kammergericht an, daß die Orts-polizeibehörden alle Maßregeln zu treffen hätten, die auf die Verhinderung oder Bekämpfung oder Beschränkung einer Krankheit innerhalb eines einzelnen Ortes gerichtet sind und nur die Intereffen dieses Ortes berühren. Deshalb sei die Polizeiverwaltung von Altdamm für ihr Vorgehen zuständig gewesen. Es handle sich aber auch um eine zulässige Maßregel. Die Kabinetts-order vom 8. August 1835 (Seuchen-Verordnung) bestimmte, daß bei Bekämpfung ansteckender Krankheiten besonders für größte Reinlichkeit Sorge zu tragen sei. Wenn nun das Wasser des Blönelanals durch Abwässerungseime verunreinigt war, dann hätten die Verhinderung und Benutzung desselben in der von der Polizeiverwaltung geübten Weise verboten werden können. — Die Zurückverweisung an das Landgericht sei notwendig, damit es feststelle, ob die Angeklagten das Verbot wirklich übertreten hätten.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schusswaffe hat einen recht beträchtlichen Unglücksfall verursacht, der gestern die Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Wegen fahrlässiger Körperverletzung und Ueberletzung des § 367, 8 (unbefugtes Schießen) hatte sich der Wädelmeister Richard Voß in aus Kammer zu verantworten. Der Angeklagte hatte viel in Oranienburg zu thun und frag, da er einmal auf spätem Heimwege von zwei Stroichen angefallen worden war, einen Revolver älterer Konfiguration bei sich. Am 8. Juli nahm er den Revolver, der nicht mehr ordentlich funktionierte, auseinander, steckte ihn und begab sich dann gegen Abend auf ein etwa 100 Schritte vom Dorfe entfernt liegendes Roggenfeld, um die Schusswaffe auszuprobieren. Dort gab er zwei Schüsse ab. Unmittelbar nach dem zweiten Schusse hörte er den kurzen Ausschrei eines Kindes, legte diesem aber keine weitere Bedeutung bei. Bei seiner Rückkehr ins Dorf wurde ihm mitgeteilt, daß er dem achtjährigen Sohn des verstorbenen Alderbürgers Franz das linke Auge ausgeschossen habe. Der Junge hatte in jenem Roggenfelde Gras geschnitten und ist durch das vom Angeklagten abgefeuerte Geschöß getroffen worden. Er wurde sofort nach Berlin in die Augenklinik des Dr. Schulz gebracht und hier zeigte es sich, daß das Auge völlig verloren war. Dem bedauernswerten Knaben hat ein Glas-auge eingesetzt werden müssen. Nach der Augel ist mit Röntgenstrahlen gesucht worden, man hat sie aber nicht gefunden und es ist anzunehmen, daß sie noch im Kopfe des Knaben steck. Die Mutter des letzteren hat gegen den Angeklagten eine Entschädigungsklage in beträchtlicher Höhe angetrengt. — Da dem Angeklagten zweifellos eine Fahrlässigkeit zur Last fällt, so beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 300 M. Der Gerichtshof erkannte auf nur 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängnis.

Vermischtes.

Zur Bochumer Brandkatastrophe. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bei dem Brandunglück in der Konditorei von Köster 7 Personen umgekommen; 2 Personen, die als tot bezeichnet wurden, sind gerettet worden. Das Befinden der im Krankenhaus untergebrachten Verletzten ist befriedigend. Wie die „Bochumer Zeitung“ mitteilt, ist Regierungspräsident Dr. Reubens aus Arnberg behufs Feststellungen über das genannte Brandunglück hier eingetroffen.

Explosion. Auf dem Dampfer „Progress“, welcher auf der Werft der Eisenwerke zu Harbortviert liegt, explodierte ein Dampschüttler. 11 Mann der Besatzung wurden vermisst; die übrigen sollen ums Leben gekommen sein. Der Schaden wird auf 200 000 Dollar geschätzt.

Gefrandel. Laut telegraphischer Nachricht des Kapitäns Wehls aus Swinemünde ist der zu der hiesigen Reederei Kuntzmann gehörige Dampfer „Germania“ auf der Reise von Swinemünde nach Rio Casste an der schottischen Küste unweit Aberdeen bei starkem Orkan gekentert. Die ganze aus 25 Personen bestehende Besatzung hat sich in ihren eignen Booten gerettet und ist in Aberdeen gelandet. — Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ hatte das Schiff die Schraube verloren und war von einem Fischdampfer in Schleppe genommen worden. Am Mittwoch riß das Tau, und die „Germania“ geriet auf den Strand.

Witterungsübericht vom 4. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C
Swinemünde	771	OSO	5 bed.	-6	Seaparanda	781	SHI	—	-21
Hamburg	773	NOO	2 bed.	-10	Petersburg	781	SOB	1	-14
Berlin	771	NOO	3 bed.	-7	Port	779	SOB	4	bed.
Konst./M.	768	NOO	5 bed.	-7	Aberdeen	—	—	—	—
München	761	NOB	3 Sch.	-7	Paris	771	R	4	bed.
Wien	766	NOB	3 bed.	-7	—	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Freitag, den 5. Dezember 1902. Vieles heller bei strengem Frost und ziemlich starken nördlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Weihnachts-Vortheil!

Wir geben bei einem Gesamt-Einkauf von

5 Mark
¼ Dutzend Visites

10 Mark
½ Dutzend Visites

15 Mark
¼ Dutzend Cabinet

20 Mark
¼ Dutzend Makart

Photographie-Bons gratis.

Diese Bons sind für jede erwachsene Person zu verwenden, und empfehlen wir solche als besonders beliebtes **Weihnachts-Geschenk.**

Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahl-Casse einen Photographie-Bon zu verlangen.

Trotz dieser ausserordentlichen Vergünstigung bleibt unser **Rabatt-Spar-System** dennoch in Kraft.

Bei Einkauf von einer Mark vergüten wir 4 Rabattmarken.

C., Spittelmarkt 16/17,
SW., Belle-Alliancestr. 1/2,
NO., Gr. Frankfurterstr. 113.

A. Jandorf & Co.

Reflex-Werk Nürnberg Dr. Wilh. Raab.

Neue Erfindung! Für alle Schuh- und Leder-Arten!!

Reflex-
Terpentinöl- und
Säurefrei!
Wasserdicht!
Kein Schimmeln!
Kein Brechen!

D. R.
G. M.



Wichs-Crème
in schwarz und allen Farben!
Erhält das Leder stets weich und geschmeidig.
Kein drückender Schuh mehr!

Reflex-Wichs-Crème 103/11°
erzeugt mühelos einen auffallend prächtigen und dauerhaften Glanz, der auch bei Regenwetter erhalten bleibt!

Vertreter: Max Neumann, Berlin, Ritterstrasse 88.

Bestes Weihnachts-Geschenk!

Blutarmen, Kranken und Schwächlichen
ärztlich empfohlen, feurig-süßes

Santa Lucia

Kraft-Rotwein, Fl. 1,50 und 2,00.



steht unter ständiger Kontrolle des
Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff. Vert.: Sommer, Koloniestr. 3.

Preiswerte 5 u. 6 Pf.-Cigarren!



Prima Donna	100 St. Mk. 3.30	1000 St. Mk. 30.—	Mein Liebling	100 St. Mk. 4.50	1000 St. Mk. 40.—
Milena	3.30	30.—	Resulta	4.50	40.—
Feuerwehr	3.50	31.50	Kiao Tschau	4.50	40.—
Erna	3.50	31.50	La Gloria	4.50	40.—
Emma	3.75	34.—	Leonina	5.—	45.—
Camilla	3.80	34.—	Rosa San Felix	5.—	45.—
London Docks	4.—	38.—	La Modra	5.—	45.—

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme; von 500 Stück an portofrei; bei 500 Stück 3% Rabatt. — Die (1000) Vorrats-Preise kommen auch dann zur Anrechnung, wenn von verschiedenen Sorten zusammen 1000 Stück auf einmal genommen werden. — Garantie: Zurücknahme! — Preisliste gratis und franco!
Rauscher & Co., Berlin C. 22. Gr. Präsidentenstrasse No. 3. Früher in Firma: Rauscher & Fabisch.
Dicht am Hackeschen Markt — Monbijou-Platz — Stadtbahnhof Börse.



Dieser Hut, moderne Form, echt Filz, kostet 1.50 Mk.
Special-Hut-Engros-Lager
Einzelverkauf
zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königstr. 48,
1 Treppe, am Alexanderplatz.

Größte Auswahl
aussergewöhnlich billige Preise
Filzhüte für Herren
mit Futter R. 1.50, mit Vliesfutter 2,00, höchste Qualität R. 2,50, extratiefe 3,00, beste Qualität 4,50. Cylinderhüte u. Chap. clas. in gr. Moden

50% ca. unter Ladenpreis
kauft man
Reiten, Ringe,
Broschen,
Brillanten u. c. c.
im Verhau
Uhren,
H. Graff, Bouthstr. 5.

Julius Fischer, Boeckstr. 7.
empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein Lokal. Bereinigt neu u. Federn bei
Kauf u. Verkauf. Berlin S., Prinzen-
str. 46. Preisliste kostenlos. Viele
Bereinigungsarbeiten.

Herren-Moden,
elegante Ausfühg., geringe Zeitabg.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
2 Treppen, am Alexanderplatz.

Sarg J. Schumacher,
Swinemünderstr. 120.
Unentgeltliche u. persönliche Beratung
aller Beerdigungsangelegenheiten.

Für 20 Mark
fertige, wer selbst Stoff hat. Anzug
nach Maß mit Futter. **Weyer,**
Rolandstr. 6/7. Amt III 8524.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden. **Seydelstr. 9.**
12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, Sonn. 9-11.

Herren-Kragen,
— reinleinen, garantiert 4fach, —
verschiedene Façons in allen Weiten,
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pf.
Wanzenhaken, Prima, garant. 4fach
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Serviteurs, Kravatten,
in größter Auswahl, Tricotagen,
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Damen-Capes
Jacketts-Saccos
billiger
als in jeder Fabrik
zu Kostümen, Damen-
Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-
Sachen.
Oranienstr. 202, part.

Feine Winterpellets 27,00 verkauft
Bauer, Schneidermeister, Frankfurter-
str. 56 III. 8525

Geh-Pelze

Imitat.

55 Mk.



Stauend
billig!

55 Mk.

Reinwollener Eskimo
mit Astrachan-Breit-
schwanz und echtem
Sealbisam-Kragen

Baer Sohn

Specialhaus grössten Maassstabes

Chausseestrasse 24a/25 * 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Die 20* Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.

I. Die Wahlen von 131 Vertretern der versicherungspflichtigen und 13 Vertretern der freiwilligen Mitglieder für die Generalversammlung pro 1903 gemäß § 44 vierten Nachtrags zum Statut finden statt am
Sonntag, den 14. Dezember 1902,
von 10 Uhr vormittags
bis 1 Uhr nachmittags.

Es wählen:
Abteilung I (S. u. SO.) 31 Vertreter im „Räufischen Hof“ (Zübrich), Admiralsstr. 18c.
Abteilung II (W. u. SW. u. O.) 15 Vertreter im „Linden-Restaurant“, C. Fleischmann, Lindenstr. 100.
Abteilung III (N. u. NW.) 71 Vertreter im „Wedding-Park“, hier, Müllerstr. 178.
Abteilung IV (O. u. NO.) 11 Vertreter im „Reichens Hof“, hier, Andreadstr. 25.
Abteilung V (freiwillige Mitglieder) 13 Vertreter im „Güngelchen“, hier, Eingang Rosenfelderstr. 57 und Gormannstr. 28.
Die Wahlen sind geheim.
Abgabe der Stimmzettel von 10 bis 1 Uhr.

Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als in den einzelnen Abteilungen Vertreter zu wählen sind. Ferner müssen die Stimmzettel enthalten:

Vor- und Zunamen, die genaue Wohnung und die Buchnummer der zu Wählenden.

Stimmzettel, welche obige Angaben nicht oder mehr Namen enthalten, als in der betreffenden Abteilung zu wählen sind, sind ungültig.

Um 1 Uhr nachmittags wird der Wahlakt geschlossen und beginnt hierauf die Ermittlung des Wahlergebnisses.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Das Legitimationsbuch oder die Legitimationskarte ist am Eingang des Wahllokals bei Abgabe der Stimmzettel vorzulegen.

Die Herren Arbeitgeber bezw. Betriebsunternehmer werden dringend ersucht, die zum Zwecke der Wahlen besonders angefertigten Legitimationskarten zuvor im Kassenlokal abgeben oder aber den Mitgliedern ihre Legitimationsbücher — mit dem Tagesstempel des Wahltages versehen — an diesem Tage auszubändigen zu lassen.

II. Die Wahl der Herren arbeitgebenden Mitglieder findet am
Montag, den 15. Dezember 1902,
abends von 8 bis 10 Uhr,
im Fractionszimmer des Berliner Rathes (Eingang Zadenstr.) statt.

Zu wählen sind:
68 Vertreter zur Generalversammlung pro 1903 (§ 44 des Statuts).

Die Wahlen sind gleichfalls geheim und finden mittels Stimmzettel statt. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Berlin, den 4. Dezember 1902.
Der Vorstand. 8365
August Lübke. O. Guthof.

Vereinszimmer
für 15 bis 60 Personen noch etliche Tage frei Kienstrasse 9. 51/12*

Vorwärts-Buchhandlung 69 Lindenstrasse 69.

Weihnachts-Geschenke

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehlen wir aus unser reichhaltiges Lager in
Bilderbüchern, Jugendschriften, Märchenbüchern, Gedichtsammlungen, illustrierten und nichtillustrierten Klassiker-Ausgaben, naturwissenschaftlichen und Geschichtswerken.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auch auf die reichhaltige Auswahl unserer

im Preise bedeutend herabgesetzten Werke aus allen Wissensgebieten, die, in ihrer tadellosen Ausstattung, ein selten günstiges Kaufobjekt bilden.

Special-Weihnachts-Verzeichnisse

auf Wunsch gratis und franco.
Bilderbücher im Preise von 10 Pf. bis 5 M.
Märchenbücher für Kinder von 6-8 Jahr. 25 Pf. bis 6 M.
Märchenbücher und kleine Erzählungen für Kinder von 8-12 Jahren 50 Pf. bis 5 M.
Erzählungen für die reifere Jugend 25 Pf. bis 10 M.
Die im Gewerkschaftshaus ausgestellten Jugendschriften sind bei uns zu beziehen.

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inhaber: Albert Möner.

Humoristischer Abend

des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer.
Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.
Sonnabends stehen meine Säle wie Vereinsräume, 50-2000 Personen fassend, Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung. Ein kleiner Saal ist auch an andren Wochentagen frei. 5898L*

Das Richtigersehen

ist für jeden Menschen von grösster Bedeutung, ungenügend aber für denjenigen, dessen Augen durch angelegentliches Sehen oder unpassende Gläser geschwächt sind. Jeder Brillenbedürftige, ob weita, kurz-, oder überschichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augenpaares darauf achten, daß ihm dieses auch genau paßt. Das altbekannte Institut für Präzisions-Optik von
Carl Buttendorff, in Firma Ernst Riek,
Berlin N., Weinbergsweg 15b
(6. Laden vom Rosenthaler Thor)
bleibt jedem Käufer Gerüche für richtiges Anpassen aller Augenpaare.
Stahl-Brillen und Pince-nez v. Mk. 1.00- 3.50
Nickel " " " " " " 1.50- 4.00
Double-Gold " " " " " " 3.50- 13.00
" " " " " " 8.00- 40.00
In Weihnachts-Geschenken empfehle ich als Specialität: Theater- und Reise-Perspektive mit nur scharfen u. schraffierten Gläsern v. Mk. 4.50-60.00.
Bitte genau auf Firma und Haus-Nr. 15b achten.

Hirschfleisch 30, 40, 50 Pf.
Käse 2,75 u. 3,- gespickt 3,25 u. 3,50.
Große Kaninchen, Wildschwein, 55, 60, 65 Pf.
Gänse a. ausländischer, Hühner, Enten, Tauben, Dresdener, Straße 61.
A. Ritschl,
Dr. Simmel, Pringelstr. 41. 150/11*
Specialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-1.

Rote Kreuz-Geld-Lotterie.

Ziehung 13.-18. Dezbr.
Hauptgewinn: Mark 100,000 etc.
Lose a M. 3,50; Porto und Liste 30 Pf. extra, noch zu haben.
J. Miloslawski, Berlin,
61 Unter den Linden, wo man sein Glück kann finden.

Charlottenburg.

M. Schmerberg 58063*
Wilmerdorfer Straße 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Uhrmacher werden schmerzlos gelichtet.
Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Gold-, Brillanten-, Art, gold- u. Silberne Uhren, Ketten, Ringe, fauler u. schön, w. spottb. verk. Pfändl. Pringelstr. 28 I, Ede Ritterstr.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Cigarrengeschäft, 6 Jahre bestehend, billig zu verkaufen Charlottenburg, Goethestr. 13. 7142*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Garderobenhäuser August Köhler, Große Frankfurterstr. 16. 13738*

Diebstahlige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufnahmen von 18 bis 45 Mark. Dausand Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ede Frankfurterstr. 63, I. 7926*

Wortförmige elegante Herren-Anzüge aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 12069*

Winterpaletots, Anzüge, Remonteurwaren spottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 50/3*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Etüd 65 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Quifabrik, Comptoir Kaiserstr. 25A, früher Darmstr. 4 und 6. Sonntag geöffnet.

Damenkonfektion, Saccos, Paletots, Capes, Kostüme, Reiterkleider jetzt zu jedem annehmbaren Preise. Leipzigerstr. 112, II. *

Taschentücher, große Partie in Leinen, Watte, passend für Weihnachts-geschenke, spottbillig. Leipzigerstr. 112, II. 14448*

Gondarbeiten, Reismuster, zur Hälfte des Wertes Leipzigerstr. 112, II.

Tricotagen, Massenabnahme, habellast billige Gelegenheitskäufe.

Kleiderkonfektion, bedeutend unter Preis.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Landsbergerstr. 82. 792*

Gardinen, Teppiche, Kissenstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leichter mit Feuerzeug, Martins, Reimendorferstr. 7a. 14428*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schmarz: Nur Wallstr. 1

Teppiche! (selbstgehebt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hofsicher Markt 4, Bahnhof Str. 110/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümräder, Stühle spottbillig Leibhaus Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 50/3*

Steppdecken spottbillig. Fabrik, Weinstr. 29. 792*

Zäulenstrümpfe, geschlossen, 40 Pf., Strassenbergerstr. 6a, I. 140/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Jubiläumsergabe Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Wringmaschinen auf Anzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstr. 50, nahe der Landsbergerstr. 13883*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Weber-Wagen 8 Mark, Bellmann, Gollnowstr. 26 nahe der Landsbergerstr. 13869*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringelstr. 10, 10er, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billig. Lammstr. 39. 2. Geschäft Bernauerstr. 47 B. 13399*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Zähne Hängelampe billig Kienstr. 50, vorn IV. 8936

Reparatur, belebte Gegend, billig verlässlich. Rasche, Brunnenstr. 98.

Wartendes Kartoffel-, Verings-Specialgeschäft frankfurterstr. 26. 770*

Billiges Brennholz, Abfallholz, täglich zu haben Schöneberg, Tempelhofer Weg 61, (Schneidemühle) bei Blanschein. 817b*

Verkaufe elegante, gediegene Kupfer- und Silberwaren. — Beantworte passend — Goldschmied, Kleider- (Kranz), Goldschmied, Säulentrümpfe, Stricknägel 25,00, Kältschloß, Sofa- (18,00), Schlagregulator, Spieluhr 10,00, prachtvolle echte Delgemälde 8,00, Salonstühle 5,00, Rohrreinstühle 3,50, vollständige Kücheneinrichtung zusammen 45,00, Gasöfen, Verstellbares Tischchen 12, I (Kollnmarkt), Frau Beckmann. 51/14

Schloß wegen Mangel an Geld spottbillig Rathausstr. 40, Tappeler. 51/15

Gasparheizöfen! 6,00, Gasföhrbeizöfen! 7,00, Petroleumöfen billig! Bohlener, Ballnertheaterstr. 32.

Schankgeschäft, langjährig rentables (Zahlstellen, Vereine) ist krankheitsbedingt zu verkaufen. Postamt 27, M. W. 8315

Eisen-Cafen, neu und gebraucht, billig zu verkaufen. Carl Kaufmann, Röllenhofstr. 16 und 19. 8306

Kanarienvögel, tolle Sänger, 4,00, Reanderstr. 7. 51/16

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfaden 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 59 III. 8026

Fahrräder, Nähmaschinen, Bekleidung Kaufstr. 7, Lagerpfeifer. *

Fahrrad lauft Kaplast, Schönhauer Allee 163a. 122/1*

Dissektion! Wer sich über diese ruhmloseste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Dissektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Krebsverein, Königgräberstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Vereinszimmer, hier, alle Katalo- str. 119. 13008*

Vereinszimmer zu vergeben. Goldamer Sternengießer, Franke, Bondorfstr. 8. 740*

Rechtsbureau, Prospektbestand, Eingabegeld, Katerlegung, Raß, Brunnenstr. 10. 8385*

Verein als Teilhaber an einem am 17. Januar 1903 in Frankfurt (Brodhagen) festhalten kaffinfindenden Maschinenbau gesucht. Meldungen an Vorsteher, Reichenbergerstr. 177, Hof links II, erbeten. 8206

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacoby, Reiberstr. 26. 8425*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Komiker, Gesangshumorist, Vereine u. Abend u. -Tag, Franz, Berlin, Damsigerstr. 6 I. 770

Humorist empfiehlt sich Vereinen und Gaststätten. Offerten unter O. Rohmann, Weidenweg 68, erbeten

Möbeler Stuhlrechter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Mulackstr. 27, H. Gläfer.

Stellenangebote.

Nähmaschinen-Bedarf verlangt. Derselbe muß mit allen Werkzeugen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen mit Gehaltsanprüchen und Angaben bisheriger Tätigkeit an die Expedition dieser Zeitung unter U. 7. 8006

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Möbelpolierer.

In der Werkstatt von Equitz, Große Frankfurterstr. 125, haben die Kollegen wegen Lohnzahlung die Arbeit niedergelegt. 147/14
Um Zugang ferngehalten ersucht
Der Vorstand.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerksch.).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jurins, Hofsicherstr. 17.
Hahn & Metzow, Wollensdorf, Köpferstr. 71.
Nachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Gesucht wird für Berlin von auswärtiger Firma eine im Tabakhandel vertraute gesetzte Person als selbstständiger Leiter einer neu zu errichtenden Verkaufsstelle, welche für den vorausgelegten Zöllbare Kautions stellen kann. Offerten werden unter W. 7 in der Expedition dieses Blattes erbeten. 130/15*

Verschiedenes.

Rechtsbureau Griner Weg vierundneunzig (Andreadstr.) Rechts- hilfe, Eingabegeld, Katerlegung.
Potenbureau Danmann, Cronienstr. 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 8165*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a. 1392R*

Kunstoperier von Frau Kollsch, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochparterre.

Brodhauslerin und alle andren Wäcker lauft, beliebt Antiquariat Kochstr. 56, I. Amt VI, 3397.*

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnungen, Hummelburg, Kantstr. 38, 1-3 Zimmer und Zubehör. Ausg. Herdofen und Werkstatte zum 1. Januar. 51/13*

Zimmer.

Leere Zimmer, 1 bis 3, passend für Einzel- oder Familienlager sofort, Gerson, Ritterstr. 24, II. 8506

Werkführer.

Für eine Lampenfabrik wird ein unflüchtiger, erfahrener Werkführer gegen sehr hohes Gehalt gesucht. Derselbe muß sich auf Konstruktion von Maschinen in erster Linie verstehen. Geht. Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit unter V. 7 an die Expedition d. Zeitung erbeten. Strengste Diskretion zu gewährleisten. 8175

Achtung Holzarbeiter!

Gebert sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinenarbeiter und Polierer:
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Luz u. Engelbrecht, Oberliger Ufer.
Rasche, Fruchtstr. 8.
Warner, Krausstr. 52 (Gewerksch.).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Die Erdbewertung.